

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	10
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	20
Stadt & Region	21
Tierschutz & Ethik	22
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	26

VERBÄNDE



Thema. Nachhaltigkeitsstrategie	28
DNR intern	29
Verbände	29
Preise & Ausschreibungen	30

SERVICE

Rezensionen	31
Internet	33
Neu erschienen	34
Termine	35
Impressum	35

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	36
Sonderausgabe Nr. 200: 20 Jahre ANU-Netzwerk	

THEMEN DES MONATS

Wald und Klima

Bäume pflanzen reicht nicht

Die Entwaldung muss gestoppt werden, doch der Weg dorthin birgt Fallstricke und Sackgassen

Seite 2

Verbraucherschutz

Nanopartikel gehen unter die Haut

Die neue EU-Kosmetikverordnung schützt VerbraucherInnen und Umwelt nicht ausreichend

Seite 4

Chemikaliensicherheit

Keine Daten, keine Prüfung

Die EU-Chemikalienverordnung REACH wird Umwelt- und Verbraucherschützer enttäuschen

Seite 5

Internationale Energiepolitik

Vom Kochfeuer zur Energieeffizienz

Einfache Techniken für Haushalt und Kleingewerbe machen nachhaltige Entwicklung möglich

Seite 8

Interview: CO₂-Speicherung

„Eine Kohle-Sackgasse“

Um neue Kohlekraftwerke bauen zu können, wollen die Energieversorger CO₂ unterirdisch endlagern

Seite 14

Wald und Klima

Bäume pflanzen reicht nicht

Die Entwaldung muss gestoppt werden, doch der Weg dorthin birgt Fallstricke und Sackgassen

Entwaldung verursacht ein Fünftel der weltweiten Treibhausgase. Dass die Klimaziele ohne deutliche Verringerung des Waldverlustes nicht zu erreichen sind, wird kaum noch bezweifelt. Umstritten ist aber, was zum Urwaldschutz und vor allem zu seiner Finanzierung in einem Kyoto-Nachfolgeabkommen stehen soll. ■ VON WOLFGANG KUHLMANN, ARA

Vor zweieinhalb Jahren hat der Stern-Report die Emissionsvermeidung im Waldbereich als eine kostengünstige und rasch wirkende Möglichkeit für den Klimaschutz beschrieben. Seitdem ist das Interesse an diesem Modell rasch gewachsen. Unter dem Kürzel REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation)⁽¹⁾ wird intensiv diskutiert, ob und wie die Verringerung der Entwaldung Teil der jetzt angestrebten neuen UN-Klimavereinbarung werden soll, die das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll ersetzen soll. Bis zur nächsten, entscheidenden Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen sollen dazu Vorschläge ausgearbeitet sein.

Waldschutz messbar machen

Die Idee scheint einfach: Wenn die von Zerstörung bedrohten Wälder geschützt werden können, bleiben sie als gewaltige Kohlenstoffspeicher erhalten. Wenn der auf jährlich 13 Millionen Hektar geschätzte Waldverlust verringert werden kann, bleibt der Kohlenstoff in den Pflanzen gebunden und gelangt nicht in die Atmosphäre, wo er zum Treibhauseffekt beitragen würde. Als Anreiz für die Tropenwaldländer sollen die Industrieländer den wirtschaftlichen Verlust kompensieren, den ein Verzicht auf den Holzeinschlag und auf die Umwandlung von Wäldern in landwirtschaftliche Flächen bedeutet. Doch wie das im Detail funktionieren kann und soll, ist noch weitgehend offen.

Die Grundidee eines REDD-Mechanismus besteht darin, auf der Basis historischer Daten die durchschnittliche Entwaldung in einem Referenzzeitraum (zum Beispiel den 1990er-Jahren) zu berechnen und als

„Baseline“ festzulegen: Sind Staaten in der Lage, ihre Entwaldungsrate unter diesen Wert zu senken, erhalten sie Zahlungen, die nach einem noch zu entwickelnden Schlüssel zugewiesen werden.

Einige plädieren allerdings auch für kleinflächigere REDD-Projekte. Regionale Maßnahmen, zum Beispiel der verbesserte Schutz eines Nationalparks, führen aber möglicherweise nur dazu, dass Holzfäller oder Siedler in weniger gut kontrollierte Gebiete ausweichen. Jeder wirksame Mechanismus muss deshalb sicherstellen, dass Entwaldung verringert und nicht nur von einem Ort an einen anderen verlagert wird. „Leakage“ ist hier das Stichwort, das die Schlupflöcher beschreibt – die undichten Stellen im Gesetzestext.

Zertifikatehandel oder Fonds?

Voraussetzung für einen wirksamen REDD-Mechanismus ist ein verlässliches Kontrollsystem, bestehend aus Überwachung (Monitoring) und Nachweisführung (Verifizierung). Die Auswertung von Satellitendaten liefert mittlerweile gute Ergebnisse bei der Überwachung der Waldflächen. Die Degradierung von Wäldern lässt sich so aber nicht messen. Auch die Berechnung des auf einer Waldfläche gebundenen Kohlenstoffs orientiert sich in erster Linie am Holzvolumen der Bäume. Der im Boden gespeicherte Kohlenstoff wird dagegen bestenfalls geschätzt. Für die verschiedenen Waldtypen wurden Größenordnungen für das Verhältnis von oberirdischem zu unterirdischem Kohlenstoff vorgeschlagen, die von 1:1 für die Wälder der gemäßigten Zonen bis zu 1:5 für Tieflandregenwald auf Torfböden reichen.

Besonders kontrovers wird die Frage diskutiert, wo das Geld für REDD herkommen soll. Einige Länder – und auch internationale Organisationen wie die Weltbank – bevorzugen einen markt-basierten Mechanismus, also den freien Handel mit CO₂-Minderungszertifikaten aus verringerter Entwaldung. Mit dem Kauf von REDD-Zertifikaten im Rahmen des internationalen Emissionshandels könnten Staaten und Industrie aber das Recht erwerben, den eigenen Ausstoß von Klimagasen nicht verringern zu müssen. Damit würde ein weiteres Schlupfloch für jene entstehen, die mit kostengünstigen Investitionen in Waldschutz die fortgesetzte Nutzung veralteter, aber gewinnträchtiger Technologien rechtfertigen wollen. Die meisten Umwelt- und Entwicklungsorganisationen fordern deshalb, Zertifikate für den Walderhalt aus dem Emissionshandel herauszuhalten. Denn die Bindung von Kohlenstoff in Wäldern ist reversibel, sei es durch natürliche Katastrophen oder durch vorsätzliche Zerstörung. Der Ausstoß von Klimagasen bei der Verbrennung fossiler Energieträger ist dagegen irreversibel. Jeder Marktmechanismus, der ein Aufrechnen von „grünem Kohlenstoff“ (aus Walderhalt) gegen „schwarzen Kohlenstoff“ (aus fossilen Quellen) erlaubt, kann de facto zu einem Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre führen – und damit zu einer Beschleunigung des Klimawandels.

Außerdem ist der Emissionshandel keine verlässliche Quelle für die Finanzierung von Waldschutz. Die notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Wäldern müssen langfristig geplant und unterstützt werden, der Kohlenstoffmarkt dagegen unterliegt starken Schwankungen. Wenn kurzfristig billige Waldzertifikate

Kein Klimaschutz ohne Waldschutz und umgekehrt

„Ohne wirksamen Schutz der Wälder und Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung, Walddegradierung und Landnutzungsänderungen ist wirksamer Klimaschutz und eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf unter 2 °C kaum möglich. Aber ohne wirksamen Klimaschutz werden auch Wälder und Biodiversität schweren Schaden nehmen. Politische Lösungsstrategien für den Schutz von Wäldern, Biodiversität und Klima müssen daher im engen Zusammenhang gesehen werden. (...)“

Wir sehen in einem entsprechend gestalteten REDD-Mechanismus eine Chance für den Schutz von Wäldern und der Biodiversität von Waldökosystemen, wengleich REDD nur ein zusätzlicher Beitrag in einem breiter angelegten Mix politischer Instrumente sein kann.

Die Ausweisung weiterer großer Waldschutzgebiete, Importverbote für illegal gefälltes Holz, Änderung landnutzungsintensiver Konsummuster, Senkung der Nachfrage nach nicht nachhaltig erzeugtem Holz und Agrarprodukten und die Ausweitung naturnah und nachhaltig genutzter Waldflächen bleiben weiter auf der Tagesordnung für den Schutz der Wälder.

Allerdings sehen wir auch eine große Gefahr darin, dass REDD falsch ausgestaltet wird und dann weder zum Schutz der Wälder noch des Klimas beitragen würde und diese Ziele sogar gefährden können. REDD muss den Schutz der naturnahen Wälder garantieren.

Die ökologische Integrität eines REDD-Mechanismus bedarf gegenüber dem Kyoto-Protokoll deutlich verbesserter Anrechnungsregeln und Qualitätskriterien für Wälder, bei denen zwischen natürlichen und naturnahen Wäldern einerseits und Plantagen andererseits unterschieden wird sowie Emissionen aus Wald-Degradierung angerechnet werden.

Die Einbeziehung von REDD-Zertifikaten in den Emissionshandel würde aufgrund der unzureichenden Reduktionsverpflichtungen der Industrieländer den Emissionshandel mit billigen Zertifikaten überschwemmen, und damit zugleich seine Klimawirkung und seine ökologische Integrität infrage stellen. Kohlenstoffintensive Investitionen in den Industrieländern, wie etwa Kohlekraftwerke, würden damit weiterhin ökonomisch attraktiv bleiben. Damit würden auf Jahrzehnte die verheerende kohlenstoffintensive Wirtschaftsweise festgeklopft und die notwendigen anspruchsvollen Reduktionsziele verpasst. Daher unterstützen wir nachdrücklich den Beschluss der EU, eine Einbeziehung von REDD in das Emissionshandelssystem bis 2020 auszuschließen.“

Aus: Positionspapier zum REDD-Mechanismus, Forum Umwelt & Entwicklung, März 2009

► Kontakt: Forum Umwelt & Entwicklung, Friedrich Wulf, Tel. +49 (0)176 / 85322510, E-Mail: friedrich.wulf@bund.net, www.forum-ue.de/148.html

in direkter Konkurrenz zu anderen Kohlenstoffzertifikaten stehen, droht eine Destabilisierung des Marktes. Mit einem Verfall des Kohlenstoffpreises würde auch der Anreiz sinken, in erneuerbare Energien und saubere Technologien zu investieren. Darüber hinaus würde sich Naturschutz zunehmend am Kohlenstoffgehalt der Wälder orientieren statt an ihrer biologischen Wertigkeit oder ihrer Bedeutung für traditionelle Nutzungssysteme.

Eine Alternative zu Marktmechanismen sind Fonds, in die zum Beispiel

Abgaben auf Treibhausgasemissionen oder die Erlöse aus der Versteigerung von Emissionsrechten eingezahlt werden. Sie könnten genutzt werden, um schnelle und kosteneffektive Maßnahmen zum Schutz der Wälder zu finanzieren, wie die Beendigung der kommerziellen Holznutzung in Primärwäldern („Urwäldern“) und die Sicherung von Landrechten indigener und lokaler Gemeinschaften, die in und von Wäldern leben.

Ein weiterer Vorteil eines Fonds ist die Möglichkeit, auch Länder mit einer gerin-

gen Entwaldungsrate in das Programm einzubeziehen. Ein Marktmechanismus würde sich dagegen zwangsläufig auf die Länder mit dem höchsten Waldverlust konzentrieren. Allein auf die vier Spitzenreiter Indonesien, Brasilien, Malaysia und Myanmar (Burma) würden bereits zwei Drittel aller REDD-Zertifikate entfallen.

Wälder sind nicht nur Kohlenstoffspeicher

Sollte REDD zu einem Teil des Kyoto-Folgeabkommens werden, besteht die Gefahr, dass Wälder einseitig auf ihre Funktion als Kohlenstoffspeicher reduziert werden. Deshalb muss in den kommenden Verhandlungen sichergestellt werden, dass die ökologischen und sozialen Funktionen von Wäldern den Klimaschutzaspekten nicht untergeordnet werden: Die Aufrechnung von Waldzerstörung gegen Wiederaufforstung, die zu Unworten wie „Netto-Entwaldung“ führt, muss ebenso ausgeschlossen werden wie die Umwandlung von Naturwäldern in Ölpalmen- oder Eukalyptusplantagen oder die Verdrängung lokaler Bevölkerung von „marginalem“ oder „ungenutztem“ Land durch großflächige Aufforstungsprojekte.

REDD könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den fortschreitenden Waldverlust zu verringern. Erfolgversprechend wird der Mechanismus aber nur, wenn es gelingt, eine Verringerung von Treibhausgasemissionen mit dem Schutz der biologischen Vielfalt und einer umfassenden Beteiligung der lokalen Bevölkerung zu verbinden.

Anmerkung

► (1) Mehr Informationen zu REDD: Forum Umwelt und Entwicklung, Rundbrief 1/2009, www.forum-ue.de/16.html

Wolfgang Kuhlmann ist Biologe. Bei der Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA) in Bielefeld ist er zuständig für internationale Waldpolitik und Projektarbeit in Tropenwaldländern.

Kontakt: Tel. +49 (0)521 / 65943, E-Mail: kuhlmann@araonline.de, www.araonline.de



Verbraucherschutz

Wenn Nanopartikel unter die Haut gehen

Die neue EU-Kosmetikverordnung schützt VerbraucherInnen und Umwelt nicht ausreichend

Silber in Zahnpasta, Titandioxid in Sonnenschutzcremes – in vielen Kosmetikprodukten sind Nanomaterialien enthalten. Bisher ohne Sicherheitsprüfung. Eine neue EU-Verordnung will das ändern, allerdings erst ab 2012. Umweltverbände warnen: Der Schritt in die richtige Richtung ist viel zu kurz. Ein Moratorium ist fällig. ■ VON KATJA VAUPEL, BUND

Die im März vom Europäischen Parlament verabschiedete Verordnung für Kosmetika führt Sicherheitstests für manche Nanomaterialien und eine Kennzeichnungspflicht ein. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Insgesamt greift die Verordnung jedoch zu kurz. Die Berücksichtigung von Nanomaterialien in der Kosmetik-Gesetzgebung war ein längst überfälliger Schritt, da es bereits viele Kosmetika mit Nanostoffen auf dem Markt gibt.

Im Jahr 2006 veröffentlichte ein Partnerverband des BUND, Friends of the Earth Australien, eine Studie, die erstmals zeigte, dass sich schon heute in vielen kosmetischen Produkten Nanomaterialien befinden. Ein Bericht der britischen Verbraucherschutzorganisation Which? – veröffentlicht im November 2008 – belegt, dass es auch auf dem europäischen Markt bereits viele Kosmetikprodukte zu kaufen gibt, die Nanomaterialien enthalten. Dazu zählen Sonnenschutzmittel mit Titandioxid und Zinkoxid als UV-Filter, Zahnpasta, Shampoos und Seifen mit Nanosilber als antibakteriellem Wirkstoff, Anti-Aging-Produkte mit Fullerenen (Kohlenstoff-Nanokugeln) als „Radikalfänger“ sowie Hautcremes mit Nanokapseln, die dazu genutzt werden, eingeschlossene Wirkstoffe zu schützen und zielgerechter einsetzen zu können.

Alles eine Frage der Definition

Nicht ausreichend ist die in der Kosmetikverordnung festgelegte Definition von Nanomaterialien. So sollen nur unlösliche oder langlebige Materialien bis 100 Nanometer in mindestens einer Dimension (Länge, Höhe oder Breite) berücksichtigt

werden. Nach Ansicht von ExpertInnen sollten jedoch alle Nanomaterialien mit bis zu 300 Nanometer berücksichtigt werden, da bis mindestens zu dieser Größe nanospezifische, neuartige Eigenschaften, zum Beispiel eine erhöhte Bioverfügbarkeit, auftreten können. Die enge Definition der jetzt verabschiedeten Verordnung nimmt Kosmetikprodukte, die Nanomaterialien über 100 Nanometer, lösliche und nicht langlebige Stoffe enthalten, per Definition aus dem Gesetzesrahmen aus. Dies trifft beispielsweise für Emulsionen und Nanokapseln zu, die in Hautcremes eingesetzt werden. Eine spezifische Risikobewertung und Kennzeichnung ist für diese Stoffe nicht vorgesehen, obwohl auch hier viele Fragen nach den Gesundheits- und Umweltrisiken offen sind.

Kein Marktzugang ohne Sicherheitscheck

Die Verordnung sieht vor, dass die Europäische Kommission bei Zweifeln an der Sicherheit eines Nanomaterials den Wissenschaftlichen Ausschuss für Verbrauchersicherheit beauftragen kann, die Sicherheit der eingesetzten Materialien zu überprüfen. Sollte es Bedenken wegen vermuteter Gesundheitsrisiken geben oder sollten keine ausreichenden Daten zur Risikobewertung vorliegen, kann die Europäische Kommission die Anwendung des Stoffes einschränken oder ganz untersagen.

Doch das ist nicht genug. Um die neuartigen Eigenschaften der Nanomaterialien bewerten zu können, müssen für alle bereits eingesetzten und alle neuen Nanostoffe Sicherheitstests vorgeschrieben werden. Die Tests müssen zudem Gesundheits- und Umweltrisiken bewerten. Es sollten

nur solche Stoffe zugelassen werden, die als „sicher“ eingestuft werden können.

Neue Kennzeichnung ermöglicht endlich Wahlfreiheit

Positiv zu bewerten ist, dass Nano-UV-Filter, Nanofarbstoffe und -konservierungsmittel zukünftig nur dann eingesetzt werden dürfen, wenn sie in eine Positivliste aufgenommen sind. Dazu müssen sie vorher eine Risikobewertung durchlaufen. Durch den kleinen Zusatz „nano“ in der Stoffliste der Produkte können VerbraucherInnen zukünftig sehen, ob ein Kosmetikprodukt Nanomaterialien enthält, die von dem Gesetz als solche definiert werden. Dies ist ein wichtiger Schritt für mehr Transparenz beim Umgang mit Nanomaterialien.

Moratorium für Nanokosmetika

Eine Risikobewertung von Nanomaterialien wird es erst ab dem Frühjahr 2012 geben. UV-Filter, Farbstoffe und Konservierungsstoffe mit Nanomaterialien müssen erst im Herbst 2012 neu bewertet werden. Auch die Kennzeichnungspflicht tritt erst zu dieser Zeit in Kraft.

Für europäische Gesetze sind diese langen Fristen nicht ungewöhnlich. Es stellt sich aber die Frage, wie VerbraucherInnen und Umwelt bis Herbst 2012 vor Risiken durch Nanomaterialien in Kosmetika geschützt werden sollen. Anhaltspunkte für Risiken gibt es mittlerweile zu Genüge.

► So kommen verschiedene wissenschaftliche Studien zu dem Ergebnis, dass die regelmäßig in Sonnenschutzmitteln verwendeten Nanomaterialien Titandioxid und Zinkoxid DNA-Schäden

in menschlichen Zellen verursachen können. Zudem wurde nachgewiesen, dass Titandioxid die Plazentaschranke überwinden kann. Die EU-Kommission hat den Verband der europäischen Kosmetikindustrie COLIPA aufgefordert, bis Ende 2008 überzeugende Daten zu Titandioxid, insbesondere zur Sicherheit bei geschädigter Haut, vorzulegen. Anderenfalls sei eine Rücknahme der Zulassung von nanopartikulärem Titandioxid möglich. Über das Ergebnis dieses Vorgangs ist allerdings zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts bekannt.

- ▶ Silber kann Zellen schädigen. Zudem ist zu befürchten, dass die regelmäßige orale Anwendung von Nanosilber zum Beispiel in Zahnpasta aufgrund der beabsichtigten antimikrobiellen Wirkung zu einer erheblichen Schädigung

der Mundflora führt. Der unnötige Einsatz antimikrobieller Substanzen könnte zudem die Bildung von resistenten Stämmen schädlicher Mikroorganismen begünstigen.

- ▶ Fullerene sind biologisch nicht abbaubar. Sie erwiesen sich in Versuchen schon in geringen Dosen als giftig für menschliche Leberzellen und schädigten im Tierversuch das Gehirn von Fischen. Studien zeigen, dass sie aufgrund ihrer geringen Größe in die Haut eindringen und die Plazentaschranke überwinden können. Insgesamt ist die Datenlage zu gering, um eine abschließende Bewertung durchführen zu können.
- ▶ Nanokapseln können die Aufnahme und das Verhalten der transportierten Wirkstoffe verändern.

Für alle genannten Materialien gilt, dass es kaum Untersuchungen über mögliche Umweltrisiken gibt. Aus Sicht des BUND ist aus den vorliegenden Untersuchungen nur ein Schluss möglich: Die EU muss ein Moratorium für alle Nanokosmetika einführen, bis die Sicherheit für Gesundheit und Umwelt der Stoffe nachgewiesen werden kann.

Die Soziologin Katja Vaupel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin für Chemikalienpolitik und Nanotechnologien in der BUND-Bundesgeschäftsstelle in Berlin.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 27586-422,
E-Mail:
katja.vaupel@bund.net,
www.bund.net/chemie

Chemikaliensicherheit

Keine Daten, keine Prüfung

Die EU-Chemikalienverordnung REACH wird Umwelt- und Verbraucherschützer enttäuschen

Die REACH-Gesetzgebung soll in Europa einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Chemikalien einleiten. Die erhoffte Entlastung für Mensch und Umwelt dürfte aber ausbleiben. Denn viele im Umlauf befindliche Stoffe werden gar nicht ausreichend untersucht. Und Kontrollaufgaben des Staates soll die Industrie übernehmen. ■ VON L. HORST GRIMME

Die Zulassung von Pestiziden unterliegt immer noch staatlicher Kontrolle. Dies könnte sich ändern, wenn die mit der neuen europäischen Chemikalienverordnung REACH im Juni 2007 vollzogene Änderung in der Chemikalienpolitik auch für Pestizidzulassung gilt. REACH steht für die Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien und wird von interessierter Seite als Durchbruch für eine zukunftsfähige Chemikalienpolitik gefeiert. Durch Registrierung und Bewertung der schon lange auf dem Markt befindlichen Chemikalien soll die Chemikalienpolitik stärker als bisher durch das Vorsorgeprinzip gesteuert werden. Die Überprüfung der Chemikaliensicherheit wird jedoch von der bisher dafür verantwortlichen nationalen Prüfbehörde

in die Hände der Chemikalienhersteller und Importeure gelegt. Während Landwirte im Rahmen der sogenannten Cross Compliance vor Ort auf mögliche Gesetzesüberschreitungen beim Einsatz der Agrochemikalien untersucht werden, wird nun mit REACH der chemischen Industrie die Definitionsmacht darüber gegeben, was überhaupt als riskant einzustufen ist. Dabei hat die Geschichte des Chemikalieninsatzes gezeigt, dass trotz intensiver Untersuchungen riskante toxische „Nebenwirkungen“ für Mensch und Umwelt leider zum System gehören.

Vordergründig schließt die REACH-Verordnung nur eine Regelungslücke für die sogenannten Altstoffe. Das sind jene über 100.000 Chemikalien, die beim Inkrafttreten des 1982 erlassenen deutschen

Chemikalienrechts und danach auch der EU-Altstoffverordnung von 1993 bereits auf dem Markt waren und bleiben durften, ohne die neuen Prüfungsanforderungen auf Risiken für Mensch und Umwelt durchlaufen zu müssen.

Die damalige Auflage, diese Toxizitätsdaten sukzessive für die Altstoff-Risikobewertung nachzuliefern, ist sehr schleppend vorangekommen und hatte ein erschreckendes Ergebnis: Ein hoher Anteil der zwischen 1983 und 2003 geprüften Altchemikalien gab Anlass zu berechtigter Besorgnis, weil sich die toxischen Eigenschaften vieler der geprüften Stoffe als riskant für Gesundheit und Umwelt oder zumindest für eines dieser beiden Schutzgüter erwiesen. Damit war klar, dass es dringend einer grundsätzlich

veränderten Chemikalienpolitik bedurfte, die die Methodik der Risikobeurteilung und -bewertung, die Ausarbeitung von Risiko-Reduktionsprogrammen, die Organisation des Regulierungsprozesses und die Form der Regulierung umfassen musste. Anderenfalls wäre der politische Anspruch nicht mehr glaubhaft gewesen, den Umgang mit Chemikalien nach dem Vorsorgeprinzip steuern zu wollen. Mit der REACH-Verordnung (englisch to reach = erreichen) soll dies alles nun erreichbar geworden sein.

Nur Registrierung, keine Zulassung

Die REACH-Verordnung regelt primär ein bloßes Registrierungsverfahren und kein Zulassungsverfahren, wie es für Arzneimittel und Pestizide rechtlich vorgeschrieben ist. Das Kontrollinstrument Registrierung in dieser Verordnung besagt, dass alle Chemikalien, die nicht nach einem Zulassungsverfahren vermarktet werden sollen und eine Produktionsmenge von mehr als einer Tonne pro Jahr und Hersteller oder Importeur erreichen, einer Registrierungspflicht unterliegen. Diese Registrierung ist, anders als eine bloße Anmeldung, an Voraussetzungen geknüpft; im Falle von REACH an die Abgabe einer Gefährlichkeitsabschätzung, einer Expositionsabschätzung und einer Risikocharakterisierung. Die Minimalanforderungen an Daten, die eine solche Risikobewertung sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die belebte Umwelt erlauben sollen, sind als Basisdatensatz definiert worden.⁽¹⁾

Es ist dieses Basiswissen um Stoffeigenschaften und Stoffeinsatz oder -wertungen, das für die allermeisten Altstoffe bislang nicht verfügbar war. Dieses nun von Herstellern oder Importeuren zu erarbeitende Stoffdossier („Registrierungsdossier“) wird zunächst von der neu eingerichteten Europäischen Chemikalien-Agentur ECHA in Helsinki bearbeitet und daraufhin geprüft, ob Stoffe von ihrem Gefährdungspotenzial her für eine uneingeschränkte Produktion und Vermarktung registriert werden können oder ob die Hersteller im Einvernehmen mit den nationalen Behörden weitere Prüfungsan-

forderungen erfüllen müssen. Dieses erste Kontrollinstrument „Registrierung“ ist gemeint, wenn das neue Chemikalienrecht mit der Losung „no data – no market“ der Öffentlichkeit angepriesen wird.

Die REACH-Verordnung verspricht also Herstellern, Importeuren, Weiterverarbeitern und Endanwendern ein transparentes Verfahren zur Chemikalienbewertung, das bisher schon lange vermarktete Stoffe mit toxischen Eigenschaften benennt, erkennt und registriert und gegebenenfalls in der Vermarktung einschränkt.

Damit wird ein bereits 2001 von der EU-Kommission formulierter Vorschlag für eine europäische Nachhaltigkeitsstrategie erfüllt: bis zum Jahr 2020 zu gewährleisten, dass Chemikalien nur so hergestellt und verwendet werden, dass sie keine wesentliche Gefahr für Gesundheit und Umwelt darstellen.

Vermutlich war nicht der inhaltliche Anspruch dieser Aussage entscheidend, sondern der Zeitgewinn. Denn die REACH-Verordnung beinhaltet zwei außerordentliche Einschränkungen des großen Anliegens einer vorsorgegetriebenen Risikovermeidungspolitik: Sie dehnt einerseits die Registrierungsfristen auf drei, sechs oder gar elf Jahre aus und reduziert parallel dazu die Anzahl der zu registrierenden Stoffe – von den ursprünglich über 100.000 im Europäischen Altstoffverzeichnis EINECS auf etwa 30.000.

Verzicht auf toxikologische Gefährdungsabschätzung

Die Reduzierung wird damit begründet, dass die meisten zur Diskussion stehenden Chemikalien nur in kleinen Mengen (unter einer Tonne pro Jahr und Hersteller) produziert werden und andererseits die Kapazitäten der Registrierungsbehörde ECHA nicht mehr Stoffe zuließen. Dies war ein „erreichter Konsens“ zwischen Wirtschaft, Behörden und Wissenschaft. Und diese nur mehr 30.000 Chemikalien konnte man nach der gleichen Tonnen-Ideologie weiter differenzieren, denn die Mehrzahl der 30.000 Stoffe wird in Mengen von einer bis zehn Tonnen pro Jahr produziert oder importiert. Der Kompromiss, der „in ge-

meinsamer Anstrengung“ erreicht wurde, beinhaltet nun einen weitergehenden Verzicht auf Daten des Basisdatensatzes für die 15.500 Stoffe mit einer Jahresproduktion von einer bis zehn Tonnen, die für eine toxikologische Gefährdungsabschätzung eigentlich unabdingbar sind und unter dem angestrebten Vorsorgeaspekt niemals hätten aufgegeben werden dürfen. Angeblich geschah das mit dem – an sich akzeptablen – Argument, dass Tierversuche vermieden werden sollten.

Damit wurden die Anforderungen an die Datenbeibringung so weit reduziert, dass für die 15.500 Stoffe kein vollständiges Registrierungsdossier, sondern nur ein „Technisches Dossier“ ohne den sogenannten Stoffsicherheitsbericht, also ohne alle toxikologischen Gefährdungsdaten, eingereicht werden soll und kann. Das ist eine groteske Abweichung von dem öffentlichen Versprechen, das Vorsorgeprinzip durch mehr Wissen zu verwirklichen. Hier gibt es sogar das Angebot zum Verzicht auf Wissen. Das lässt die Frage aufkommen, ob das Ziel der Schließung von Wissenslücken für die Risikoormittlung wirklich angestrebt wurde und was das propagierte Motto „Ohne Daten kein Markt“ letztlich bedeutet: ein minimiertes Schutzniveau unter Missachtung der Vorsorge?

Verantwortung in die Hände der Chemieindustrie gelegt

Die größte Veränderung, die die REACH-Verordnung bringt und die als der wahre Paradigmenwechsel in der Chemikalienpolitik bezeichnet wird, ist ein besonderer Clou: Mit REACH wird die Verantwortung für die Überprüfung der Chemikaliensicherheit von den bisher verantwortlichen nationalen Prüfbehörden auf die Chemikalienhersteller und Importeure übertragen. Die chemische Industrie soll künftig selbst und in eigener Verantwortung dafür sorgen, dass ihre Produkte ohne Risiken sicher zu handhaben sind und die menschliche Gesundheit und die belebte Umwelt nicht „erheblich“ (welcher Ermessensspielraum!) beeinflussen.

Es ist verständlich, wenn sich Politiker und Behördenvertreter erleichtert darüber

äußern, dass die Beweislast bei der systematischen Beurteilung von Risiken auf die Verursacher dieser Risiken verlagert wird und die hoheitliche Überwachung sich auf die Überprüfung von Registrieranforderungen beschränkt. In der kritischen Würdigung dieses Paradigmenwechsels, der mit großen Hoffnungen und Erwartungen verknüpft wurde, darf man aber die Geschichte der Überraschungen mit Chemikalien und ihrem Einsatz in der Biosphäre und die dabei erlebten Verhaltensmuster der Hersteller und Vertrieber dieser Stoffe nicht aus dem Auge verlieren.

Überraschungsgeschichte der „Nebenwirkungen“

Die enorme Entwicklung der chemischen Industrie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts führte dazu, dass wir heute davon ausgehen müssen, dass kein Biotop in der Biosphäre mehr existiert, in dem synthetische chemische Produkte nicht entweder eine technologisch genutzte Funktion – etwa als Arzneimittel, Pestizid, Waschmittel, Kosmetikum, Lebensmittelzusatzstoff, Duftstoff, Holzschutzmittel – ausüben oder als sogenannte Umweltchemikalien die Wirkung von Bioziden haben. 1954 hat die US-amerikanische Biologin und Journalistin Rachel Carson mit ihrem Buch „Der stumme Frühling“ eines der ersten Warnsignale gesendet, damals in Bezug auf das Insektizid DDT. Zwei Jahre später sprach der damals bedeutende Pharmakologe Fritz Eichholtz schon von der entstandenen „gesamttoxischen Situation“. Seen und Flüsse waren in den 1950er-Jahren geprägt von Schaumbergen durch Waschmittelzu- leitungen. Die Bilder der zerstörten Natur führten erstmals zu einem öffentlichen Umweltbewusstsein, das Behörden zum Eingreifen veranlasste.

Katastrophen wie die Folgen des Arzneimittels Contergan im Jahr 1961, Unfälle mit dem Chlorchemie-Gift Dioxin im norditalienischen Seveso 1976 oder mit Methylisozyanat aus der Insektizidproduktion im indischen Bhopal 1984 brachten alles, was mit Chemie zu tun hatte, in Verruf. Das Ansehen der chemischen Industrie nahm einen derart großen Scha-

den, dass diese in der Folgezeit mit neuen, fantasievollen Firmennamen (Aventis, Novartis, Syngenta) und der Betonung neuer Schwerpunkte wie „Life Science Industries“ die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen versuchte.

Aber auch die Anwendungsgeschichte von gezielt synthetisierten und über ein „strenges Zulassungsverfahren“ vermarktungsfähig gemachten Pflanzenschutzmitteln konnte bis heute immer wieder zu einer Überraschungsgeschichte werden, trotz intensiver Untersuchungen zum Nachweis der Wirksamkeit einerseits und zur Nebenwirkungsfreiheit andererseits. Viele unerwünschte „Nebenwirkungen“ sind von den Wissenschaftlerteams und den prüfenden Untersuchungsbehörden nie vorhergesagt worden:

- ▶ Rückstände in Lebensmitteln,
- ▶ die Persistenz (Langlebigkeit) angeblich rasch abbaubarer Wirkstoffe,
- ▶ die weite Verbreitung in Nichtanwendungsgebieten,
- ▶ Pestizide im Grundwasser,
- ▶ die Verdampfung von Pestiziden und ihr Vorkommen in Nebel und Regen.

Auch die seit den 1980er-Jahren weltweit beobachtete Resistenzbildung bei tierischen Schädlingen oder von Fremdpflanzen in Kulturbeständen waren nie vorausgesehene Überraschungen und mussten immer wieder nachträglich aufgearbeitet und in neue Richtlinien zur Schadensbegrenzung gefasst werden. Heute stehen wir vor allem solchen Wirkstoffen gegenüber, die über ihre herbizide oder pestizide Wirkung hinaus hormonähnliche Auswirkungen schon in äußerst geringen Konzentrationen zeigen. Völlig unbeachtet bleibt bis heute die enorme Belastung durch die Vielfalt von chemischen Stoffen und die damit verbundene Auslösung von Kombinationswirkungen.

Zweifelhafte Hoffnungen auf Paradigmenwechsel

Diese Ungewissheit, mit der Naturwissenschaftler prognostisch tätig sind, muss bei allen zukünftigen Zulassungsverfahren und Risikobewertungen stärker berücksichtigt werden, vor allem wenn das toxikologisch

relevante Datenmaterial nicht zur Verfügung steht oder nicht zur Verfügung gestellt wird.

Und hier kommen Zweifel an den Hoffnungen auf, die die REACH-Verordnung mit ihrem Paradigmenwechsel verbindet, indem sie die Verantwortung für den Umgang mit gefährlichen Stoffen der Steuerung einer – zweifellos ökonomisch interessierten – Industrie überlässt. Deren Anstrengungen, toxikologisch notwendige Daten verfügbar zu machen, sind seit Jahrzehnten mangelhaft.

Die Arbeitsgruppe Toxikologie der Kommission für Pflanzenschutz-, Pflanzenbehandlungs- und Vorratsschutzmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit ihrer Aufgabe, alle in Deutschland zugelassenen Herbizide nach den Anforderungen des Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutzes zu bewerten, klagte bereits 1986, dass ihre Aufgabe immer schwieriger zu erfüllen sei, weil von der Industrie keine Daten zur Giftigkeit von Pflanzenschutzmitteln veröffentlicht würden: „Die zusammenfassende Beurteilung ist nur mit Vorbehalt gültig, da es nach Kenntnis der Arbeitsgruppe Toxikologie weitere relevante Daten gibt, die ihr aber nicht zugänglich sind.“⁽²⁾ Dass die REACH-Verordnung, die auf Transparenz setzt und der Datenzulieferung durch die primär Stoffverantwortlichen vertraut, an diesem Missstand etwas ändern wird, bleibt wohl eher eine naive Hoffnung.

Anmerkungen

- ▶ (1) Siehe die Langfassung dieses Beitrags: Grimme, L. H.: Problematischer Paradigmenwechsel. In: AgrarBündnis (Hrsg.): Der kritische Agrarbericht, ABL Bauernblatt, Hamm 2009, S. 147–151, www.bauernstimme.de
- ▶ (2) DFG, Arbeitsgruppe Toxikologie der Kommission für Pflanzenschutz-, Pflanzenbehandlungs- und Vorratsschutzmittel (1986).

Der Biologe und Ökotoxikologe Dr. Lothar Horst Grimme lehrte von 1975 bis 2004 als Professor an der Universität Bremen. Er lebt in Remscheid.

Kontakt: E-Mail: lhgrimme@t-online.de



Internationale Energiepolitik

Vom Drei-Steine-Feuer zur Energieeffizienz

Einfache Techniken für Haushalt und Kleingewerbe machen nachhaltige Entwicklung möglich

Die Energieformen, die Menschen zur Verfügung stehen, bestimmen ihren Lebensstil. Der fehlende Zugang zu sauberer Energie ist eine Hauptursache von Armut in Entwicklungsländern und verhindert eine wirkliche soziale oder ökonomische Entwicklung. Der effiziente Umgang mit Energie ist ein wichtiger Überlebensfaktor. ■ VON AGNES KLINGSHIRN

Ungefähr ein Drittel des gesamten Energieverbrauchs in Entwicklungsländern stammt aus Biomasse, also aus Holz, Holzkohle, land- und forstwirtschaftlichen Abfallstoffen und Dung. In Afrika ist es sogar mehr als die Hälfte, in den ärmsten afrikanischen Ländern bis zu 90 Prozent. Biomasse-Energie wird zur Zubereitung der Nahrung in den Privathaushalten und für gewerbliche Zwecke wie Straßenrestaurants, Bierbrauen, Fischräuchern und zum Trocknen von landwirtschaftlichen Produkten genutzt.

Nach Schätzungen internationaler Organisationen sind heute noch 2,5 Milliarden Menschen – das ist fast ein Drittel der Weltbevölkerung – auf die traditionelle Biomasse zum Kochen, Backen und Heizen angewiesen. Diese Menschen haben entweder keinen Zugang zu moderner Energie oder sie können sie sich nicht leisten. Deshalb kocht die Mehrheit der ärmeren Bevölkerung auch heute noch auf dem relativ ineffizienten „Drei-Steine-Feuer“. Drei Steine sind überall zu finden. Sie sind funktional, weil jeder Topf daraufpasst, und sie kosten nichts. Dass dabei durchschnittlich nur fünf bis zehn Prozent der im Brennstoff enthaltenen Energie genutzt wird, nimmt man in Kauf. Dass allerdings diese Art der Verbrennung von Biomasse eine der gefährlichsten Formen der Energienutzung ist, weil dabei gesundheitsgefährdende Rauchgase entstehen, wissen viele Menschen nicht.

Wer arm ist, lebt auch ungesund

Diese Nutzung von Biomasse wird in den nächsten 20 Jahren noch zunehmen – mit katastrophalen Auswirkungen auf Umwelt und Lebenschancen der betroffenen Men-

schen. Hier zeichnet sich ein Teufelskreis ab: Wer arm ist, bleibt darauf angewiesen, die traditionelle Biomasse als den am leichtesten zugänglichen Energieträger zu nutzen, ohne dabei moderne Verbrennungstechnologien einsetzen zu können.

Direkt betroffen sind die ärmeren Bevölkerungsschichten in den ländlichen Regionen und den Stadtrandgebieten, Millionen von Menschen aus den verschiedenen Kriegsgebieten und zunehmend auch Menschen, die durch Umweltkatastrophen aus ihren Heimatgebieten vertrieben werden. Gerade die Zahl der letztgenannten wird wegen der globalen Klimaerwärmung in den nächsten Jahren noch dramatisch zunehmen. Im Klartext heißt das, dass diejenigen am meisten unter dem Klimawandel leiden müssen, die am wenigsten zu seiner Entstehung beigetragen haben.

Problematische Biomasseverbrennung

Die Verschmutzung der Luft in den meist ungelüfteten Räumen, in denen gekocht, aber oft auch geschlafen wird, ist ein großes Problem für die Menschen. Durch die gesundheitsschädlichen Rauchgase sterben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) jedes Jahr 1,5 Millionen Menschen, besonders Frauen und Kinder, die den ganzen Tag in den verrauchten Küchen verbringen müssen.

Ähnlich problematisch ist die Emission von Treibhausgasen bei der Verbrennung von Biomasse, die in Afrika mit etwa 566 Millionen Tonnen Kohlenstoff pro Jahr die Umwelt belasten. Dabei ist der größte Teil der Emissionen auf Savannenbrände zurückzuführen, die meist durch Rodung oder Blitzschlag entstehen. Weil aber die Savannen nachwachsen und dabei wie-

der CO₂ aufnehmen, ist dieser Teil weniger gravierend. Viel schädlicher sind die Auswirkungen der nicht nachhaltigen Nutzung von Biomasse als Haushaltsenergie. Sie führt zu Entwaldung und in der Folge zu Erosion, Ertragsrückgang und schließlich zu Wüstenbildung, wodurch die Ernährungsgrundlagen der Menschen vernichtet werden. Die zunehmende Verwendung von Holzkohle im Einzugsbereich der wachsenden Städte trägt in besonderem Maße zur Übernutzung der Biomasse-Ressourcen und ihren destruktiven Folgen bei.

Gute Ergebnisse der Entwicklungszusammenarbeit

In den letzten 30 Jahren der Entwicklungszusammenarbeit wurden effiziente Verbrennungstechnologien wie der „Raketenerd“ oder Vergaserherde sowie Küchenmanagementsysteme zur Vorbereitung der Nahrungsmittel und des Brennstoffs entwickelt. Sie sparen – je nach Art und Handhabung – im Vergleich zum Drei-Steine-Feuer bis zu 80, bei Großküchen sogar bis zu 90 Prozent der Energie ein.

Die Vorteile, die sich bei einer großflächigen Verbreitung effizienter Technologien vor allem für die Frauen und Kinder ergeben, sind so groß, dass sich eine grundlegend neue Lebensqualität entwickeln könnte. Diese positiven Wirkungen (siehe Kasten auf der folgenden Seite) und ihre realistischen Möglichkeiten der Verwirklichung sind keine Wunschvorstellungen, sondern wurden in einer Vielzahl wissenschaftlicher Studien nachgewiesen. Diese positiven Auswirkungen würden nicht nur neue Lebensperspektiven für Milliarden von Menschen bringen, sondern auch

Positive Wirkungen effizienter, sauberer Bioenergie-Versorgung

Saubere Bioenergie hat vor allem gesundheitliche Auswirkungen:

- ▶ weniger Atemwegserkrankungen bei Müttern und Kindern,
- ▶ weniger Augenkrankheiten,
- ▶ reduzierte Mütter- und Kindersterblichkeit,
- ▶ weniger Krebserkrankungen.

Als Vorteile auf sozialer Ebene ergeben sich:

- ▶ eine geringere Arbeitsbelastung bei der Feuerholzbeschaffung,
- ▶ mehr Zeit für andere produktive Tätigkeiten,
- ▶ häufigerer und regelmäßiger Schulbesuch der Kinder, insbesondere von Mädchen,
- ▶ mehr Geld für eine bessere Ernährung sowie
- ▶ ein höheres Ansehen der Frauen in der Dorfgemeinschaft, die sich aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung beteiligen, im Gemeinderat mitarbeiten und sich weiterbilden können.

Positive Auswirkungen auf die Ökologie sind:

- ▶ die Schonung knapper Ressourcen,
- ▶ eine verbesserte Bodenfruchtbarkeit,
- ▶ eine signifikante Reduzierung von Treibhausgasen wie Kohlendioxid und Methan,

- ▶ ein erhöhtes Umweltbewusstsein durch die positive Erfahrung von sauberer Luft sowie
- ▶ eine Aktivierung lokal verfügbarer Potenziale nachwachsender Rohstoffe, wenn zusätzlich die Aufforstung mit schnell wachsenden Hölzern erfolgt.

In ökonomischer Hinsicht:

- ▶ sinken die Ausgaben für Brennstoffe bedeutend, was größere finanzielle Reserven für Versorgung der Familien bei Krankheiten, für Schulgeld und Kinderkleidung schafft;
- ▶ ist auch die Förderung des Handwerks durch Ausbildung von Fachkräften und die Schaffung von Hunderttausenden Arbeitsplätzen in Kleinindustrie und Handel ein einzel- und volkswirtschaftlicher Faktor;
- ▶ müssen auf nationaler Ebene geringere Devisenreserven für fossile Energien vorgehalten werden.

Eine kürzlich durchgeführte Kosten-Nutzen-Analyse für ein Projekt in Uganda hat ergeben, dass jeder in Bioenergien investierte US-Dollar einen gesamtwirtschaftlichen Nutzen von 25 US-Dollar erbringt. Ähnliche Studien gibt es auch aus anderen Ländern.

eine neue Grundlage dafür schaffen, dass die Menschheit der Lösung der globalen Umweltprobleme in der gemeinsamen Verantwortung von Nord und Süd einen großen Schritt näher kommen kann.

Graswurzeltechnik zählt nicht – bis die Krise kommt

Ist es realistisch, dass in den nächsten zehn bis 20 Jahren radikale Veränderungen für so viele Menschen erreicht werden können? Trotz der bisher gemachten Fortschritte hatten Programme zur besseren Nutzung von Biomasse-Energie bis vor Kurzem einen niedrigen Status. Gründe waren die Verbreitung von überwiegend einfachen Lehmtechnologien und die Tatsache, dass es sich um einen Arbeitsbereich handelt, der unbezahlte Frauenarbeit beinhaltet. Weiterhin spielten Interessenkon-

flikte zwischen Anwendern und Entscheidungsträgern in den Entwicklungsländern selbst und die insgesamt immer noch vergleichsweise geringe Bedeutung von Umweltbelangen eine Rolle.

Diese Situation hat sich aber in letzter Zeit entscheidend geändert. Dazu hat nicht zuletzt auch die gegenwärtige Finanzkrise beigetragen. Plötzlich wird allen bewusst, wie schnell sich ein sicher gewählter Zustand ins Negative verändern kann. Ja, man kann sagen, dass die Bedingungen noch nie so günstig waren wie heute, auch auf diesem traditionellen Energiesektor in kurzer Zeit radikale Fortschritte zu erreichen. Allerdings besteht auch die Gefahr dass dabei neue, unvorhergesehene soziale und ökologische Probleme entstehen. Ein Beispiel sind die Forderungen, einen möglichst großen Anteil fossiler Energie durch nachwachsende Energiepflanzen zu

ersetzen. Innerhalb kürzester Zeit verteuerten sich Nahrungsmittel in vielen Entwicklungsländern derart, dass sie für die ärmeren Schichten unbezahlbar wurden und sich Hungersnöte ankündigten.

Solche Negativauswirkungen dürfen aber nicht dazu führen, dass die zurzeit günstigen Voraussetzungen für den flächendeckenden Einsatz effizienter Technologien zur Versorgung auch der ärmeren Schichten mit sauberer Energie in den Entwicklungsländern nicht weiter genutzt werden. Im Gegenteil, um diese zu ermöglichen, braucht es den politischen Willen der Verantwortlichen in Nord und Süd, jetzt tätig zu werden. Es braucht Finanzierungsinstrumente und völkerrechtlich verbindliche Richtlinien, um Konkurrenz mit der Ernährungssicherheit zu vermeiden. Neue, moderne Biomasse-Energien wie etwa Algenzucht oder andere Energiequellen wie Solar- oder Wellenkraftwerke müssen erschlossen werden. Notwendig sind dafür auch ganzheitliche Konzepte und die Zusammenarbeit aller Beteiligten – Forschung, Privatindustrie, Handwerk, Regierungs- und zivilrechtliche Organisationen in Süd und Nord. Heute gibt es ein globales Bewusstsein über die Dringlichkeit zu handeln. Wenn also nicht jetzt, wann dann?

Literaturhinweise

- ▶ Household Energy Network: www.hedon.info
- ▶ Sachverständigenrat für Umweltfragen (2007): Sondergutachten Klimaschutz durch Biomasse. Download (2,4 MB): www.umweltrat.de (Gutachten – Sondergutachten)
- ▶ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“ (2008): Welt im Wandel. Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung. www.wbgu.de/wbgu_jg2008

Die Sozialanthropologin Dr. Agnes Klingshirn hat in Marburg Entwicklungssoziologie gelehrt, praktische Entwicklungszusammenarbeit in Kenia und für die GTZ geleistet und ist freiberufliche Energieberaterin in Frankfurt am Main.

Kontakt:
Tel. +49 (0)69 / 516896,
E-Mail:
aklingshi@t-online.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallvermeidung**EU sucht gute Beispiele**

■ Die EU-Kommission will mittels Leitlinien die Abfallvermeidung in Europa fördern. Sie hat eine Beraterfirma beauftragt, gute Beispiele für Müllvermeidung zu recherchieren sowie Leitlinien und Indikatoren zu entwickeln. Bis Oktober soll das Unternehmen auch Interessengruppen beteiligen. Auf der Internetseite müssen Interessierte sich dazu als CIRCA interest group registrieren lassen. [jg]

- www.ec.europa.eu/environment/waste/prevention

Finanzpolitik**Steuer begünstigt Einweg**

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat Ende März die Beendigung der steuerlichen Benachteiligung für umweltschonende Verpackungen gefordert. Firmen, die Essen auf Rädern in Mehrwegverpackungen liefern, müssten 19 Prozent Mehrwertsteuer entrichten, bei Wegwerfverpackungen seien nur sieben Prozent fällig. Diese „absurde Bevorzugung der Wegwerfbranche“ ergibt sich laut DUH aus einem Schreiben des Bundesfinanzministeriums an die Länder vom Oktober 2008. Bisher hatten die Länderbehörden auch für Mehrwegverpackungen die ermäßigte Steuer verlangt. Neuerdings werde das Abholen und Säubern aber als Dienstleistung gewertet, für die der höhere Regelsteuersatz gelte. „Die Entscheidung des Finanzministeriums steht in klarem Widerspruch zur Zielsetzung der europäischen und der deutschen Abfallpolitik, Abfälle wo immer möglich zu vermeiden“, kritisierte die DUH. Der ohnehin geringe Anteil der Mahlzeiten auf Mehrwegbasis werde weiter sinken. [jg]

- DUH, Maria Elander, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240086741, E-Mail: elander@duh.de, www.duh.de

Illegale Abfalltransporte**Ostdeutsche Müllskandale**

■ Der Leipziger Umweltverband Ökolöwe fordert die Herabstufung der Zentraldeponie im sächsischen Cröbern. Diese sei „still und leise“ zur Deponie für gefährliche Abfälle geworden. Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei haben in Cröbern ebenso Ermittlungen aufgenommen wie an der Deponie Zeuchfeld und den Tongruben im Jerichower Land in Sachsen-Anhalt. Das ZDF hatte bereits 2008 Unregelmäßigkeiten bei Müllverbringungen in Sachsen und Sachsen-Anhalt aufgedeckt. Im Landtag von Sachsen-Anhalt soll ein Untersuchungsausschuss die unsachgemäße Behandlung von Giftmüll und illegale Abfalltransporte aufklären.

Der Ökolöwe, ein Verband der Grünen Liga, kritisiert seit Langem den von der überdimensionierten Anlage in Cröbern erzeugten Mülltourismus. Sachsen sei auf dem Weg zum Müllimportweltmeister. Fast eine halbe Million Tonnen Müll wurde 2008 importiert, unter anderem aus Sierra Leone, Singapur und Malaysia. [jg]

- Ökolöwe, Geschäftsführer Philipp Steuer, Leipzig, Tel. +49 (0)341 / 3065186, www.oekoloewe.de

EU-Abfallpolitik**Wertvoller Biomüll**

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat Mitte März Forderungen für die zukünftige EU-Abfallpolitik aufgestellt. Das EEB beteiligte sich neben anderen Verbänden an einer öffentlichen Konsultation der EU-Kommission zum Grünbuch Biomüll. Ein Grünbuch ist ein vorstrukturierendes Diskussionspapier zu einem bestimmten Thema, dem mittelfristig Gesetzesregelungen folgen sollen.

Das EEB fordert, Biomüll weder zu verbrennen noch zu deponieren. Privates Kompostieren sei zu fördern. Die EU soll die getrennte Sammlung von organischen Abfällen und möglichst die biologische Abfallbehandlung durch Kombination von anaerober Vergärung und Kompos-

tionierung durchsetzen. Ferner fordert das EEB verbindliche Ziele in Form von Minimalinhalten organischer Bestandteile in städtischem Müll vor dessen Behandlung. Für Qualitätskompost soll die EU Schadstoffgrenzwerte definieren.

Die internationale Antimüllverbrennungsallianz GAIA unterstützt die EEB-Forderungen. Auch der NABU hat sich mit einer ähnlichen Stellungnahme an der Konsultation beteiligt. [jg]

- NABU, Benjamin Bongardt, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1610, www.nabu.de/mehrweg

Wirtschaftskrise**Recyclingfirmen betroffen**

■ Der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (BVSE) hat es begrüßt, dass Maßnahmen in den EU-Ländern und auf europäischer Ebene ergriffen werden sollen, um die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Branche abzumildern. Dies hatte der EU-Frühjahrgipfel im März beschlossen. Man erwarte ein „rabenschwarzes Jahr“ und brauche Unterstützung, so der BVSE. Die Nachfrage bei Altglas und -papier sei eingebrochen. [jg]

- www.bvse.de

EU-Chemikalienpolitik I**Gewerkschafter gegen Gift**

■ Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat Ende März eine Liste mit 306 Chemikalien veröffentlicht, die aus Arbeitsschutzgründen verboten werden sollten. Sie gehörten auf die Kandidatenliste für sehr besorgniserregende Stoffe in der EU-Chemikalienverordnung REACH. Das Verbot oder die Ersetzung dieser Substanzen verhindere tödliche und gefährliche Arbeitsunfälle. Der EGB hofft nun auf die EU-Mitgliedstaaten, deren Vorschläge für die REACH-Liste noch ausstehen. [jg]

- EGB-Liste: www.etuc.org/a/6022

EU-Chemikalienpolitik II**Schärfere Ökolabel-Kriterien**

■ Die EU hat im März für sieben Produktgruppen neue Kriterien zur Vergabe des europäischen Ökolabels beschlossen. Sie beziehen sich auf Textilien, Matratzen, Taschentücher, Schuhe, Bodenbeläge und Campingplätze. Textilien und Matratzen erhalten kein Ökolabel mehr, wenn sie bromierte Flammschutzmittel wie Deca-BDE enthalten, die langfristig Nervenschäden hervorrufen können. Ebenso ist nun die Vergabe des Ökolabels an Produkte untersagt, die potenziell krebserregende oder erbgutschädigende Schädlingsbekämpfungsmittel enthalten. Taschentücher müssen zwar nicht aus recyceltem Papier hergestellt sein, um das Ökolabel zu tragen, allerdings müssen dann die Fasern aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern stammen. Schuhe, die Kunststoffweichmacher (Phthalate) enthalten, sind als Kandidaten für das Ökolabel ausgeschlossen.

Umweltverbände begrüßten die Entscheidung des zuständigen Komitologie-Ausschusses, fordern aber noch schärfere Kriterien. So dürften alle Textilien und Matratzen, die halogenhaltige Flammschutzmittel enthalten, sowie Schuhe mit PVC kein Ökolabel bekommen. [sb]

- ▶ Europäisches Umweltbüro (EEB), Chemikalien-experte Christian Schaible, Brüssel, E-Mail: christian.schaible@eeb.org, www.eeb.org

Gefährliche Chemikalien**Hormone in PET-Flaschen**

■ Wegen möglicher Gesundheitsschäden sollten VerbraucherInnen Mineralwasser lieber aus Glasflaschen trinken und auf Kunststoffflaschen aus Polyethylenterephthalat (PET) verzichten. Das empfiehlt die Verbraucherschutzorganisation Foodwatch nach Informationen der Tageszeitung taz. Foodwatch bezieht sich auf eine Studie der Universität Frankfurt, die hormonell wirksame Schadstoffe in Wasser aus Plastikflaschen nachgewiesen hat. Auch der BUND warnt vor Weichma-

chern und hormonell wirksamen Stoffen in Lebensmittelverpackungen und fordert ein Verbot. Mögliche Folgen dieser Substanzen sind nach Ansicht von ExpertInnen Fruchtbarkeitsstörungen bei Männern und Entwicklungsstörungen bei Embryonen.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sieht weiteren Forschungsbedarf, da die Studie keine genaueren Angaben zu den Kontaminanten und deren Herkunft mache. Auch müsse das Gesundheitsrisiko besser untersucht werden. Das BfR hält es aber nicht für nötig, auf Mineralwasser aus Kunststoffflaschen zu verzichten.

Laut dem Verband Deutscher Mineralbrunnen werden 71 Prozent des Mineralwassers in PET-Flaschen verkauft. Diese werden meist nicht recycelt, sondern nur als Einwegverpackung genutzt. [jg]

- ▶ BfR: www.kurzlink.de/bfr-petflaschen09
- ▶ www.bund.net (Themen und Projekte – Chemie)

Nachhaltige Chemikalienpolitik**Leasing für Chemikalien**

■ Unternehmen sollen Chemikalien künftig leasen statt kaufen. Das ist eine der Ideen, die das Umweltbundesamt (UBA) Mitte März in seinem Konzept für „Nachhaltige Chemie“ vorgestellt hat. Hersteller oder Importeure würden mit diesem Konzept die Funktion oder Dienstleistung der Chemikalie einschließlich der fach- und umweltgerechten Nutzung anbieten. Nach der Nutzung nimmt der Anbieter die ausgedienten Chemikalien zurück, bereitet sie auf oder entsorgt sie umweltgerecht. Damit würde sich der Preis mehr am Know-how als an der Menge verkaufter Chemikalien messen und insgesamt könne mit geringerem Rohstoffverbrauch gerechnet werden. Weitere Ideen im UBA-Konzept: effizientere metallorganische Katalysatortechniken für Kunststoffherstellung und „weiße Biotechnik“, die laut UBA emissionsärmer und energiesparender ist als traditionelle chemische Verfahren. [jg]

- ▶ www.uba.de/chemikalien
- ▶ www.chemikalienleasing.de

Elektrosmog**Parlament für mehr Vorsorge**

■ Das EU-Parlament hat Anfang April gefordert, die BürgerInnen besser vor Elektrosmog zu schützen, die Forschung über dessen Auswirkungen zu fördern und den Strahlenschutz zu vereinheitlichen. Der Initiativbericht der belgischen Abgeordneten Frédérique Ries (Libérale) wurde mit großer Mehrheit angenommen. Das Parlament will, dass die zehn Jahre alten Grenzwerte überprüft werden. Die EU-Kommission soll jährlich Bericht über das Ausmaß der elektromagnetischen Strahlung erstatten. Es müsse endlich einheitliche, hohe Schutzstandards sowie Leitlinien geben. Mindeststandards könnten auch Verbote enthalten, etwa für Sender neben Schulen oder Krankenhäusern. Der Ries-Bericht fordert außerdem öffentlich zugängliche Informationen und Karten über die Lage von Hochspannungsleitungen und Sendemasten. Bei Produkten müsse gekennzeichnet werden, ob von ihnen Strahlung ausgeht.

Die deutsche EU-Abgeordnete Hiltrud Breyer (Grüne) kritisierte, dass nicht strengere Grenzwerte, sondern lediglich eine Überprüfung gefordert wurde. Unterstützenswert sei die Forderung, Elektrosensibilität als Behinderung anzuerkennen. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/e-smog-riesbericht
- ▶ www.hiltrud-breyer.de

Luftqualität I**Ozonwerte immer noch hoch**

■ Die Ozongrenzwerte wurden im letzten Sommer seltener und an weniger Orten überschritten als in den vergangenen Jahren seit 1997. Das meldete die Europäische Umweltagentur (EEA). Trotzdem seien die Werte noch hoch, auch wenn in Nordeuropa der informationspflichtige Ein-Stunden-Mittelwert von 180 Mikrogramm Ozon pro Kubikmeter Luft ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) eingehalten worden sei. Wie in den vorigen Jahren wurde der Langzeitmittelwert – höchstens $120 \mu\text{g}/\text{m}^3$ über

acht Stunden an höchstens 25 Tagen pro Jahr – in allen europäischen Ländern übertreten. Allerdings seien die Übertretungen im Vergleich zu den Vorjahren zurückgegangen, so die EEA.

Seit 1980 waren die bodennahen Ozonwerte in Europa kontinuierlich gestiegen. Ozon kann in hohen Dosen schwere Auswirkungen auf die Gesundheit und auch auf Landwirtschaft und Umwelt haben. Die britische Royal Society errechnete 2008, dass dadurch in Europa rund 21.400 Menschen pro Jahr sterben. Die Grenzwerte in den USA sind mit $100 \mu\text{g}/\text{m}^3$ niedriger als in Europa. [jg]

► www.kurzlink.de/eea-ozon-2008

Luftqualität II

Benzoldämpfe verhindern

■ Wer in der EU sein Auto betankt, soll ab 2018 vor flüchtigen organischen Verbindungen im Benzin geschützt werden. Das fordert der Umweltausschuss des EU-Parlaments, der Ende März über eine Richtlinie zur Benzindampf-Rückgewinnung abstimmte. Die Abgeordneten zogen damit das Geltungsjahr für die Nachrüstung alter Tankstellen um zwei Jahre vor. Neue Tankstellen sollen bereits ab 2010 mit entsprechenden Schutzvorrichtungen ausgestattet werden und 90 Prozent der Dämpfe abfangen. Das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisierte, dass die Forderung von Verbänden nach einer Ausweitung des Geltungsbereichs auf kleinere Tankstellen ab einem Jahresdurchlauf von 100 Kubikmeter Benzin pro Jahr nicht durchgesetzt wurde. Das Parlament will, dass die Regelung für neue Tankstellen ab 300 und für bestehende ab 3.000 Kubikmetern gilt. Das beim Tanken auftretende Benzol (Benzen) ist krebserregend und stark wassergefährdend. Benzol ist auch für die Entstehung von bodennahem Ozon an heißen Sommertagen mitverantwortlich. [jg]

► EEB, Dragomira Raeva, Brüssel, Tel. +32 (0)2/2891307, E-Mail: dragomira.raeva@eeb.org, www.eeb.org

UV-Strahlung

Ozonschicht besser schützen

■ Das EU-Parlament hat Ende März eine Verordnung verabschiedet, die neue Bestimmungen im international geltenden Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht umsetzen soll. Der Beschluss folgte einer Einigung mit dem EU-Ministerrat, sodass die Verordnung am 1. Januar 2010 in Kraft treten kann. Die Neufassung soll die geltende Verordnung vereinfachen und sicherstellen, dass sich die Ozonschicht rechtzeitig erholen kann und schädliche Auswirkungen auf Mensch und Umwelt verringert werden. Die Nutzung des Pestizids Methylbromid wird ab März 2010 für viele Anwendungen verboten. Der Ausstieg aus der Produktion teilhalogener Fluorchlorkohlenwasserstoffe (H-FCKW) wird von 2025 auf 2020 vorverlegt. [jg]

► www.europarl.eu (News – 25.03.2009)

KLIMA & ENERGIE

UN-Klimaverhandlungen

USA wieder im Spiel

■ Anfang April ist die erste UN-Klimakonferenz des laufenden Jahres in Bonn zu Ende gegangen. Elf Tage lang berieten rund 2.700 TeilnehmerInnen über ein neues Klimaschutzabkommen, das Ende 2009 in Kopenhagen unter Dach und Fach gebracht werden soll. Die Verhandlungen kamen aber nur sehr schleppend voran.

Umweltverbände kritisierten, dass sich die Industriestaaten nicht auf verbindliche CO₂-Reduktionen geeinigt hätten. Wissenschaftler gehen davon aus, dass die Industrieländer ihre Treibhausgase bis 2020 um 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 senken müssen; neuere Untersuchungen verlangen sogar noch drastischere Einschnitte. Den Verbänden zufolge boten die reichen Nationen jedoch nur magere Reduktionsziele von vier bis 14 Prozent an.

Ein positives Echo und neue Dynamik bewirkte dagegen die Rückkehr der USA an den Verhandlungstisch. Allerdings zeigten sich viele Delegierte enttäuscht darüber, dass die USA ihre Treibhausgase bis 2020 lediglich auf das Niveau von 1990 zurückfahren wollen.

Eine Schlüsselrolle bei den Klimaverhandlungen spielen die Finanzierung von Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern. Eine neue Studie von Germanwatch zeigt, dass mit einem Verkauf oder der Versteigerung von Emissionsrechten an die einzelnen Länder die notwendigen Mittel aufgebracht werden könnten. Ein zwei- bis dreistelliger Milliardenbetrag sei nötig, um Anpassung, Technologietransfer und Waldschutz mitzufinanzieren. [sl]

► Germanwatch, Christoph Bals, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6049217, E-Mail: bals@germanwatch.org

► Studie: Quellen internationaler Klimafinanzierung. www.germanwatch.org/klima/fundso09.htm

► Kurzübersicht zum Klimaschutzabkommen: www.eu-koordination.de (Publikationen – Factsheets)

Folgen des Klimawandels

Weißbuch zur Anpassung an den Klimawandel

■ Anfang April hat die EU-Kommission ein Weißbuch über die Anpassung der EU an die unausweichlichen Folgen des Klimawandels veröffentlicht. Darin skizziert sie die Auswirkungen für Europa und entwirft eine sektorübergreifende Gesamtstrategie. Drei weitere Diskussionspapiere zu Landwirtschaft, Gesundheit sowie Wasser, Küsten und Meeren ergänzen das Weißbuch. EU-Weißbücher enthalten üblicherweise Vorschläge für ein gemeinschaftliches Vorgehen in einem bestimmten Bereich.

Bei der Anpassung an den Klimawandel will die Kommission einen Zwei-Phasen-Ansatz verfolgen: Bis Ende 2012 sollen zunächst Maßnahmen und Kosten intensiv erforscht werden. Dann soll eine Anpassungsstrategie entwickelt und in der zweiten Phase umgesetzt werden. Das gesamte

Wissen soll in einer Informationsplattform gesammelt werden.

Zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen macht das Weißbuch nur vage Aussagen. Als mögliche Quellen werden EU-Haushaltsmittel, Versicherungen und der Emissionshandel genannt. Der Forschungsprozess und die Erarbeitung der Anpassungsmaßnahmen werden durch eine Steuerungsgruppe aus Vertretern der Mitgliedstaaten koordiniert, die zum 1. September gegründet werden soll. [sb]

► www.ec.europa.eu (Policies – Climate Change – Adaptation)

EU-Gebäuderichtlinie

Mehr Geld, höhere Standards

■ Der Industrieausschuss des EU-Parlaments hat Ende März strengere Energiestandards für Neubauten und finanzielle Anreize für die energetische Gebäudesanierung gefordert. Ab 2019 sollen nur noch Häuser gebaut werden, die weniger Energie verbrauchen als sie produzieren (Passiv- oder Energie-Plus-Häuser). Die Europaabgeordneten verschärfen damit einen Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zur Reform der Gebäuderichtlinie.

Anders als bei Neubauten soll die Regelungskompetenz beim Gebäudebestand weiter bei den Mitgliedstaaten bleiben. EU-Länder sollen für 2015 und 2020 Zielvorgaben für den Anteil an Passiv- und

Plusenergiehäusern machen. Auch bei allen größeren Renovierungen sollen ab 2010 Energiestandards gelten, die von der EU-Kommission ausgearbeitet werden.

Während die Kommission keine staatliche Finanzierung der Maßnahmen vorsah, will der Industrieausschuss bis 2014 einen EU-Energieeffizienzfonds für Gebäude einrichten. Die Abgeordneten benannten auch Instrumente zur finanziellen Förderung, wie die Senkung der Mehrwertsteuer auf umweltfreundliche Produkte, Subventionen oder günstige Kredite. Mitgliedstaaten sollen mindestens zwei dieser Fördermechanismen umsetzen.

Viele EU-Länder sehen strengere Energiestandards kritisch. Auch der deutsche Bundesrat hatte sich gegen eine EU-Regelung ausgesprochen und dafür plädiert, Effizienzbestimmungen für Gebäude in der Hand der Bundesländer zu lassen. [sl]

► Ergebnis der Abstimmung im Industrieausschuss: www.kurzlink.de/gebäude

EU-Frühjahrgipfel

Milliarden für CO₂-Endlager

■ Bei ihrem Frühjahrgipfel Ende März haben die Staats- und Regierungschefs der EU Maßnahmen zur Finanzkrise diskutiert und fünf Milliarden Euro für strategische Energieprojekte und schnelle Internetnetze bewilligt. Internationaler Klimaschutz stand entgegen den Erwartungen von Um-

weltverbänden jedoch hinten an. Die Regierungschefs beschlossen, rund vier von fünf Milliarden Euro aus dem EU-Landwirtschaftsfonds in CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), Offshore-Windparks sowie länderübergreifende Gas- und Stromleitungen zu investieren. Der Ausbau der Energienetze soll 2009 oder 2010 beginnen. Eine weitere Milliarde soll in Internetverbindungen für den ländlichen Raum investiert werden. Greenpeace verlangte, mehr für Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu tun, statt sich auf sogenannte End-of-Pipe-Technologien wie die CO₂-Abscheidung zu konzentrieren. Das Europäische Parlament muss dem Beschluss noch zustimmen.

Zur Enttäuschung der Umweltverbände machten die Regierungschefs auch wenig Fortschritte bei der Formulierung einer EU-Position für die Weltklimakonferenz im Dezember. Um in Kopenhagen ein globales Klimaabkommen zu erreichen, müssen sich Mitgliedstaaten nach Ansicht des WWF auf die Finanzierung von Klimaschutz und -anpassung in Entwicklungsländern einigen. In ihrem Abschlussdokument versprachen die Regierungschefs lediglich, ihren „fairen Anteil“ an den Kosten zu tragen. Bis zum 1. Juli muss sich die EU einig werden, wenn sie fristgerecht einen Vertragstext für ein Klimaschutzabkommen bei den Vereinten Nationen hinterlegen will. [sl]

► Abschlussdokument des EU-Frühjahrgipfels: www.kurzlink.de/fruehjahrgipfel



Kirchentag

und Klimaschutz

www.kirchentag.de/klimaschutz

*Nachhaltiger
Lebensmittelkonsum*

gerechte Wassernutzung

Strom & Wärme

Mitmachen

Vorträge

Diskussionen

globaler Klimawandel

zukunftsfähige Mobilität

Klimapavillons

Ausstellungen

nachhaltige Zukunft

**32. Deutscher
Evangelischer Kirchentag**
20. bis 24. Mai in Bremen

„Bei der CO₂-Speicherung dürfen wir nicht kopflos in eine Kohle-Sackgasse rennen“

Damit sie neue Kohlekraftwerke bauen können, versprechen die Energieversorger das entstehende Kohlendioxid unterirdisch endzulagern. Bei der Haftung wollen sie sich aber ganz schnell aus der Affäre ziehen. Umweltverbände fordern deshalb, dass die Speicherbetreiber einen Vorsorgefonds finanzieren, aus dem mögliche Schäden beglichen werden. CO₂-Speicherung sei eine Brückentechnologie, bei der man nicht wisse, ob die Brücke tragfähig sei, sagt Elmar Große Ruse vom Naturschutzbund.

umwelt aktuell: Im April verabschiedete das Bundeskabinett einen Gesetzesentwurf zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid, kurz CCS. Worum geht es in diesem Gesetz?

Elmar Große Ruse: Es geht vor allem um die Erkundung, Genehmigung und Überwachung von unterirdischen Speichern für CO₂, das im Kraftwerk abgetrennt wird. Wichtige Punkte sind auch die finanzielle Vorsorge der Speicherbetreiber für mögliche Schäden und die Frist, nach der die Haftung für die Risiken der CO₂-Deponierung auf die Allgemeinheit übergehen soll.

Was gefällt Ihnen nicht an dem Gesetz?

Erst einmal ist es ein Unding, dass ein Gesetz über die Ablagerung von Millionen Tonnen CO₂ für Tausende von Jahren hier in wenigen Wochen ohne ausführliche Beratung verabschiedet werden soll. Was den Inhalt angeht, fordern der NABU und andere Umweltorganisationen, dass die unterirdischen Klimaschutztechnologien, von denen wir wissen, dass sie funktionieren, also Erdwärmennutzung oder Druckluftspeicherung, klaren Vorrang haben vor der CO₂-Deponierung, von der noch keiner weiß, ob sie sicher funktioniert. Es ist auch völlig inakzeptabel, dass die Haftung für alle künftigen Risiken, die von den riesigen Mengen Kohlendioxid unter der Erde ausgehen, schon 30 Jahre nach der Schließung eines CO₂-Speichers an die Allgemeinheit – sprich: an die Steuerzahler – übergehen soll. Die Energiekonzerne haben selbst zugegeben, dass erst nach 100 bis 300 Jahren überhaupt verlässliche Aussagen über das Verhalten des Klimagases im Untergrund gemacht werden können. Deshalb fordern wir eine längere Haftungsfrist und dass die Betreiber einen Vorsorgefonds finanzieren müssen, aus dem später auftauchende Schäden beglichen werden können.

Lehnt der NABU die CCS-Technologie komplett ab?

Nein, nicht pauschal. Wenn CCS funktioniert, kann das eine unterstützende Möglichkeit für den Klimaschutz sein, vor allem in kohlereichen Schwellenländern und Entwicklungsländern. Deshalb können wir es uns nicht leisten, sofort und ohne Not auf CO₂-Speicherung zu

verzichten. Aber wir dürfen auch nicht kopflos in eine Kohle-CCS-Sackgasse rennen. Das heißt, wir dürfen nicht jetzt neue Kohlekraftwerke bauen in der bloßen Hoffnung, dass CCS bald einsetzbar sein wird. Wenn sich dann nämlich herausstellt, dass die CO₂-Abscheidung und -Speicherung technisch nicht funktioniert oder die CCS-Nachrüstung zu teuer ist, dann werden alle diese frisch gebauten Kohlekraftwerke zu teuren Investitionsruinen – oder die Klimaziele werden zu Politikruinen. Deshalb sollten wir uns auf einen CO₂-Grenzwert für fossile Kraftwerke verständigen. Den erreichen wir entweder jetzt mit hocheffizienten Gas- und Dampfturbinen und mit dezentralen Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung – oder vielleicht auch in zehn, 15 Jahren mit CCS-Kraftwerken.

Beim Gedanken an eine Lagerung über Tausende von Jahren liegt der Vergleich zur Atomwirtschaft nahe. Gibt es da Parallelen?

Ja, auch hier wollen sich diejenigen, die eine Risiko-technologie in Kauf nehmen, bei der Haftung für die Endlagerung möglichst schnell aus der Affäre ziehen, um mit ihren konventionellen Kraftwerken weiter Geld zu verdienen. Aber ganz vergleichbar sind die Risiken zum Glück nicht. Anders als radioaktive Stoffe ist CO₂ nur in sehr hohen Konzentrationen gesundheitsgefährdend.

Die EU will CCS-Demonstrationsanlagen großzügig mit kostenlosen Emissionshandelszertifikaten subventionieren. Was heißt das für den Wettbewerb zwischen den Energieträgern?

Der faire Wettbewerb ist schon dann gefährdet, wenn die Kohlekonzerne nicht alle Risiken bei CCS einkalkulieren müssen. Wer weiter mit Kohleverstromung Geld verdienen will, sollte auch die Kosten und Risiken tragen. Öffentliche Mittel kann ich mir höchstens für Forschung und Entwicklung von Sicherheitstechnologien und eventuell zur Vorfinanzierung eines staatlich kontrollierten Pipelinennetzes vorstellen. Und dann müsste es eine komplette Refinanzierung über Durchleitungsgebühren geben. In jedem Fall müssen wir aufpassen, dass öffentliche Gelder für CCS nicht zulasten der erneuerbaren Energien gehen.

Befürworter sagen, dass die Klimaziele wegen des wachsenden Energiehungers nur mit CO₂-Speicherung erreicht werden können.

Wir müssen mit einer konsequenten Energieeinspar- und -effizienzpolitik dafür sorgen, dass der Energiehunger eben nicht immer weiter wächst. Das muss sowieso erste Priorität der Klima- und Energiepolitik sein. Aber wenn das nicht so gelingt wie nötig, ist es nicht auszuschließen, dass wir auch CCS brauchen, um die globalen Treibhausgasemissionen schnell genug zu reduzieren. Die CO₂-Speicherung wird aber immer nur eine Brückentechnologie sein – wobei wir heute noch nicht wissen, ob die Brücke tragfähig ist.

Wie geht es jetzt in Deutschland weiter? Worauf sollten die Umweltverbände ein Auge haben?

Der Gesetzesentwurf wird jetzt im Parlament beraten. Wenn wir nicht verhindern können, dass er im Hau-ruckverfahren durch die Gremien gejagt wird, dann müssen wir uns wenigstens auf Bundes- und Länder-ebene dafür starkmachen, dass noch möglichst viele unserer Kritikpunkte berücksichtigt werden. Und danach geht es gleich weiter: Die Energiekonzerne wollen Fördergelder, die Bundesregierung muss die vielen im Gesetz offengelassenen Grenzwerte und Anforderungen per Verordnung bestimmen und die Behörden haben dann über Genehmigungen für CO₂-Pipelines und -Speicher zu entscheiden. Da sind überall kritische und wachsame Umweltverbände gefragt.

[Interview: Stefanie Langkamp]

Elmar Große Ruse hat Umweltpsychologie und -ökonomie sowie Politik studiert und ist Referent für Energiepolitik in der Bundesgeschäftsstelle des Naturschutzbundes (NABU) in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
284984-1611,
E-Mail: elmar.
grosse-ruse@nabu.de,
www.nabu.de/energie



Energiebinnenmarkt

Energiekonzerne dürfen Netze behalten

■ Nach jahrelangem Tauziehen haben sich die EU-Mitgliedstaaten Ende März mit dem Europäischen Parlament auf eine Reform des Energiebinnenmarktes geeinigt. Wegen des starken Drucks aus Deutschland und Frankreich mit ihren monopolistischen Energiekonzernen konnte die EU-Kommission keine umfassende Entflechtung der Strom- und Gasnetze von der Energieproduktion durchsetzen.

Stattdessen können Mitgliedstaaten nun zwischen drei Optionen wählen: Will ein Land eine möglichst umfassende Trennung, müssen Energiekonzerne ihre Netze entweder verkaufen oder die Aktien separat an der Börse notieren. Alternativ können die Konzerne ihre Netze an einen unabhängigen Betreiber abgeben, der die operationelle Kontrolle übernimmt, während das Unternehmen Eigentümer bleibt. Eine dritte Option, die unter dem Druck Deutschlands zustande kam, erlaubt den ehemaligen Staatsmonopolen, das Eigentum ihrer Gas- und Stromnetze zu behalten und diese lediglich einer externen Überwachung zu unterstellen. [sl]

► Kurzinformation der EU-Kommission: www.kurzlink.de/entflechtung

Energieverbrauch von Produkten

Ökodesignrichtlinie bald auch für Fenster und Dämmstoffe

■ Ende März haben VertreterInnen des EU-Parlaments und des Umweltministerrats einen Kompromiss für eine neue Ökodesignrichtlinie gefunden. Sie legten Mindeststandards für die Effizienz neuer Produktgruppen fest, darunter Fenster, Bau- und Dämmmaterialien. Damit bleibt die EU-Ökodesignrichtlinie nicht länger auf Energie verbrauchende Produkte begrenzt, sondern wird auf Produkte erweitert, mit denen der Energieverbrauch

gesenkt werden kann. Das Parlament konnte jedoch nicht durchsetzen, dass die EU-Kommission bis 2012 einen Vorschlag für eine neue Ökodesignrichtlinie ausarbeitet, die alle Produkte mit Einflüssen auf die Umwelt umfasst. Nun soll die Kommission eine Ausweitung der Produktliste lediglich prüfen.

Erfolg hatte das Parlament mit der Forderung, die Umweltverträglichkeitsprüfung zu überarbeiten. Es hatte gefordert, den gesamten Lebenszyklus eines Produkts einzubeziehen, auch die nachhaltige Bewirtschaftung der verwendeten Ressourcen. Die Kommission will den Richtlinienvorschlag nun um neue Prüfmethoden ergänzen. Bevor die Richtlinie in Kraft treten kann, müssen noch die Umweltminister und das Plenum des Europäischen Parlaments zustimmen. [sb]

► BUND, Effizienzexperte Christian Noll, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-436, E-Mail: christian.noll@bund.net, www.bund.net/oekodesign

Energieverbrauchskennzeichnung

Neues Energielabel kommt

■ Vertreter der EU-Mitgliedstaaten haben Ende März strengere Energieverbrauchsstandards für Fernseher und Haushaltsgeräte sowie ein neues Energielabel beschlossen. Ab Juli 2010 dürfen nur noch Fernseher verkauft werden, deren Energieverbrauch niedriger ist als der aktuelle Durchschnittsverbrauch. Ab April 2012 sollen noch strengere Anforderungen folgen. Haushaltsgeräte mit dem Energielabel B oder schlechter dürfen ab Juli 2010 nicht mehr verkauft werden. Kühlschränke mit dem Label A sollen ab 2012 verschwinden, Waschmaschinen brauchen ab 2013 mindestens das aktuelle A+-Label.

Umweltverbände begrüßten die Verbesserung, fordern jedoch anspruchsvollere Grenzwerte. Mit den neuen Energiestandards könnten die CO₂-Emissionen um 20 Millionen Tonnen im Jahr reduziert werden, technisch seien aber 30 Millionen machbar. Die Orientierung am Durchschnittsverbrauch widerspreche zudem

dem seit Jahren geforderten Top-Runner-Prinzip, bei dem sich Hersteller immer an den energieeffizientesten Modellen auf dem Markt orientieren müssen.

Weiterhin einigte sich der Regelungsausschuss auf eine Neugestaltung des Energielabels. Das neue System soll sich an den bekannten Effizienzklassen A bis G orientieren. Die Kategorien A+ und A++ sollen jedoch ab 2011 durch A-20% und A-40% ersetzt werden.

Aus Sicht der Kommission ist das neue System verbraucherfreundlicher. Umweltverbände finden es jedoch verwirrend. Sie wollen die Kennzeichnung von A bis G beibehalten und die Anforderungen für die Stufen kontinuierlich verschärfen. [sb]

► DUH, Simone Naumann, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 999543, E-Mail: naumann@duh.de, www.duh.de

Wirtschaft

BDI verspricht CO₂-Sparkurs

■ In einer neuen Studie kommt das Beratungsunternehmen McKinsey zu dem Schluss, dass eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 30 Prozent auch bei sehr starken Preisschwankungen möglich ist und sich langfristig wirtschaftlich lohnt. Die Untersuchung war vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Auftrag gegeben worden.

Mit Blick auf die Studie bekannte sich BDI-Präsident Hans-Peter Keitel dazu, die Emissionen in Deutschland um 30 Prozent gegenüber 2005 zu senken. Bereits heute seien die technologischen Lösungen vorhanden. Die Industrie wolle an dieser Stelle verstärkt investieren.

Keitels Bekenntnis zum Klimaschutz steht allerdings im Kontrast zu seinen politischen Forderungen. So warnte er davor, die Unternehmen mit strengen Umweltauflagen zu belasten. Darüber hinaus kritisierte er, die derzeitige Ausgestaltung des Emissionshandels benachteilige europäische Unternehmen im Wettbewerb. [sb]

► BDI, Dr. Joachim Hein, Berlin, +49 (0)30 / 2028-1555, E-Mail: j.hein@bdi.eu, www.bdi-online.de

Luftverkehr**EU verspricht saubere Flüge**

■ Europa wächst auch in der Luft zusammen: Mit dem sogenannten Single-Sky-Abkommen wollen EU-Ministerrat und -Parlament einen einheitlichen europäischen Luftraum schaffen. Das Paket bringe billigere Tickets, kürzere Flugzeiten und weniger Luftverschmutzung, versprach die EU-Kommission.

Der zweite Teil des Single-Sky-Abkommens, dem Ende März auch das EU-Parlament zugestimmt hat, soll die nationale Zersplitterung in der Luftfahrt beenden. Bisher gab es 27 verschiedene Kontrollsysteme, was oft zu Verspätungen und Behinderungen führte. Nun sollen die Flugzeuge direkter fliegen. Zeit, Kosten und Kerosin sollen gespart werden.

Umweltverbände halten das Versprechen eines sauberen Flugverkehrs allerdings für eine Täuschung. Kerosin-Einsparungen würden durch mehr Flugverkehr schnell wieder wettgemacht. Die Verbände fordern eine Neustrukturierung des Luftverkehrsleitsystems. Flugzeuge müssten in Höhen und auf Flugbahnen fliegen, wo die Klimaschäden am geringsten seien. [ms]

- ▶ www.ec.europa.eu/transport/air
- ▶ www.transportenvironment.org

Energieversorger**Stromkonzerne versprechen Klimaneutralität**

■ Die Chefs der 60 wichtigsten europäischen Elektrizitätsunternehmen haben im März in einer Erklärung angekündigt, bis 2050 eine CO₂-neutrale Energieversorgung in Europa anzustreben. Gleichzeitig stellen sie Forderungen an die Politik.

So versprechen die Unterzeichner, den Treibhausgasausstoß des Energiesektors so weit wie möglich zu senken. Dazu wollen sie ihre Anlagen so energieeffizient wie möglich betreiben und in erneuerbare Energien investieren. Allerdings möchten sie auch stärker auf Atomenergie sowie CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) setzen. „Unvermeidbare Emissionen“ sollen durch Reduktionsprojekte in Entwicklungsländern „kompensiert“ werden.

Gleichzeitig fordern die Stromversorger die europäischen Politiker dazu auf, das Erreichen dieser Ziele sowohl finanziell als auch durch einen gesetzlichen Rahmen zu unterstützen. Geld soll vor allem zur weiteren Erforschung von CCS bereitgestellt werden. Zudem soll die EU den Zugang zu liquiden Kapitalmärkten sicherstellen. [sb]

- ▶ Erklärung: www.eurelectric.org/CEO

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Gesundheitsschutz**Europa stoppt Nanofood**

■ Das Europaparlament hat Ende März in erster Lesung die Novel-Food-Verordnung angenommen. Nach der Gesetzesvorlage sollen künftig Lebensmittel, die Nanopartikel enthalten, gekennzeichnet werden. Vor einer Zulassung muss in standardisierten Testverfahren umfassend untersucht werden, ob die Substanzen für Umwelt und Gesundheit unbedenklich sind.

Der BUND sieht in der Entscheidung das Ende für die Verwendung von Nanomaterialien in Lebensmitteln. Denn diese Testverfahren gibt es bisher noch nicht. Damit komme der Parlamentsbeschluss einem Moratorium für den Einsatz von Nanopartikeln in Lebensmitteln gleich, sagte Patricia Cameron, BUND-Expertin für Nanotechnologie. Es sei ein guter Tag für den Verbraucherschutz in Europa. Nanomaterialien würden bereits vielfach in Lebensmitteln eingesetzt, ohne dass ihre Wirkungsweise ausreichend erforscht ist. Dabei gebe es Hinweise auf Gefahren für die Gesundheit. Zuerst muss allerdings noch der EU-Ministerrat entscheiden.

**Die Welt kann
verändert werden.
Zukunft ist kein
Schicksal.**

Robert Jungk (1913-94), Schriftsteller und Zukunftsforscher

 **Öko-Institut e.V.**

Wir forschen für zukünftige Generationen.

Machen Sie mit! Werden Sie Mitglied!

Weitere Info: www.oeko.de/mitmachen oder Telefon 0761/452 95-0

Nanopartikel werden unter anderem als Rieselhilfen in Salz, Tütensuppen oder Instant-Kaffee eingesetzt. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen wirken Stoffe in Nanogröße chemisch und physikalisch meist stärker als größere Teilchen des gleichen Stoffes. Sie können leichter in Zellen, Gewebe und Organe eindringen. Die Lebensmittelzusatzstoffe Nano-Titandioxid und Nano-Zinkoxid verursachten in Zellkulturen Erbgut- und Zellschäden, Siliziumdioxid hemme das Zellwachstum, heißt es in einer aktuellen Studie des BUND. [mbu]

- ▶ BUND, Katja Vaupel, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-422, E-Mail: katja.vaupel@bund.net,
- ▶ Studie: Aus dem Labor auf den Teller (PDF, 1,5 MB): www.bund.net/chemie (Nanotechnologie)
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Irreführende Werbung

Schmähpriest für Actimel

Die Verbraucherorganisation Foodwatch hat im März den „Goldenen Windbeutel 2009“ an den Lebensmittelkonzern Danone verliehen. Mehr als 35.000 VerbraucherInnen hatten zuvor auf der Internetseite von Foodwatch ihre Stimme abgegeben. Eine deutliche Mehrheit von 47 Prozent sah in dem Danone-Trinkjoghurt Actimel den schwersten Fall von Etikettenschwindel. Actimel wird als Mittel gegen Erkältungen beworben. Dabei stärkt es Foodwatch zufolge das Immunsystem nur ähnlich gut wie ein herkömmlicher Naturjoghurt, ist aber viermal so teuer und enthält doppelt so viel Zucker.

Die Zeitschrift Öko-Test hatte Actimel erst im Januar mit „Gut“ bewertet. Getestet wurde allerdings nur auf sensorische und mikrobiologische Qualität, Zusatzstoffe und bestimmte Mängel, etwa ob Schadstoffe aus der Verpackung in den Joghurt gelangen. Der Test umfasste nicht die gesundheitlichen Auswirkungen und deren Darstellung in der Werbung. [mbu]

- ▶ Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240476-19, www.foodwatch.de/material-windbeutel

Konsumforschung

Erst Bewusstsein schaffen, dann Anreize setzen

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Ökonomik in Jena und des Institute for Environmental Decisions der ETH Zürich haben neue Erkenntnisse darüber gewonnen, wie Kunden angeregt werden können, umweltfreundliche Produkte zu kaufen. Ansatzpunkt waren konventionelle Theorien, nach denen ein nachhaltiger Konsum am besten mit finanziellen Anreizen gefördert wird. Die Ökonomen fanden nun heraus, dass eine Doppelstrategie besser funktioniert. „Bevor die Politik finanzielle Anreize setzt, sollten Informationskampagnen stattfinden, die eine kleine Käufer-schicht ansprechen“, sagte Max-Planck-Forscherin Julia Sophie Wörsdorfer.

Die Forscher hatten für ihre Studie, die jetzt im Fachblatt Ecological Economics veröffentlicht wurde, über 1.500 potenzielle Autokäufer in der Schweiz gefragt, was sie zur Anschaffung eines umweltfreundlichen Modells bewegen würde. Gut acht Prozent von ihnen zeigten ein sogenanntes intrinsisches Bewusstsein: Sie gaben an, sich aus eigenem Antrieb für ein sparsameres Auto zu entscheiden. Zwar sei diese Gruppe relativ klein, aber wichtig für politische Strategien, sagte Wörsdorfer. Sie treibe den technischen Fortschritt und die gesellschaftliche Meinungsbildung an. Setze die Politik zu früh finanzielle Anreize und stimme diese nicht auf die Motivationen der Käufer ab, könne das sogar umweltfreundliches Verhalten behindern.

Daher schlagen die Forscher eine zweistufige Strategie vor: Zunächst soll die kleinere Gruppe der ökologisch Motivierten überzeugt werden. Das erhöhe auch die Akzeptanz für den zweiten Schritt: monetäre Anreize für die große Gruppe der „Normalkäufer“. So werden laut Wörsdorfer die durch das gute Gewissen bewegten Käuferschichten nicht vergrätzt, die ihr Verhalten bereits umgestellt haben. [mbu]

- ▶ Studie Konsumverhalten (PDF, 30 S., 1,1 MB): www.kurzlink.de/studie-oekokauf

Bienensterben

Freibrief für Bayer?

Der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund (DBIB) und die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) haben im März bei der Staatsanwaltschaft in Freiburg Beschwerde gegen die Einstellung des Strafverfahrens gegen die Bayer AG eingereicht. Die Verbände werfen dem Unternehmen vor, durch den Verkauf gefährlicher Pflanzenschutzmittel ein großflächiges Bienensterben in Kauf genommen zu haben. Im Frühjahr 2008 hatten Vergiftungen mit dem Wirkstoff Clothianidin, der in einem Bayer-Pestizid enthalten ist, zum größten Bienenvolksterben in Deutschland seit Jahrzehnten geführt. Die Verwendung von Clothianidin im Maisanbau ist seitdem untersagt. Auch in Italien, Frankreich und Slowenien wurde die Substanz verboten oder gar nicht erst zugelassen.

Die Staatsanwaltschaft Freiburg hatte das Verfahren mit der Begründung eingestellt, das Bienensterben sei auf eine „unglückliche Verkettung mehrerer Umstände“ zurückzuführen. Damit folgte sie der Darstellung des Chemiekonzerns, wonach das Massensterben ein einmaliger Vorgang sei, der durch einen fehlerhaften Abrieb des Wirkstoffs bei der Maisaussaat verursacht wurde. Laut der CBG ist ein solcher Abrieb aber seit Jahren bekannt und mehrfach in Studien nachgewiesen worden. Ein Bayer-Experte hatte bei einem Gespräch im baden-württembergischen Landwirtschaftsministerium bestätigt, dass bei der Aussaat von Mais mit einem Clothianidin-Abrieb von drei bis vier Prozent zu rechnen sei.

Zur Bayer-Hauptversammlung Mitte Mai in Düsseldorf hat die CBG wegen des Bienensterbens einen Gegenantrag eingereicht, in dem sie die Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat fordert. [mbu]

- ▶ DBIB, Utting am Ammersee, Tel. +49 (0)8806 / 924509, www.berufsimker.de
- ▶ CBG, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 333940, www.cbgnetwork.de

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 150

Öko-Landbau gestern, heute & morgen

- **Ausblick: Bio-Richtlinien für die Zukunft**
- **Rückblick: 150 Hefte ÖKOLOGIE & LANDBAU**
- **Standpunkt: Sind Ideale nur Ballast?**

Themen in Heft 150 aus Forschung, Praxis und Beratung

Auf dem Prüfstand: Öko-Geflügelhaltung

Low-Input – eine Konkurrenz für Öko?

Gentechnik: der Preis der Koexistenz

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |
Erscheinungsweise: vier Ausgaben pro Jahr |
Einzelhefte: 9,90 EUR (zzgl. Porto) |
Abo (zzgl. Versand): Privatbezieher 31,- EUR |
Firmen/Organisationen 48,80 EUR | ermäßigt 22,- EUR

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo* (zwei Ausgaben für nur 8,50 Euro) bei:
oekolandbau@oekom.de oder oekom verlag |
Waltherstraße 29 | D-80337 München |
Fax +49 / (0)89 / 5441 84-49 | www.oekom.de

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schweisfurth-Stiftung

Pestizide

Datenbank für erlaubte Gifte

■ Seit März ist eine Datenbank freigeschaltet, in der Bürgerinnen und Bürger sehen können, welche Pestizide in der Europäischen Union zugelassen sind. Grundlage ist eine detaillierte gesundheitliche und umweltbezogene Folgenabschätzung für Tausenden Substanzen, die vor 1991 zugelassen wurden. Mehr als zwei Drittel davon sind inzwischen aus dem Verkehr gezogen. Laut der EU-Kommission gab es 1992, als die Revision begann, rund 1.000 aktive Substanzen, die in Zehntausenden Produkten verkauft wurden.

Bei der Revision der Risikoabschätzung wurde jede Substanz auf ihre Folgen für die Gesundheit von Verbrauchern und Landwirten, für das Grundwasser sowie für Vögel, Säugetiere, Würmer und Bienen untersucht. Ein großer Teil der Stoffe wurde aus dem Verkehr gezogen, weil die Industrie unvollständige oder gar keine Dossiers eingereicht hatte. Ein Viertel der untersuchten 250 Substanzen bestand die Sicherheitskontrolle. Nur 70 Stoffe wurden verboten, weil die Evaluation Risiken für Gesundheit und Umwelt ergab.

Im vergangenen Jahr vereinbarten EU-Parlament und Ministerrat neue Marktzulassungsregeln für Pestizide. Die Richtlinie, die Ende 2009 in Kraft treten soll, verschärft die Zulassungskriterien und führt ein Verbot für giftige Chemikalien ein. Außerdem ist darin festgelegt, dass Nord-, Mittel- und Südeuropa gegenseitig die Marktzulassung anerkennen. [mbu]

- Datenbank der aktiven Substanzen:
www.kurzlink.de/pestiziddatenbank

Gentechnikfreies Europa I

E-Mail für Gentechnikfreiheit

■ Im April haben sich Menschen aus 19 EU-Ländern an der Aktion „Stop the Crop“ beteiligt. Mehr als 30.000 EuropäerInnen schrieben E-Mails an die zuständigen Minister ihres Landes und forderten sie auf, gegen den Anbau genmanipulierter

Pflanzen zu stimmen. In Deutschland und Frankreich liefen parallel ähnliche E-Mail-Initiativen. Dadurch sandten insgesamt über 141.000 Personen ihre Meinung über Gentechnik an die EU-Minister.

Agrogentechnik ist europaweit äußerst umstritten. Der EU-Agrarministerrat tagte am 23. und 24. April (nach Redaktionschluss). [mbu]

- Initiative und Aktion: www.gmo-free-regions.org (Stop the Crop – Germany)
- Aktuelle Ergänzungen zu dieser Meldung: www.eu-koordination.de (EU-News)

Gentechnikfreies Europa II

Hungerstreik in Polen

■ Für eine gentechnikfreie Landwirtschaft haben im März zwei Vorsitzende polnischer Bio-Anbauverbände gefastet. Edyta Jaroszewska-Nowak und Danuta Pilarska protestierten damit gegen die unkontrollierte Aussaat von Genmais Mon810. Trotz eines Anbauverbots wächst in Polen nach Schätzungen von Landwirten Genmais auf etwa 3.000 Hektar. Auch genmanipulierter Raps werde ausgesät. Die zuständigen Ministerien haben keine Kontrollen vorgesehen. Nach einem Gespräch mit Regierungsvertretern in Warschau sagte Edyta Jaroszewska-Nowak, der Regierung fehle es an politischem Willen dafür zu sorgen, dass Polen gentechnikfrei bleibt.

Über den Umgang mit der Agrogentechnik streiten sich auch in Polen die Fachministerien. Umweltminister Maciej Nowicki unterstützt die Biobäuerinnen. Agrarminister Marek Sawicki stoppte hingegen das Gesetz für ein Gentechnikverbot, das die Vorgängerregierung unter Premier Jarosław Kaczyński vorbereitet hatte.

Die GentechnikgegnerInnen appellierten an die Regierung, alle Genpflanzen sowie auch gentechnisch veränderte Futtermittel endgültig zu verbieten. [mbu]

- Gentechnikfreie Regionen in Polen: www.kurzlink.de/gmo-free-poland
- Internationale Koalition zum Schutz der ländlichen Räume in Polen: www.icppc.pl/eng

Kosten der Agrogentechnik

Erster Schadensbericht

■ Den ersten „Schadensbericht Gentechnik“ hat der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) im März veröffentlicht. Er stellt Nutzen, Kosten und Schäden der Agrogentechnik auf nationaler und internationaler Ebene zusammen.

Danach ist der Nutzen von Gentechnikpflanzen für Landwirte zweifelhaft, weil potenziell größere Erträge höheren Saatgutpreisen gegenüberstehen. Laut der Studie profitieren lediglich Saatgutkonzerne wie Monsanto und Bayer von den steigenden Preisen. Vor allem für die Lebensmittelwirtschaft fällt die Bilanz negativ aus, denn Systeme zur Trennung und Kennzeichnung von Produkten mit und ohne Gentechnik kosten Geld. Zahlen müssen dabei auch Firmen, die Gentechnik ablehnen. Auch die Zulassungsverfahren für Gentechnik-Pflanzen sind teuer. Christoph Then, Koautor des Schadensberichts, warnt aber davor, die Sicherheitsstandards zu reduzieren. Ebenfalls hoch sind die wirtschaftlichen Schäden durch Kontamination mit nicht verkehrsfähigen Gentech-Saaten. Die bisher bekannte Summe dafür beläuft sich laut der Studie weltweit auf mehrere Milliarden US-Dollar. [mbu]

- ▶ Dr. Christoph Then, München, E-Mail: info@scouting-biotech.net, www.scouting-biotech.net
- ▶ Schadensbericht Gentechnik (PDF, 65 S., 370 kB): www.kurzlink.de/gen-schadensbericht

Koexistenz

EU-Kommission zufrieden

■ Die Europäische Kommission hat im April einen Bericht zur Koexistenz von gentechnisch veränderten, konventionellen und ökologischen Pflanzen veröffentlicht. Darin listet sie auf, was bisher getan worden sei, um wirksame Koexistenzvorschriften zu schaffen. Der zuständige Berichterstatter im EU-Parlament Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Grüne, Deutschland) kritisierte den Bericht. Die Kommission ziehe das Fazit, dass die Maßnahmen

erfolgreich seien und auf EU-Ebene wenig Handlungsbedarf bestehe. Die Schäden, die etwa Imker zu beklagen hatten, würden nur beiläufig erwähnt. Laut Graefe haben nicht die Koexistenzregeln bisher größere Schäden vermieden, sondern der erfolgreiche regionale Widerstand.

Das Europaparlament forderte die Kommission auf, einen Gesetzesrahmen für die Koexistenz schaffen, der die Interessen von gentechnikfrei wirtschaftenden Bauern und Verbrauchern schützt. Dazu müsse die Kontamination von Nachbarfeldern gänzlich verhindert werden. Wo diese dennoch geschehe, müssten die Haftungsfrage geklärt und die Gentechnikhersteller in die Pflicht genommen werden. Auch die Kennzeichnung gentechnischer Kontaminationen im Saatgut sei zu regeln. [mbu]

- ▶ Grüne im EU-Parlament, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 284-5154, E-Mail: fgraefe@europarl.eu.int
- ▶ Kommissionsbericht: (PDF, 12 S., 60 kB): www.kurzlink.de/koexistenzbericht

Kommerzieller Gentechnikanbau

Aigner stoppt Genmais

■ Der gentechnisch veränderte Mais Mon810 von Monsanto darf in Deutschland nicht mehr angebaut werden. Das gab Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) am 14. April bekannt. Auch der Verkauf von Saatgut ist verboten. Monsanto kündigte dagegen eine Klage an.

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und das Julius-Kühn-Institut, hatten zuvor eine positive Bewertung zu Mon810 abgegeben, das Bundesamt für Naturschutz eine negative. Aigner unterstrich, ihre Entscheidung habe nur wissenschaftliche und keine politischen Gründe. Es gebe auch „keine Grundsatzentscheidung“ zur grünen Gentechnik. Die Genforschung müsse weitergehen. Aigner hatte sich noch im letzten Jahr für Gentechnik eingesetzt. Nach Ansicht politischer Kommentatoren nimmt sie vor der Bundestagswahl vor allem auf die Anti-Gentechnik-Stimmung in der bayerischen CSU Rücksicht.

Während CDU und FDP protestierten, feierten Umweltverbände die Entscheidung als großen Erfolg. Sie forderten Aigner auf, sich auch in Brüssel gegen Gentechnik einzusetzen. Auf EU-Ebene hatte Mon810 1998 eine Genehmigung erhalten. Inzwischen haben aber fünf Mitgliedstaaten die Sorte verboten. Die EU-Kommission will demnächst die Mon810-Verbote von Frankreich und Griechenland aufheben, zudem sollen zwei andere Genmaissorten von Syngenta und Pioneer zugelassen werden. Gentechnikkritiker werfen EU- wie auch Bundesbehörden Voreingenommenheit vor und beklagen Verflechtungen mit Genforschung und Industrie. [jg]

- ▶ www.bmelv.de (Pressemitteilung Nr. 063)
- ▶ Kritisches Hintergrundpapier zu Mon810 (PDF, 400 kB): www.kurzlink.de/studie-mon810-2009

Patente auf Leben

5.000 gegen Schweinepatent

■ Ein Verbot von Patenten auf Tiere und Pflanzen und eine Verschärfung der EU-Biopatentrichtlinie haben Umwelt- und Entwicklungsorganisationen Mitte April in München gefordert. Die Veranstaltung vor dem Europäischen Patentamt richtete sich unter anderem gegen das sogenannte Schweinepatent, das 2005 von Monsanto angemeldet, dann verkauft und 2008 einer US-Firma erteilt wurde. Es bezieht sich auf eine Variante eines Leptin-Rezeptor-Gens, das für saftigeres Fleisch sorgen soll. Das Gen tragen aber viele Schweinerassen. „Das Patent dient nicht dem Schutz einer Erfindung, sondern soll dazu beitragen, dass internationale Konzerne umfassende Kontrolle über die Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung erlangen“, kritisierten die Veranstalter der Demonstration. Am 15. April endete die Einspruchsfrist gegen das Patent. Die DemonstrantInnen überreichten einen Sammeleinspruch von mehr als 5.000 BürgerInnen und etwa 50 Verbänden. [jg]

- ▶ Kein Patent auf Leben!, Ruth Tippe, München, Tel. +49 (0)172 / 8963858, www.keinpatent.de

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

FFH-Richtlinie**Rospuda-Tal gerettet**

■ Mitte März hat der polnische Premierminister Donald Tusk bekannt gegeben, dass die geplante Umgehungsstraße um die Stadt Augustów nicht durch das Rospuda-Tal im sogenannten Augustów-Urwald verlaufen wird. Die Sumpflandschaft ist als Gebiet nach der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ausgewiesen und gehört damit zum Natura-2000-Netzwerk. Die Umgehungsstraße, eine Teilstrecke der Via Baltica, soll nun an der schutzwürdigen Landschaft vorbeiführen. Die Entscheidung setzt einen Schlusspunkt hinter einen erbitterten Kampf zwischen der Regierung in Warschau und einer Vielzahl polnischer Umweltverbände. Bereits viermal wurde der Ausbau der Via Baltica vor polnischen Gerichten verhandelt und wurde sogar zum Gegenstand einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. [sb]

- ▶ OTOP/Polish Society for the Protection of Birds, Małgorzata Górka, Białystok, Tel. +48 (0)605072963, E-Mail: malgorzata.gorska@otop.org.pl, www.birdlife.org

Bundeswaldgesetz**Verwässerung im Bundesrat**

■ Der deutsche Bundesrat hat im April den Entwurf für eine Novelle des Bundeswaldgesetzes in wesentlichen Punkten abgelehnt. Streichen will er etwa Mindestanforderungen für eine nachhaltige Forstwirtschaft. Diese sahen einen grundsätzlichen Verzicht auf Kahlschläge, den Erhalt der biologischen Vielfalt als wesentliches Schutzziel sowie den Aufbau von Wäldern vorrangig mit einheimischen Baumarten vor. Vor allem Letzteres störte einige Länder. Sie argumentieren, dass Baumarten wie die Douglasie einen wesentlich höheren Ertrag bringen und sehr anpassungsfähig – auch an den Klimawandel – seien.

Naturschutzverbände sehen dagegen einen Grundbestand aus heimischen Baumarten, deren ökosystemare Eignung bekannt ist, als richtigen Weg zu einer langfristigen Stabilität der Wälder an. Die Orientierung an aktuellen Holzmarktrends lehnen sie ab. Die Verbände hatten bereits den im März beschlossenen Gesetzentwurf kritisiert (umwelt aktuell 04.2009, S. 21). Eine weitere Verwässerung sei katastrophal. Der Bundesrat kann zwar kein Veto einlegen, aber er könnte das Abstimmungsverhalten des Bundestages beeinflussen.

Das Bündnis ProWald NRW hat ein Positionspapier zu Kurzumtriebsplantagen im Wald erarbeitet, in dem Argumente für und vor allem gegen die forstlichen „Energieäcker“ zusammengefasst sind. [sb]

- ▶ NABU, Johannes Enssle, Tel. +49 (0)172 / 2832663, E-Mail: johannes.enssle@nabu.de, www.nabu.de/themen/wald/bundeswaldgesetz
- ▶ ProWald NRW, Dr. Wolfhard von Boeselager, Tel. +49 (0)2306 / 759689, E-Mail: wolfhard.boeselager@gmx.de, www.prowald-nrw.de

Illegales Holz**Bürger für mehr Kontrollen**

■ Europas BürgerInnen wollen eine strengere Kontrolle von Holzimporten und mehr Einsatz gegen illegalen Holzeinschlag. Das ergab eine repräsentative Umfrage der Umweltorganisationen WWF und Friends of the Earth. 92 Prozent der Befragten würden ein EU-Gesetz zur Bekämpfung des Handels mit Holz aus illegalen Quellen begrüßen. 56 Prozent glauben nicht, dass die meisten ihrer erworbenen Holzprodukte aus legalen Quellen kommen. Nach WWF-Schätzungen stammen 19 Prozent aller EU-Holzimporte aus illegalen oder verdächtigen Quellen. Ende April (nach Redaktionsschluss) wollte das EU-Parlament über eine neue Verordnung abstimmen, die das Problem anpacken soll.

Auch in Deutschland gibt es bisher keine effektive Gesetzgebung gegen Einfuhr, Handel und Weiterverarbeitung von illegalem Holz. Dabei halten der Umfrage zufolge 89 Prozent der Deutschen ein sol-

ches Gesetz für wichtig.

Nach einer im März veröffentlichten Studie der Welternährungsorganisation FAO könnte die globale Wirtschaftskrise zu geringeren Investitionen in nachhaltiges Waldmanagement und zu noch mehr illegalem Holzeinschlag führen. Die Krise könne aber helfen überfällige Reformen durchzusetzen, die die Forstwirtschaft auf einen nachhaltigen Weg führen. [bv]

- ▶ WWF, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 79144194, www.wwf.de/presse/details/news/-cf7b5788dd
- ▶ FAO-Studie (engl., PDF, 14 MB): www.kurzlink.de/fao-forests-2009.pdf

Bodenschutz**Zweiter Bodenschutzbericht**

■ Das Bundeskabinett hat Anfang April den zweiten Bodenschutzbericht beschlossen. Der Bericht empfiehlt, wirtschaftliche und naturschutzfachliche Instrumente noch gezielter auf eine vorsorgende Bodenschutzpolitik auszurichten.

Der Bericht enthält eine Bestandsaufnahme sowie Überlegungen zur Fortentwicklung des Bodenschutzes in rechtlicher Hinsicht mit Blick auf Nachhaltigkeit, Klimaschutz und biologische Vielfalt. Er knüpft an den 2002 vorgelegten ersten Bodenschutzbericht an.

Die Fortentwicklung rechtlicher Instrumente habe den Bodenschutz vorangebracht, so der Bericht. Allerdings sei der Boden immer mehr Belastungen durch Klimawandel, Siedlungen und Verkehr und vor allem durch Mineraldünger und Gülle ausgesetzt. Die Erosion werde alarmierend zunehmen, solange Agrarbetriebe nicht flächendeckend auf eine konservierende Bodenbearbeitung umsteigen.

Umweltverbände wie der BUND bemängelten, dass der Bericht keine Maßnahmen enthält, die die Bundesregierung ergreifen will. Sie fordern mehr Bodenschutzvorschriften für Landwirte und auch Strafen für Überdüngung. [ans]

- ▶ BUND, Reinhild Benning, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-481, E-Mail: reinhild.benning@bund.net

Großwild

Grüne Vernetzung

■ Naturschutzexperten haben im April in Kroatien Forderungen zu transeuropäischen Wildtiernetzen verabschiedet. Neben dem Straßenverkehr belastet die Zerschneidung der Lebensräume die Populationen vieler Großsäuger, da kleine Teilpopulationen langfristig nicht überleben können. Deshalb fordern die Artenschützer, die Zerschneidung wertvoller Biotope bereits bei der Planung für die europäischen Verkehrsnetze zu vermeiden.

In Deutschland ist die Bewegungsfreiheit des Rotwildes stark reglementiert. Obwohl Rothirsche gern auf Wanderschaft gehen, durfte die Art bisher in zwölf Bundesländern nur in sogenannten Rotwildverbreitungsgebieten leben. Außerhalb dieser Gebiete müssen die Tiere erlegt werden. In Brandenburg wurden die Bewirtschaftungsbezirke für Schalenwild nun aufgehoben. Die Deutsche Wildtierstiftung begrüßte die Entscheidung. Sie fordert, dass sich der Rothirsch seinen Lebensraum selbst suchen darf. Nur so werde Inzucht vermieden. [bv]

- ▶ Deutsche Wildtier Stiftung, Tel. +49 (0)40 / 733391874, www.deutschewildtierstiftung.de
- ▶ EuroNatur, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 92720, E-Mail: info@euronatur.org, www.euronatur.org

Vogeljagd

Malta verschont Zugvögel

■ Malta verzichtet künftig auf die Frühjahrsbejagung von Zugvögeln. Eine entsprechende Ankündigung im März wurde von der Vogelschutzorganisation BirdLife und ihren Verbänden in Malta und Deutschland (NABU) begrüßt. Auch nach dem EU-Beitritt hatte Malta trotz Verbots durch die EU-Vogelschutzrichtlinie zunächst an der traditionellen Jagd auf Wachteln und Turteltauben festgehalten. Der Protest von Naturschutzverbänden und ein Klageverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof hätten nun Wirkung gezeigt, erklärten die Verbände.

Entwarnung gibt es jedoch noch nicht für alle Zugvögel. Eine von der Stiftung EuroNatur erstellte Analyse der aktuellen Vogeljagdsituation auf dem Balkan spricht von einem „regelrechten Gefahrenparcours“. Nur internationaler Druck könne die Situation für die Zugvögel entlang der Adria-Zugroute verbessern.

Im März veröffentlichte die EU-Kommission einen Leitfadens zur nachhaltigen Bejagung von Wildvögeln. [aka]

- ▶ NABU, Dr. Markus Nipkow, Tel. +49 (0)30 / 284984-1620, E-Mail: markus.nipkow@nabu.de
- ▶ www.euronatur.org/927.html
- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference IP/09/398)

STADT & REGION

Wettbewerb

Climate Star 2009

■ Unter dem Motto „Auf kurzem Weg zum Klimaschutz“ hat das Klima-Bündnis zum vierten Mal die europäischen Städte und Gemeinden eingeladen, sich mit einem beispielhaften Klimaschutzprojekt um einen „Climate Star“ zu bewerben. „Kurze Wege“ bedeutet laut der Ausschreibung vor allem, dass Energie gespart, lokal verfügbare Energiequellen effizient genutzt und Güter lokal produziert und konsumiert werden. Auch eine Planung oder Umgestaltung von Siedlungsgebieten, die Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit zusammenbringt und damit Autofahrten überflüssig macht, ist laut Klima-Bündnis preisverdächtig. Einsendeschluss für die Bewerbungsunterlagen ist der 15. Juni.

Die Climate Stars 2009 werden in vier Kategorien je nach der Größe der Stadt oder Gemeinde vergeben. Das Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder ist Europas größtes Städtenetzwerk zum Klimaschutz. [jg]

- ▶ www.climate-star.org

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Megacitys – Risikolebensräume mit Zukunft

Das unkontrollierte (Bevölkerungs-)Wachstum stellt die Megastädte und die gesamte Menschheit vor gewaltige ökologische sowie soziale Herausforderungen.

Die Autor(inn)en der *politische ökologie*¹¹⁴ analysieren die vielschichtigen Probleme wie Armut oder Versorgungsengpässe und zeigen Strategien, mit denen Megastädte die Lebensbedingungen ihrer Bewohner(innen) verbessern können.



- _ Wie lässt sich das Chaos regieren?
- _ Was bedeutet die Megaurbanisierung für die Welt?
- _ Worin können Megacitys Vorbild sein?

Mit Beiträgen von G. Mertins, G. Meinert, O. Schöller-Schwedes, A. Schaubert, B. Petersen, F. Kraas u.v.m.

Stillen Sie Ihre Neugier! Fordern Sie Heft 114 an_14,90 EUR (inkl. Versand)/23,80 CHF!
ISBN 978-3-86581-130-1 oekom verlag_ Fax 089/54 41 84-49_ neugier@oekom.de www.oekom.de



Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Ethik

Markus Vogt erschließt das ethische Profil der Nachhaltigkeit: Einerseits durch den Dialog zwischen Schöpfungstheologie und Naturwissenschaften zu den ethischen Implikationen eines neuen Verständnisses von Raum, Zeit, System und Komplexität. Andererseits analysiert er aus gerechtigkeits-theoretischer Perspektive globale und intergenerationelle Verteilungskonflikte, aus denen sich Kriterien für einen zukunftsfähigen Gesellschaftsvertrag ergeben.

M. Vogt
Prinzip Nachhaltigkeit
 Ein Entwurf aus theologisch-ethischer
 Perspektive

Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit Band 39
 oekom verlag, München 2009, 555 Seiten
 34,90 EUR, ISBN 978-3-86581-091-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de
 Fax +49/(0)89/54 41 84-49

oekom
 verlag

Die guten Seiten der Zukunft

TIERSCHUTZ & ETHIK

Nutztierhaltung

Käfige zum Tierschutz-TÜV

■ Der Bundestag hat im März eine Änderung des Tierschutzgesetzes beschlossen, um ein Zulassungsverfahren für serienmäßige Stalleinrichtungen für Nutztiere einzuführen. Ab 2012 sollen nur noch geprüfte Haltungssysteme für Legehennen möglich sein.

Zurückzuführen ist die Gesetzesänderung auch auf den Druck der Allianz für Tiere in der Landwirtschaft, der der Deutsche Tierschutzbund, der BUND, die Schweisfurth-Stiftung und der Verbraucherzentrale-Bundesverband angehören. Die gesetzlichen Neuerungen sind nach Ansicht des Bündnisses eine gute Grundlage, um die Haltungsbedingungen nachhaltig zu verbessern. Ziel müsse es sein, dass nur noch auf Tiergerechtheit geprüfte Stalleinrichtungen in Verkehr gebracht werden dürfen. Die Verbände fordern nun, in einer Verordnung zügig die Vorgaben für ein bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren festzulegen. Dieses müsse auf objektiven wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren. [mb]

► Allianz für Tiere in der Landwirtschaft, c/o Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.allianz-fuer-tiere.de

Massentierhaltung

Keine Holocaustvergleiche

■ Das Bundesverfassungsgericht hat Ende März eine Klage der radikalen Tierschutzorganisation Peta abgewiesen, die in einer Kampagne die Massentierhaltung mit den Leiden von Juden in nationalsozialistischen Konzentrationslagern vergleichen wollte. Dies verletze die Persönlichkeitsrechte der jüdischen Opfer, urteilten die Verfassungsrichter.

Die in den USA gegründete Organisation hatte vor fünf Jahren eine Wanderaus-

stellung durch elf deutsche Städte mit dem Titel „Der Holocaust auf deinem Teller“ konzipiert. Auf Großplakaten wollte Peta Fotos von KZ-Häftlingen neben Bildern von Kühen und Hühnern in der Massentierhaltung sowie entsprechende Texte zeigen. Der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden Paul Spiegel erwirkte ein Verbot der Ausstellung. Die Meinungsfreiheit müsse zurückstehen, wenn die Würde von Holocaustopfern verletzt werde, urteilte 2004 das Berliner Landgericht. Spiegel hatte als Kind den Holocaust in einem Versteck überlebt, sein Vater entging als KZ-Häftling nur knapp dem Tod, seine Schwester kam ums Leben.

Die Verfassungsbeschwerde von Peta gegen das Berliner Urteil wurde nun abgewiesen. Die Karlsruher Richter schränkten in ihrer Begründung jedoch ein, die Holocaustopfer würden durch die Plakate nicht in ihrer Menschenwürde verletzt. Sie würden nicht verächtlich gemacht und nicht als Menschen infrage gestellt. Die Entscheidung wird als Weichenstellung in die Richtung gewertet, dass staatliche Verbote weiter mit dem Gedenken an Holocaustopfer gerechtfertigt werden dürfen, aber eine Abwägung mit anderen Grundrechten stattfinden muss.

In den USA war die Plakatserie 2003 legal gezeigt worden. In Österreich hob der Oberste Gerichtshof 2006 eine einstweilige Verfügung gegen die Kampagne auf. [mb]

► www.bverfg.de/entscheidungen/2009/2/20
 ► www.de.wikipedia.org/wiki/PETA (Aktionen)

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU und Drittstaaten

Marktöffnung Ost

■ Der EU-Gipfel Ende März hat die Gründung einer „östlichen Partnerschaft“ mit Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, der Ukraine und eventuell Weißrussland beschlossen. Die sechs UdSSR-Nachfolgestaaten sollen ihre

Märkte öffnen und ihre Verwaltungsleistung verbessern. Weiteres Ziel ist die Energieversorgungssicherheit. Bei erfolgreichen Reformen werden den Drittstaaten Assoziierungsabkommen, eine Freihandelszone mit der EU und eine teilweise Öffnung des EU-Arbeitsmarktes in Aussicht gestellt. Regelmäßig sollen Treffen auf hoher und höchster Ebene stattfinden und der kulturelle Austausch zwischen den BürgerInnen soll gefördert werden.

Im Rahmen der „wirtschaftlichen Integration und Konvergenz mit der EU-Politik“ stehen auch Umweltthemen auf der Tagesordnung, vor allem multilaterale Umwelt- und Klimaabkommen, die Finanzierung von Umweltinvestitionen und der CO₂-Emissionshandel. [sb]

► www.kurzlink.de/ostpartnerschaft

EU-Ratspräsidentschaft

Tschechien ohne Vertrauen

■ Das tschechische Parlament hat im März dem amtierenden Ministerpräsidenten Mirek Topolánek das Misstrauen ausgesprochen. Die Regierung musste den Rücktritt einreichen, bleibt aber bis zu Neuwahlen im Amt. Die tschechische Umweltorganisation Zelený kruh erwartet negative Folgen für die Umweltpolitik. Auch Gesetze blieben auf der Strecke, etwa im Abfallbereich oder zur Luftqualität.

Weil Tschechien zurzeit den EU-Ratsvorsitz innehat, werden negative Auswirkungen auch für die EU erwartet. Der extrem EU-kritische tschechische Staatspräsident Václav Klaus hat den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt. Ein Übergangskabinett aus parteilosen Experten soll Mitte Mai die Arbeit aufnehmen. Der Leiter des Statistikamtes Jan Fischer übernimmt dann als neuer Ministerpräsident den EU-Ratsvorsitz. Zum 1. Juli gibt Tschechien die Ratspräsidentschaft an Schweden ab.

Unklar bleibt auch, ob der Senat, das tschechische Oberhaus, den Lissabon-Vertrag ratifizieren wird. [jg]

► www.eu2009.cz

Happy Birthday – 60 Jahre Niedergang der deutschen Landschaft

In der Bundesrepublik Deutschland jährt sich am 23. Mai die Annahme des Grundgesetzes. Aus Sicht des Naturschutzes gibt es jedoch nicht allzu viel zu feiern. Hubert Weinzierl plädiert für Gesundshrumpfen und hält kritische Rückschau.

Aus der Sicht eines Naturschützers, der in vielfachen Funktionen über fünfzig Jahre lang die Umweltpolitik begleiten durfte, kann ich feststellen, dass in der Zeit seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis heute auf unserem Globus mehr Veränderungen geschehen sind als in der gesamten Menschheitsgeschichte zuvor. Und dass diese Zeitspanne auch mehr an geistigen und seelischen Erschütterungen unserer bisherigen Weltanschauung gebracht hat.

Am dramatischsten erscheint mir dabei die Entwicklungsgeschichte der Weltbevölkerung, die ja auch unmittelbaren Einfluss auf unser Land gehabt hat. Sie hat sich in diesen sechzig Jahren, die viele unter uns selbst miterlebten, von damals zwei Milliarden auf heute sechs Milliarden verdreifacht, ohne dass unsere Erde mitgewachsen ist und ohne eine Ethik der Nachhaltigkeit, die dieses Wachstum mit retardierenden Elementen begleitet hätte. Der größte Irrtum dieser Zeitspanne war der geradezu abgöttische Glaube an das quantitative Wachstum, das einige weitblickende Visionäre schon 1950 zur Gründung des Deutschen Naturschutzrings veranlasst hat. In dem damaligen Aufruf hieß es:

„Wir sind keine Pessimisten. Wenn wir es wären, stünden wir nicht beim Naturschutz. ... Wenn die Menschen sich schon als Treuhänder betrachten in der Verwaltung dieser Erde, dann müssen sie auch die Folgerung daraus ziehen, dass ein Treuhänder zum Verbrecher wird, wenn er anvertrautes Gut egoistisch vergewaltigt, um schließlich eine Wüste zu hinterlassen.“

Einige wenige Zahlen machen den Niedergang der deutschen Landschaft deutlich.

Unser Straßennetz hat sich seither von damals 350.000 Kilometern auf etwa 700.000 Kilometer Länge verdoppelt. Rechnet man die ausgebauten land- und forstwirtschaftlichen Straßen hinzu, so sind es weit über eine Million Kilometer. Der Kraftfahrzeugbestand ist seit der Gründung der BRD von 1,5 Millionen auf mittlerweile 54 Millio-

nen angewachsen und der Landverbrauch beträgt heute noch täglich über 100 Hektar. Hinzu kamen die gewaltigen Strukturveränderungen in der Landnutzung: 1949 hatten wir noch 1,7 Millionen Landwirtschaftsbetriebe, 2007 sind davon noch rund 350.000 übrig geblieben, die aber insgesamt mehr Land bewirtschaften. Die damit verbundenen Großstrukturen und die Zerstückelung der Landschaft haben dazu beigetragen, dass im gleichen Zeitraum etwa die Hälfte aller Tiere und Pflanzen in Deutschland auf die Liste der bedrohten Arten gerückt sind.

Aus diesen simplen Daten geht unschwer hervor, dass wir nicht länger von der Substanz leben dürfen. Damit wird das Prinzip Nachhaltigkeit zur historischen Herausforderung für zukunftsfähiges Politikhandeln. Schon der oft zitierte Vater des deutschen Wirtschaftswunders Ludwig Erhard hat angemerkt: „Mir war nicht klar, dass ich zwar die Kassen gefüllt, aber die Altäre geleert habe.“ Und Bundespräsident Horst Köhler hat gefordert: „Kleine Kurskorrekturen reichen nicht, wir brauchen eine umfassende Strategie der Nachhaltigkeit und eine neue industrielle Revolution“.

Die deutsche Umweltbewegung geht diesen Weg gerne mit und rät den Verantwortlichen in der jetzigen Krisenzeit, eine Nationalökonomie des Gesundshrumpfens zu suchen, die im Einklang steht mit der Natur, mit globaler Gerechtigkeit und Ehrfurcht vor der Schöpfung.

Der Forstwirt, Umweltaktivist und Autor Hubert Weinzierl ist seit Dezember 2000 Präsident des Deutschen Naturschutzrings. Er ist Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung und Kuratoriumsvorsitzender der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.

Kontakt:

Tel. +49 (0)9966 / 777, Fax 490,
E-Mail: hubert.weinzierl@dnr.de,
www.schloss-wiesenfelden.de,
www.dnr.de

G-20-Gipfel**Neue Finanzarchitektur,
aber Umwelt kein Thema**

■ Auf dem G-20-Gipfel Anfang April in London haben die Regierenden der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer der Welt neue Regeln für das Weltfinanzsystem beschlossen und weitere Geldsummen festgelegt, mit denen die Weltwirtschaft stabilisiert werden soll.

Zur Regulierung der Finanzmärkte wurden Medienberichten zufolge eine globale Kontrolle von Hedgefonds, eine Begrenzung von Bonuszahlungen und eine Lockerung des Bankgeheimnisses beschlossen. Zudem soll eine schwarze Liste mit Steuerparadiesen veröffentlicht werden, die sich gegen eine Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden wehren. Ein neues internationales Kontrollgremium soll risikoreiche Entwicklungen auf den Finanzmärkten schneller erkennen helfen.

817 Milliarden Euro sollen zur Wiederbelebung der weltweiten Konjunktur ausgegeben werden. Dazu werden aus der beschlossenen Summe die Mittel des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank aufgestockt. Das Geld solle hauptsächlich Entwicklungsländern zugute kommen, die von der Finanzkrise besonders stark betroffen seien, hieß es. Ein weiterer Teil der Summe soll den weltweiten Handel ankurbeln.

Umweltverbände hatten vor dem Gipfel gefordert, auch über Umwelt- und Klimaschutz zu reden und die nächsten Konjunkturprogramme ökologisch nachhaltiger zu gestalten als die bisher beschlossenen. Auf solche Forderungen wurde jedoch in London nicht eingegangen. Im Abschlussdokument findet sich nur ein Satz, in dem die G 20 erklären, dass sie eine Einigung bei der UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen anstreben. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel forderte die Einberufung eines weiteren G-20-Gipfels zum Thema Klimaschutz, um das geplante Kyoto-Nachfolgeabkommen zu diskutieren und vorzubereiten. [sb]

► Offizielle G-20-Seite: www.g20.org

EU-Steuerpolitik**Ungüne Mehrwertsteuern**

■ Die EU-Finanzminister haben sich im März auf eine niedrigere Mehrwertsteuer für bestimmte Branchen geeinigt. Allerdings können die Mitgliedstaaten Ausnahmen davon festlegen. Finanzminister Peer Steinbrück gab zu verstehen, dass Deutschland für Dienstleistungen keine verminderte Mehrwertsteuer zulassen will.

Der Vorschlag von Umweltverbänden, die Mehrwertsteuer für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen herabzusetzen, wurde nicht aufgegriffen. Dabei war diese Debatte schon 2007 auf oberster Ebene angekommen, als der britische Premier Gordon Brown und der französische Präsident Nicolas Sarkozy darauf drängten, die Steuergesetze zu ändern. Der EU-Frühjahrgipfel 2008 hatte die EU-Kommission aufgefordert „zu prüfen, in welchen Bereichen wirtschaftspolitische Instrumente, einschließlich der Mehrwertsteuersätze, eine Rolle dabei spielen können, die Verwendung energieeffizienter Produkte und energiesparender Materialien zu verstärken“ – bisher ohne Resonanz. Steuerpolitischen Beschlüssen der EU müssen alle 27 Mitgliedstaaten zustimmen. [jg]

► www.kurzlink.de/erm-mehrwertsteuer09

Öffentliche Beschaffung**Ämter könnten grüner kaufen**

■ BehördenvertreterInnen aus 41 Staaten haben beschlossen, durch den Kauf energieeffizienter und klimafreundlicher Produkte den Absatz für Umwelttechnik zu fördern. Ziel der dreitägigen EcoProcurement-Konferenz Ende März in Island war Klimaneutralität durch umweltfreundliche öffentliche Beschaffung (Green Public Procurement – GPP). Jedes Jahr geben öffentliche Behörden allein in der EU rund zwei Milliarden Euro für Produkte und Dienstleistungen aus. Mit GPP soll erreicht werden, dass dieses Geld nach Nachhaltigkeitskriterien ausgegeben wird. Dass dies auch den kommunalen Etat entlasten

kann, zeigt die Stadt Wien, die durch GPP-Maßnahmen 43 Millionen Euro einsparte.

Deutsche Ämter haben beim ökologischen Einkaufen Nachholbedarf. Eine Studie der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers (PwC) vom Jahresanfang zeigt, dass die Einkäufe britischer Behörden schon zu rund zwei Dritteln umweltfreundlich sind, während die Ämter in Deutschland nur auf ein Drittel kommen.

Zu den Vorreitern gehören in Deutschland die Kirchen. Anfang April wurde das Projekt „Zukunft einkaufen“, das in kirchlichen Einrichtungen die ökofaire Beschaffung fördert, von der Unesco ausgezeichnet. Es wurde von den Umweltbeauftragten der evangelischen und katholischen Kirche angestoßen. [jg]

► Konferenz: www.iclei-europe.org/?6337

► Studie: www.kurzlink.de/pwc-beschaffung09

► Unesco-Projekt: www.eed.de (03.04.2009)

Bundeswehr**Bombodrom vorerst gestoppt**

■ Ende März hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg den Ausbau des Bombenabwurfplatzes nahe dem brandenburgischen Rheinsberg gestoppt. Das Verteidigungsministerium will dort Europas größten Luft-Boden-Schießplatz einrichten. Das Urteil ist das jüngste in dem seit 15 Jahren andauernden Rechtsstreit um das „Bombodrom“. Nun muss die Regierung entscheiden, ob sie den Planungsprozess neu beginnen will. Das Gericht bemängelte ebenso wie die Vorinstanzen, dass öffentliche und private Belange nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Auf dem ehemaligen sowjetischen Truppenübungsplatz will die Bundeswehr bis zu 1.700 Übungseinsätze pro Jahr durchführen. Geübt werden sollen der integrierte Boden- und Luftkrieg. Vor Ort protestieren regelmäßig Bürgerinitiativen und Verbände. Die Internetplattform Campact startete eine E-Mail-Aktion. [jg]

► www.freie-heide.de

► www.campact.de (Bombodrom)

Rohstoffpolitik**Stoffgrenzen für Hightech**

■ Seltene Metalle wie Gallium, Neodym, Indium und Germanium könnten knapp werden. Das ergab eine Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums. Zwei Institute entwarfen für 22 seltene Metalle und 32 Zukunftstechnologien, die auf diese angewiesen sind, Szenarien bis 2030. Danach werden die Nachfrage und damit die Konkurrenz um die seltenen Stoffe rapide steigen. Da viele der Metalle nur an wenigen Orten vorkommen und der Abbau monopolartige Züge aufweist, könnte es nicht nur wirtschaftliche und ökologische, sondern auch soziale und politische Probleme geben, warnen die Autoren. Sowohl die EU als auch Deutschland arbeiten derzeit an Rohstoffstrategien. [jg]

► www.kurzlink.de/hightech-metalle

VERKEHR & TOURISMUS

Emissionsforschung**Labor misst CO₂ aus Lastern**

■ Die EU-Kommission lässt Lastwagen und Busse im Labor auf ihre Klimaschädlichkeit testen. Schwerlasten verursachen sie 23 Prozent des CO₂-Ausstoßes im Straßenverkehr, machen aber nur drei Prozent aller Fahrzeuge aus. Bis 2030 könnten sich diese Emissionen verdoppeln, befürchten Experten. Ein geringerer Energieverbrauch könnte dies verhindern. Man wolle die neuen Erkenntnisse so schnell wie möglich zum Schutz des Klimas nutzen, sagte EU-Forschungskommissar Janez Potočnik. Einen Zeitplan nannte er aber nicht.

Getestet werden auch alternative Kraftstoffe. Außerdem wird das Verhalten der Fahrer berücksichtigt. Bis April 2010 sollen die Leitlinien zur Umsetzung neuer Normen schwerer Nutzfahrzeuge (Euro-VI-Norm) in der EU festgelegt werden. [mbu]

► www.ec.europa.eu/research/index_de.html

EU-Wegekostenrichtlinie**Eurovignette als Krisenopfer**

■ Der EU-Verkehrsrat konnte sich Ende März nicht auf die überarbeitete Fassung der Eurovignettenrichtlinie einigen. Nach dieser können die Mitgliedstaaten den Speditionen Kosten in Rechnung stellen, die deren Lkws durch Staus, Lärm und Luftverschmutzung verursachen. Zahlreiche Länder, darunter auch Deutschland, lehnen dies mit der Begründung ab, dass die Rezession der falsche Zeitpunkt sei, um den Verkehrssektor mit zusätzlichen Kosten zu belasten. Angesichts der anhaltenden Kontroverse appellierten die Minister an die zuständigen Ratsarbeitsgruppen, den Gesetzesvorschlag weiter sorgfältig zu prüfen. [mbu]

► Schlussfolgerungen des Verkehrsrates: www.kurzlink.de/rat-eurovignette

Kfz-Steuer**Geschönter Spritverbrauch**

■ Wenn im Juli die Kfz-Steuer zum Teil nach dem CO₂-Ausstoß berechnet wird, werden nach Schätzungen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) dem Bund Einnahmen in dreistelliger Millionenhöhe fehlen. Schuld daran seien falsche Angaben der Hersteller über den Spritverbrauch ihrer Fahrzeuge. In der Mehrheit der Fälle liege der Verbrauch um bis zu ein Drittel über den offiziellen Angaben. DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch forderte die Bundesregierung auf, noch vor der Umstellung der Kfz-Steuer eine amtliche Kontrolle der Verbrauchsangaben einzuführen. Autofahrern, die durch Falschangaben irregeführt wurden, bietet die DUH Unterstützung in Musterklagen an. Im Dezember 2008 hatte das Oberlandesgericht Stuttgart ein Urteil bestätigt, wonach ein Autofahrer Anspruch auf Schadenersatz hat, wenn sein Fahrzeug mehr verbraucht als der Hersteller angegeben hatte. [mbu]

► DUH, Büro Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, Fax -19, E-Mail: berlin@duh.de, www.duh.de

Radverkehrsförderung I**Radler dürfen auf die Straße**

■ Der Bundesrat hat im April eine Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) beschlossen. Der Radfahrstreifen auf der Fahrbahn ist danach künftig dem Radweg gleichgestellt. Die Novellierung bewirkt, dass nicht mehr bevorzugt Radwege angelegt werden. Ob der Radverkehr stattdessen auf der Fahrbahn oder einem Radfahrstreifen rollt, kann nach der örtlichen Situation entschieden werden.

Die Radwegebenutzungspflicht wird eingeschränkt. Wo Fahrradampeln fehlen, müssen sich Radfahrer künftig nach den Ampeln für die Fahrbahn richten, nicht mehr nach den Fußgängerampeln. Außerdem können Einbahnstraßen künftig leichter für den Radverkehr in Gegenrichtung freigegeben werden.

Die Novelle soll am 1. September in Kraft treten. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) lobte die neue Verordnung. Das Vorurteil, der Radweg sei für die Radfahrer immer am sichersten, werde endlich ausgeräumt. [mbu]

► ADFC, Bettina Cibulski, Bremen, Tel. +49 (0)421 / 34629-15, E-Mail: bettina.cibulski@adfc.de, www.adfc.de

Radverkehrsförderung II**Abwrackprämie für Fahrräder**

■ Wer sich in Mannheim ein neues Fahrrad kauft, kann jetzt 50 Euro Abwrackprämie für das alte Rad bekommen. Das neue Rad muss allerdings in einem Mannheimer Fachgeschäft gekauft werden. „Radfahren ist ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz“, begründete Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) den Beschluss. Nach Angaben des Fahrradclubs ADFC handelt es sich um eine bundesweit einmalige Aktion. Die Abwrackprämie wird zunächst nur an 100 Mannheimer gezahlt, die Stadt schließt aber eine Verlängerung nicht aus. [mbu]

► ADFC, Tel. +49 (0)421 / 3462915, www.adfc.de
► www.nationaler-radverkehrsplan.de

WASSER & MEERE

Klimawandel**Dem Meer bleibt die Luft weg**

■ Der Klimawandel droht vielen Meeres-tieren den Sauerstoff zu rauben. Das geht aus einer Modellrechnung aus dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) hervor. Entwickeln sich die CO₂-Emissionen in diesem Jahrhundert weiter wie bisher, könnte gemäß der Simulation in 200 bis 800 Metern Tiefe rund um den Äquator der Sauerstoff knapp werden. Ursache ist laut der Studie die Versauerung der Meere durch das Kohlendioxid der Atmosphäre. [bv]

► PNAS: www.kurzlink.de/meeresversauerung

Seeverkehr**Wege zur Nullvision offen**

■ Ende März hat der EU-Verkehrsmis-terrat über eine „langfristige Nullvision“ zur Reduzierung von Emissionen und Ab-fall debattiert. Allerdings versäumten es die Verkehrsminister, der EU-Kommission konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie dieses Ziel zu erreichen ist.

Die Minister reagierten auf die im Ja-nuar von der EU-Kommission vorgelegte Zehnjahresstrategie zur Förderung eines sicheren, sauberen und effizienteren See-verkehrs bis 2018 (umwelt aktuell 03.2009, S. 27). Die von den VerkehrsministerInnen angenommene Schlussfolgerung geht jedoch nicht ein auf die verschiedenen Vorschläge des Kommissionspapiers zur Stärkung der EU-Gesetzgebung zu Abfal-lauffanganlagen in Häfen, zu Frachtgut-rückständen und zur Vereinheitlichung der Registrierungskosten, Hafengebühren und anderer Abgaben zur Förderung einer umweltschonenderen Schifffahrt. [bv]

► Beschlusses des Verkehrsmis-terrates:
www.kurzlink.de/verkehrsrat2009-03
► www.kurzlink.de/zehnjahresstrategie

Meeresschutzgebiete I**Walschutzgebiete vernetzen**

■ Anfang April haben ExpertInnen aus 40 Ländern auf Hawaii über die weltweite Einrichtung und Vernetzung von Meeres-schutzgebieten für Meeressäuger disku-tiert. Mit den gewonnenen Erkenntnissen über die Wirksamkeit von Schutzgebieten sollen Strategien zum Schutz von Walen und Delfinen entwickelt werden. Empfeh-len werden die Einrichtung von Schutzge-bietsnetzwerken und die Klärung der Ma-nagementfrage von Meeresschutzgebieten in internationalen Hochseegewässern. Gegenwärtig sind weniger als ein Prozent der für Meeressäuger wichtigen Gebiete als Schutzzonen ausgewiesen. [bv]

► WDCS, Nicolas Entrup, München, Tel. + 49 (0)171 / 1423117, www.wdcs.org

Meeresschutzgebiete II**Natura 2000 fehlt im Meer**

■ EU-Meeresschutzexperten haben im März im irischen Galway die bisherigen Bemühungen der Mitgliedstaaten zum Meeresschutz der Atlantikregion bewertet. Das Ergebnis fiel gemischt aus. Nach der Fauna-Flora-Habitat- (FFH-)Richtlinie müssen die EU-Länder auch Schutzge-biete im Meer bestimmen, zum Beispiel für Sandbänke, Riffe, Meeressäuger, Schildkrö-ten und bestimmte Fischarten. Zum ersten Mal nach Ablauf der Frist im letzten De-zember wurden alle Gebietsmeldungen der Atlantikanrainer ausgewertet. Spanien und Portugal haben noch fast gar keine Schutz-gebiete gemeldet, auch für Großbritanni-en und Frankreich gab es schlechte Noten. Nur die Gebietsmeldungen Deutschlands, der Niederlande und teilweise Schwedens wurden als ausreichend bewertet. Deutsch-land hat 30 Prozent seiner Nord- und Ost-seegebiete unter Schutz gestellt.

Im Herbst soll es einen ähnlichen Über-prüfungsprozess für die Ostsee geben, 2010 für das Mittelmeer. Ein Fünftel der Land-fläche der EU gehört zum Netzwerk Natu-ra 2000, im Meer ist es nur ein Prozent.

Eine aktuelle WWF-Studie sieht schädliche Fischereipraktiken wie Grund-schleppnetze sowie Offshore-Anlagen, Kiesabbau und starken Schiffsverkehr als größte Gefahren für das Ökosystem Nord-see an. Sie nennt außerdem die Gebiete, die nach den Anforderungen der FFH-Richtlinie dringend geschützt und bewahrt werden müssten, wie die Doggerbank in der zentralen Nordsee. [jg]

► WWF, Stephan Lutter, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 530200-122, E-Mail: stephan.lutter@wwf.de
► www.kurzlink.de/wwf-studie-nordsee09

Meeresdüngung**Kein Allheilmittel**

■ Die künstliche Düngung der Meere mit Eisen kann die CO₂-Konzentration nicht wirklich mindern. Das hat das umstrittene Lohafex-Experiment im Südlichen Ozean ergeben. Deutsche Wissenschaftler des Forschungsschiffes Polarstern hatten An-fang des Jahres unter Protest von Natur-schützern Eisensulfat in den Südpazifik ge-kippt, um durch vermehrtes Algenwachs-tum CO₂ zu binden. Die Resultate zeigen nun, dass das umstrittene Verfahren vor allem dazu führt, dass Krebse sich schneller vermehren. [aka]

► WWF, Stephan Lutter, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 530200-122, E-Mail: stephan.lutter@wwf.de
► www.awi.de

Fischerei**Beifangrechner**

■ Mit dem neuen Beifangrechner des WWF können VerbraucherInnen sich im Internet ein Bild davon machen, wie viele Meerestiere für ihren Speisefisch zusätz-lich sterben müssen. Für zwölf Fisch- und Garnelenarten lassen sich unterschiedliche Mengen auswählen und der entsprechende Beifang ausrechnen. [bv]

► www.wwf.de/?7664

Wattenmeer**Was wird aus dem Watt?**

■ Über die Zukunft des Wattenmeers haben Anfang April 250 ExpertInnen auf einem Symposium in Wilhelmshaven diskutiert. Auch die Herausforderungen des Klimawandels – steigender Meeresspiegel, Rückgang von Populationen und Einwanderung neuer Arten aus anderen Klimazonen – waren Thema. Veranstaltet wurde der Kongress von Deutschland, Dänemark und den Niederlanden. [bv]

► www.waddensea-secretariat.org

Weltwasserforum**Enttäuschung in Istanbul**

■ Mehr als 20.000 TeilnehmerInnen aus 180 Ländern haben sich Mitte März in Istanbul zum 5. Weltwasserforum getroffen. Umweltverbände zeigten sich enttäuscht über die Ergebnisse. Die Abschlussdeklaration enthalte weder eine Erklärung zum Menschenrecht auf Wasser noch zur Sicherung des Wasserzugangs für die Natur. Der Global Nature Fund (GNF) und der WWF nutzten das Forum, um die internationale Wasserkonvention der Vereinten Nationen zu bewerben, für deren Inkrafttreten noch 19 Unterschriften fehlen. Das Übereinkommen dient als Rahmen für die Bewirtschaftung grenzüberschreitender Süßwasservorkommen wie Flüsse, Seen oder unterirdische Wasserreservoirs.

Zu den Schwerpunktthemen des Weltwasserforums gehörten das Risikomanagement bei globalen Veränderungen, die Umsetzung der UN-Millenniumsentwicklungsziele, die Bewirtschaftung und der Schutz von Wasserressourcen und Versorgungssystemen sowie die nachhaltige Finanzierung des Wassersektors und die Entwicklung von fachlichen Kompetenzen. [bv]

► GNF, Udo Gattenlöhner, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9995-0, E-Mail: info@globalnature.org, www.kurzlink.de/gnf-weltwasserforum
 ► www.worldwaterforum5.org

Wasserqualität**Besorgte EuropäerInnen**

■ Eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage fasst die Meinung der EuropäerInnen zu Wasserthemen zusammen. Danach sehen fast zwei Drittel in der Wasserqualität ihres Landes ein gravierendes Problem – in Deutschland über die Hälfte. Ein Drittel der EU-BürgerInnen ist sicher, dass sich die Qualität von Flüssen, Seen und Küstengewässern in den letzten fünf Jahren verschlechtert hat. Zudem sind die meisten Befragten der Meinung, Industrie und Landwirtschaft hätten den größten Einfluss auf Wasserqualität und -menge. Eine beachtliche Mehrheit nimmt an, der Klimawandel werde Einfluss auf die Wasserressourcen haben. Befragt wurden BürgerInnen aus allen 27 EU-Ländern. [ans]

► www.kurzlink.de/eurobarometer-wasser

Wasserverknappung**Wassermangel europaweit**

■ Mitte März hat die Europäische Umweltagentur EEA eine Studie zur Ressource Wasser veröffentlicht. Sie warnt angesichts des Klimawandels vor einer zunehmenden Wasserverknappung auch in Nordeuropa. Jeder EU-Bürger verbraucht demnach im Jahr 5.300 Kubikmeter Wasser. Die Autoren der Studie fordern, Wasser in der Landwirtschaft effizienter einzusetzen. Im EU-Durchschnitt fließen 24 Prozent des Süßwassers auf Äcker, in Spanien oder Italien sogar rund 60 Prozent. Besonders viel Wasser verbrauchen dem Bericht zufolge Ölpflanzen zur Biospritzgewinnung. Zudem müssten die Länder ihre öffentlichen Leitungen modernisieren. In manchen Teilen Europas gingen über 40 Prozent der Wassermenge verloren. Die EEA schlägt vor, mit angemessener Überwachung, Mahngebühren und Strafen, Wasserverschwendung zu bekämpfen und durch Fördermittel die Nutzung von Abwasser, Grauwasser und Regenwasser anzukurbeln. [bv, ans]

► www.kurzlink.de/water-across-europe

Seehäfen**Deutsches Hafenkonzept geht nicht auf**

■ Das Bundesverkehrsministerium hat im März das erste nationale Hafenkonzept vorgelegt. Es dient dem Bund als strategischer Leitfaden für seine Hafenpolitik der kommenden zehn Jahre und ist Teil des Masterplans Güterverkehr und Logistik. BUND und WWF kritisierten den Entwurf, der die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hafenstandorte sichern soll, als Stückwerk, nicht finanzierbar und unwirtschaftlich. Die Umweltverbände monierten insbesondere den parallelen und unkoordinierten Ausbau aller Hafenstandorte. Aus ökologischer Sicht sei eine stärkere Spezialisierung und Arbeitsteilung einzelner Häfen notwendig. [bv]

► BUND, Werner Reh, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-435, E-Mail: werner.reh@bund.net,
 ► www.kurzlink.de/hafenkonzeptkritik

Fischzucht**EU will Potenzial für Aquakulturen ausschöpfen**

■ Die Europäische Kommission will dem nachhaltigen Wachstum von Aquakulturen in der EU neue Impulse geben. Sie analysiert in einer Mitteilung von Mitte April die Ursachen für den Stillstand in der europäischen Aquakulturerzeugung und prüft Möglichkeiten, mit denen sich Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Verwaltung des Sektors verbessern lassen. Die europäische Aquakulturindustrie ist führend in Forschung und technologischer Entwicklung, doch der Erzeugungsumfang in der EU stagniert. Weltweit liefern Aquakulturen die Hälfte aller Fische und gehören zu den Lebensmittelsektoren mit der größten Wachstumsrate. Vorreiter auf dem Gebiet ist China. [bv]

► www.kurzlink.de/aquakultur
 ► www.europa.eu/rapid (Reference IP/09/563)

Mehr Dialog für Nachhaltigkeit

Um ihre Nachhaltigkeitsstrategie voranzubringen, hatte die Bundesregierung auch einige konkrete Maßnahmen beschlossen, die nun umgesetzt werden. Am weitesten geht ein Projekt der Bertelsmann-Stiftung für eine Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung. Für die Umweltverbände verfehlt die Nachhaltigkeitsstrategie aber ihr Ziel, der Politik eine zukunftsfähige Richtung zu weisen.

■ Im Fortschrittsbericht 2008 zu ihrer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hatte die Bundesregierung angekündigt, das Management der Strategie zu verbessern. Als konkrete Maßnahmen beschloss die Regierung, eine Nachhaltigkeitsprüfung bei der Gesetzesfolgenabschätzung einzuführen und die Rolle des Staatssekretärsausschusses zu stärken. Seit diesem Jahr tagt nun der Ausschuss monatlich und kann somit laufende politische Vorhaben unter Nachhaltigkeitsaspekten diskutieren. Dabei treten die Staatssekretäre auch in Dialog mit Experten.

Debatten mit ExpertInnen

Mit verschiedenen WissenschaftlerInnen diskutierte der Ausschuss beispielsweise die Rolle der Forschung für eine nachhaltigkeitsorientierte Innovationspolitik. Die TeilnehmerInnen hoben die ökonomischen Potenziale einer umwelt- und ressourcenschonenden Wirtschaftsweise hervor. Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung, betonte, zur Begrenzung des Klimawandels sei eine „große Transformation zur Nachhaltigkeit“ notwendig. In einer weiteren Sitzung verständigte sich die Bundesregierung mit Vertretern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Extractive Industry Transparency Initiative (EITI) auf gemeinsame Aktivitäten zur Stärkung einer nachhaltigen Rohstoffwirtschaft.

Die Bundesregierung hatte sich mit dem Fortschrittsbericht auch vorgenommen, die Zusammenarbeit mit den Bundesländern zu stärken, weil sie wichtige Akteure bei der Umsetzung von Nachhaltigkeit sind und viele von ihnen bereits eigene Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt haben. Für ein effektives Nachhaltigkeitsmanagement sei ein zwischen Bund und Ländern abgestimmtes Indikatorensystem

von großer Bedeutung – darauf verständigten sich die VertreterInnen aus Bund und Ländern auf einer gemeinsamen Sitzung. Weitere Themen für die Zusammenarbeit sind öffentliche Beschaffung und Reduzierung des Flächenverbrauchs. Hierzu sollen weitere Gespräche stattfinden und Anfang Mai erste Ergebnisse vorgestellt werden.

Nachhaltigkeitsprüfung bei der Gesetzesfolgenabschätzung

Die Forderung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung und des Rates für nachhaltige Entwicklung, in die Gesetzesfolgenabschätzung eine Nachhaltigkeitsprüfung zu integrieren, hat die Bundesregierung nun aufgenommen. Sie plant die Einführung einer solchen Prüfung im Rahmen der Novellierung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO), die in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden soll. Im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung analysierte ein Team der Freien Universität Berlin die spezifischen Herausforderungen für die Etablierung einer Nachhaltigkeitsprüfung und unterbreitete in einer Studie Vorschläge zur Prozessgestaltung. Die geplante Änderung der GGO sei wichtig, langfristig sei aber ein Nachhaltigkeitsprüfungsgesetz nötig, so die Autoren. Sie sehen in einer Nachhaltigkeitsprüfung einerseits ein Analyseinstrument, das dazu beitragen kann, geplante Gesetze, Verordnungen und Programme stärker an Nachhaltigkeitszielen auszurichten. Andererseits liege das Potenzial dieser Prüfung auch darin, Synergien und Zielkonflikte sowie unbeabsichtigte und langfristige Folgen frühzeitig zu erkennen und Nachhaltigkeitsfragen in die Diskussion zu bringen. Die Autoren empfehlen außerdem die Einbeziehung partizipativer Elemente.

Zu dem von der Regierung angestrebten besseren Nachhaltigkeitsmanagement

gehört auch, dass die einzelnen Ressorts an den Staatssekretärsausschuss über ihre Nachhaltigkeitsaktivitäten berichten. Aktuelle Berichte liegen bereits vom Landwirtschafts-, Verkehrs- und Wirtschaftsministerium vor. Allerdings ist in diesen Papieren – wie auch schon im Fortschrittsbericht – keine Neuausrichtung der jeweiligen Ressortpolitik auf Nachhaltigkeit zu erkennen.

Strategie ohne großen Anspruch

Die Umweltverbände DNR, BUND und NABU haben in ihrer Stellungnahme zum Fortschrittsbericht deutlich gemacht, dass die Nachhaltigkeitspolitik noch immer weit hinter ihren Erwartungen zurückbleibt. Zwar wurden begrüßenswerte Beschlüsse zur Klimapolitik in den Bericht aufgenommen, aber eine Nachhaltigkeitsstrategie sollte nicht nur an aktuelle politische Zielstellungen angepasst werden, sondern vielmehr eine zukunftsweisende Richtung für die Nachhaltigkeitspolitik vorgeben. Diesem Anspruch wird der Fortschrittsbericht 2008 an vielen Stellen nicht gerecht. Die Bundesregierung hat sich vielfach darauf beschränkt, die bisher ergriffenen Maßnahmen aufzulisten, ohne deren Nachhaltigkeitswirkung zu analysieren. Eine Nachhaltigkeitspolitik mit einem solchen Ansatz wird immer der Realpolitik hinterherhinken, die allzu oft kurzfristigen Interessen dient. **[Annette Littmeier, DNR]**

- ▶ Fortschrittsbericht 2008, Ressortberichte und Ergebnisse der Ausschusssitzungen: www.bundesregierung.de (Dialog Nachhaltigkeit)
- ▶ Stellungnahme von DNR, BUND und NABU zum Fortschrittsbericht: www.nachhaltigkeits-check.de
- ▶ Studie: Jacob, K. u. a.: Gestaltung einer Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung, FU Berlin/Bertelsmann-Stiftung, Februar 2009. Download (PDF, 109 S., 5,2 MB): www.kurzlink.de/nhp-gfa.pdf

DNR INTERN

DNR-Präsidiumssitzung

Viel zu sagen im Wahljahr

■ Am 30. März hat sich das Präsidium des Deutschen Naturschutzrings in Fulda getroffen und sich über zahlreiche Themen verständigt.

Für den erneuten Dialog mit den Kirchen war die Tagung „Renaissance der Kernenergie für Klimaschutz? – Perspektiven der Atomenergienutzung“ in Tutzing nach Meinung der Präsidiumsmitglieder ein guter Einstieg, an den angeknüpft werden soll.

Die Befragung der DNR-Mitgliedsverbände zur Biodiversitätsstrategie habe gezeigt, dass die Information und die Diskussionen zu diesem Thema dringend intensiviert werden müssen. Über die mit zahlreichen Untergliederungen in den Regionen vertretenen Verbände wie BUND, Naturschutzbund oder Deutscher Wanderverband soll die Debatte auch auf Landesebene weitergeführt werden.

In Lobbybriefen an die deutschen Kandidatinnen und Kandidaten für das Europäische Parlament hat das Präsidium unter anderem eine deutliche Verbesserung bei der Vergleichbarkeit von Umweltleistungen der Unternehmen gefordert. Es betrachtet das von der EU-Koordination des DNR erarbeitete Memorandum zur Europawahl am 7. Juni als sehr gute Serviceleistung für die Mitgliedsverbände. Jetzt müsse das Memorandum bei KandidatInnen und WählerInnen bekannt gemacht werden. Es könne dazu beitragen, das bisher geringe Interesse an der Europawahl zu wecken und zu verstärken. Das Memorandum soll deshalb am 18. Mai gemeinsam mit der deutschen Vertretung der EU-Kommission der Presse vorgestellt werden. Alle deutschen Kandidaten sollen nochmals brieflich über die Erwartungen der Verbände informiert werden. Im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe „StreitBar“ wird der DNR in Berlin eine Diskussion mit SpitzenvertreterInnen der Parteien zur Europawahl organisieren.

Zur Vorbereitung auf die Bundestagswahl beschloss das Präsidium die Durchführung zweier Regionalkonferenzen in München und Köln. Die zentralen Forderungen werden zurzeit erarbeitet. Fest stehen bereits die Themen Atomausstieg, Kernaussagen der Nachhaltigkeitsstrategie, Klimaschutz und biologische Vielfalt. Der DNR wird Handreichungen für die Mitgliedsverbände vorbereiten, die diese in ihren Wahlkreisen mit den Politikern und Politikerinnen diskutieren können.

Nach dem Scheitern des Umweltgesetzbuches geht es jetzt darum, bei den Einzelgesetzen insbesondere im Naturschutz- und Wasserrecht einen Standardabbau zu verhindern.

Für den Aktionstag am 9. Mai im Rahmen der ARD-Aktionswoche „Ist doch Ehrensache! – wie Menschen sich für die Gesellschaft engagieren“ beschloss das Präsidium, zusammen mit seinen bayerischen Mitgliedsverbänden Bund Naturschutz und Landesbund für Vogelschutz eine Veranstaltung in München durchzuführen. Es stimmte außerdem einer Veranstaltung zu Tierversuchen gemeinsam mit dem Deutschen Tierschutzbund zu.

Das Präsidium benannte DNR-Vizepräsident Hartmut Vogtmann als seinen Verantwortlichen für den Deutschen Naturschutztag. Helga Inden-Heinrich ist die Koordinatorin des DNR auf der Arbeitsebene. Der 30. Deutsche Naturschutztag findet im kommenden Jahr in Mecklenburg-Vorpommern statt. Der genaue Tagungsort steht noch nicht fest, favorisiert wird Stralsund.

Die Verantwortlichkeit für die Projektstelle Forum Umwelt und Entwicklung übertrug das Präsidium auf seine Mitglieder Leif Miller und Sebastian Schönauer. Helga Inden-Heinrich ist weiter Mitglied des Leitungskreises.

Das Präsidium stimmte der Aktualisierung der Grundlagenarbeit „Umwelt- und naturverträgliche Nutzung der Windenergie (onshore)“ zu.

Die nächste DNR-Präsidiumssitzung findet am 16. Juni in Berlin statt. [hjh]

► DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Soziale Ökologie

Für Umweltgerechtigkeit

■ Arme Menschen wohnen häufig an verkehrsreichen, lärm- und feinstaubbelasteten Straßen, obwohl sie selbst oft kein Auto besitzen. Attraktive Grünflächen sind in „sozialen Brennpunkten“ eher selten zu finden. Wohnungsmieter haben keinen Einfluss auf den Energiebedarf des Hauses und sozial Benachteiligte leben zudem häufig in energetisch ungünstigen Wohnungen. Energiesparen ist für sie deshalb nur begrenzt möglich, aber dennoch können sie durch einfache Maßnahmen wie die Verwendung von Energiesparlampen ihre Haushaltskasse spürbar entlasten.

Solche Zusammenhänge zwischen sozialer Situation und Umweltbelastungen zeigt die neue Broschüre „Mehr Gerechtigkeit durch Umweltschutz“ auf, die DNR, BUND und NABU in ihrem gemeinsamen Nachhaltigkeitsprojekt erarbeitet haben. Das Heft führt in das Thema Umweltgerechtigkeit ein. An Beispielprojekten aus der Energieberatung, der Umweltbildung und dem Naturerlebnisbereich wird deutlich, dass Umweltbelastungen in Deutschland ungerecht verteilt sind und Umweltschutzmaßnahmen oft auch die Lebenssituation benachteiligter Bevölkerungsgruppen verbessern.

Weitere Projekte wurden auf dem Kongress der Deutschen Umwelthilfe (DUH) „Umweltgerechtigkeit – mehr soziale Gerechtigkeit durch kommunalen Umweltschutz“ am 31. März und 1. April in Frankfurt am Main vorgestellt.

[Annette Littmeier]

- DNR, Annette Littmeier, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, Fax -80, E-Mail: annette.littmeier@dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de
- Broschüre: Mehr Gerechtigkeit durch Umweltschutz, 32 S., kostenlos. Bezug: DNR
- Kongress/Dokumentation: DUH, Kommunalen Umweltschutz, Elke Jumpertz, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9995-65, E-Mail: jumpertz@duh.de, www.duh.de/umweltgerechtigkeit.html

Steueroasen

Steinbrück soll dranbleiben

■ 17 Organisationen der Zivilgesellschaft haben an das Bundesfinanzministerium appelliert, Steueroasen konsequent auszutrocknen. „Die durch den zunehmenden Druck nicht zuletzt seitens der Bundesregierung erreichten Zugeständnisse von Steueroasen wie Liechtenstein und der Schweiz sind begrüßenswert, aber längst noch nicht ausreichend“, heißt es in dem Aufruf, der von entwicklungspolitischen Organisationen vor allem aus dem kirchlichen Spektrum sowie Umweltverbänden und Gewerkschaftsvertretern mitgetragen wird. Mit dabei sind auch der Deutsche Naturschutzring und sein Mitgliedsverband Germanwatch sowie die Umweltorganisationen Urgewald und WEED.

Als zentrale Maßnahme aus einem Bündel von acht Punkten fordern die Organisationen einen automatischen Informationsaustausch zwischen nationalen Steuerbehörden, wie er im Rahmen der EU-Zinsrichtlinie erfolgreich praktiziert werde. [mb]

► Misereor, Georg Stoll, Tel. +49 (0)241 / 442-191, E-Mail: stollg@misereor.de, www.misereor.de

Nachhaltigkeitskongress und -preis

Für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen

■ Am 26. und 27. Oktober findet in Köln der dritte Netzwerk21Kongress statt, in dessen Rahmen der Deutsche Lokale Nachhaltigkeitspreis verliehen wird. Hauptthema der Vorträge und Workshops sind lokale Nachhaltigkeitsstrategien in der Praxis. Der Kongress soll dem Erfahrungsaustausch und dem Aufbau von Netzwerken dienen. Der Nachhaltigkeitspreis wird in den Kategorien Einzelpersonen, Initiativen, Unternehmen, Kommunen, Ideen und Jugendideen verliehen. Bewerbungen müssen bis zum 30. Juni im Konferenzbüro eingegangen sein. Veranstalter ist die Grüne Liga zusammen mit weiteren Part-

nern. Der Kongress wird unter anderem vom Bundesumweltministerium und dem Unternehmen Veolia Wasser unterstützt. [mb]

► Grüne Liga, Stefan Richter, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 443391-0, Fax -33, E-Mail: stefan.richter@grueneliga.de, www.netzwerk21kongress.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Goldman-Umweltpreis

Graswurzelaktivisten geehrt

■ Sie sind furchtlos, engagiert und meist nicht sehr beliebt bei ihren Regierungen: Maria Gunnoe aus den USA setzt sich gegen umweltfeindlichen Kohlebergbau ein. Marc Ona kämpft für den Regenwald in Gabun. Rizwana Hasen aus Bangladesch engagiert sich gegen die Gefahren unregelter Schiffsabwrackung. Olga Speranskaya kämpft in Russland gegen Gifte in der Umwelt. Yuyun Ismawati ist ein Anti-Müll-Aktivist aus Indonesien. Wanze Edwards und Hugo Jabini engagieren sich für nachhaltige Bewirtschaftung traditioneller Gebiete in Surinam.

Für ihren Einsatz wurden sie im April in San Francisco mit dem Goldman-Umweltpreis ausgezeichnet. Die auch als grüner Nobelpreis bekannte Auszeichnung wird seit 1989 jährlich an sechs GraswurzelaktivistInnen vergeben. Bisher gibt es 133 PreisträgerInnen in 75 Ländern. [jg]

► www.goldmanprize.org

Journalistenpreis

Umwelt-Medienpreis

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) verleiht in diesem Jahr zum 14. Mal den Umwelt-Medienpreis für herausragende journalistische und schriftstellerische Leistungen. Thema ist diesmal die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Bis

zum 31. August können Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen Kandidatinnen und Kandidaten in fünf Medienkategorien für den Preis vorschlagen. Die Ehrung erfolgt bei einer öffentlichen Veranstaltung in Berlin. Die Auszeichnung soll AutorInnen anspornen und fördern, die sich „mit Chancen und Risiken künftiger Entwicklungen für Mensch und Natur auseinandersetzen und viele Menschen für die Bewahrung der Natur begeistern“.

Zu den letztjährigen Preisträgern gehörten Wolfgang Roth von der Süddeutschen Zeitung, Nick Reimer und Toralf Staud von wir-klimaretter.de sowie Teams von WDR und Deutschlandradio. [aka]

► DUH, Erika Blank, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9995-90, Fax -88, E-Mail: blank@duh.de, www.duh.de (Aktiv für die Umwelt)

Engagementpreis

„Geben gibt.“

■ Die neue bundesweite Kampagne „Geben gibt.“ des DNR und zehn weiterer Dachverbände des dritten Sektors hat erstmals den Deutschen Engagementpreis ausgelobt. „23 Millionen Menschen tun Gutes – und sind dabei nicht zu sehen. Zeigt sie uns!“, heißt es in dem Aufruf zur Auszeichnung engagierter Menschen und herausragender Projekte des bürgerschaftlichen Engagements.

Der Engagementpreis soll von nun an jährlich in den vier Kategorien Unternehmen, Staat, dritter Sektor (Initiativen, Verbände, Stiftungen) und Einzelpersonen vergeben werden. Zu den vier undotierten Preisen kommt ein mit 10.000 Euro dotierter Publikumspreis. Die Jury ist besetzt mit Vertretern der Kampagne sowie des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und mit weiteren Fachexperten. Die erste Verleihung findet Ende des Jahres statt. Bis zum 31. August können alle Bürgerinnen und Bürger Vorschläge per Postkarte oder im Internet einreichen. [mb]

► „Geben gibt.“, Mauerstr. 93, 10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 89794762, www.geben-gibt.de

REZENSIONEN

Saufen für den Regenwald

Wer den Ökowald vor lauter angeblich umweltfreundlichen Kennzeichnungsbäumen nicht sieht, braucht eine Gebrauchsanweisung. Hinter die Kulissen der unechten Ökoindustrie, die sich oftmals nur ein grünes Feigenblättchen umhängt, schaut Stefan Kreutzberger.



■ Wo „öko“ draufsteht, ist längst nicht immer öko drin! So könnte man das hier vorliegende Werk in einem einzigen Satz zusammenfassen. Doch natürlich möchte man mehr

erfahren, bevor man zugreift und in ein Buch investiert. Bei etwaigen Kaufentscheidungen spielen jedoch zunächst einmal optische Eindrücke eine wichtige Rolle, etwa die Gestaltung des Covers oder die Wahl des Titels. Das hier vorliegende Buch lockt (?) mit dem Worttitel „Ökolüge“ und einem Signet, das an das Logo der EU-Öko-Verordnung erinnert. Was folgern die LeserInnen daraus in Bezug auf den Inhalt? Zwei Assoziationen könnten maßgeblich sein. Erstens: Hier attackiert ein Ökoskeptiker nach Maxeiner-Miersch-Manier undifferenziert grünes Gedankengut. Oder zweitens: Hier soll über den unübersichtlichen Marken-Dschungel innerhalb der Biolebensmittelbranche aufgeklärt werden – und dies sehr detailliert, nämlich auf annähernd 300 Seiten.

Nun, letzteres ist in der Tat der Fall, doch umfasst dieser Aspekt nur ein Kapitel in einer ansonsten äußerst breit angelegten „Anleitung zum Skeptisch-Sein“. Und skeptisch sein ist durchaus sinnvoll, genauso wie der Kauf der Lektüre, die helfen soll, den grünen Etikettenschwindel zu durchschauen. Der Politologe und freie Journalist Stefan Kreutzberger deckt die Machenschaften einer „grün gewaschenen“ Industrie schonungslos auf und zeigt, wie die KonsumentInnen in die Irre geführt werden. Vieles, was unter „öko“ firmiert, ist Augenwischerei, beruhigt lediglich das Gewissen der KäuferInnen und füllt die Kassen der Anbieter. Doch beim

unkritischen Verbraucher funktioniert „Greenwash“ perfekt – man glaubt einfach zu gerne, was gefällt. Beispiele gefällig? Bitte schön: Wer mit Biosprit fährt, schont die Umwelt, Atomkraftwerke sind eine „saubere“ Alternative zu Erdöl und Gas, auch in Massen produzierte Biolebensmittel der Discounter genügen höchsten Ansprüchen und wer Bioäpfel aus Spanien und Neuseeland kauft, konsumiert nachhaltig. Ja, selbst beim Biergenuss kann man(n) jetzt den Regenwald schützen, wie eine Getränkefirma verspricht, die einen Bruchteil ihrer Einnahmen als Spende an eine Umweltorganisation abführt. Schöne neue Biowelt!

Die Spannweite des Buches ist damit längst noch nicht umrissen. Kritisch beleuchtet werden außerdem grüne Geldanlagen, Ökostrom oder das Zauberwort „Klimaneutralität“. Die Täuschungsmannöver funktionieren dabei immer nach demselben Muster: Fakten werden verkürzt dargestellt, ökologische Sprachmuster übernommen, die Bildsprache ist grün und technische Lösungen werden überbetont. Kreutzberger benennt die schwarzen Schafe im Ökopelz, stellt konkurrierende Labels vergleichend gegenüber, gibt konkrete Verbrauchertipps und klärt über Hintergründe auf, beispielsweise darüber, dass für Biosprit Regenwald gerodet wird. Ökosiegel, Sozialzertifikate und Selbstverpflichtungen der Wirtschaft garantieren oft nur die Einhaltung von Minimalstandards. „Die Ökolüge“ ist ein faktenreiches Buch gegen die Leichtgläubigkeit. Denn was schon zu Karl Marx' Zeiten galt, gilt heute mehr denn je: De omnibus dubitandum – an allem ist zu zweifeln.

[Christoph Hirsch]

- ▶ Kreutzberger, S.: Die Ökolüge. Wie Sie den grünen Etikettenschwindel durchschauen. Econ, Berlin 2009, 288 S., 16,90 €, ISBN 978-3-430-30045-2

Qualifiziertes Nichtstun

Wann ist Natur wirklich noch Natur, wenn die (Kultur-)Landschaften doch alle menschengemacht sind? Von den Grenzen der Umweltpolitik schreibt Peter Wohlleben.



■ Lieben Sie nicht auch die Natur? Das anregende Mosaik von Wald und Wiesen, die endlosen, unberührten Weiten unserer Heiden, die Region der Almen und Matten, hoch droben in den Bergen.

So schön grün hier, so unberührt! „Doch halt!“, wird jetzt so manch Kundiger rufen, „mit Natur hat das alles nicht viel zu tun!“ Wälder, Wiesen, Heiden – alles Menschenwerk!

Der studierte Forstwirt und Waldbesitzer Peter Wohlleben nimmt uns in seinem Büchlein „Naturschutz ohne Natur“ schnell alle Illusionen. Wir mögen unsere Landschaft als lieblich empfinden, vielleicht sogar mit Natur gleichsetzen, doch sie ist nichts weiter als eine Kulturlandschaft, (um-)gestaltet von zahllosen Menschengenerationen.

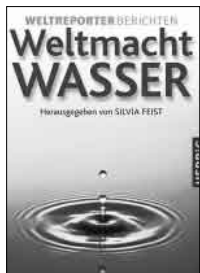
Heute hat sich der Naturschutz dieser Landschaft(en) angenommen. Er hält den unnatürlichen Zustand am Leben, schützt Tiere und Pflanzen, selbst wenn sie fremd sind. Unter bestimmten Umständen begrüßt Wohlleben ein solches Vorgehen durchaus – wenn die Art in ihrer Heimat in ihrem Bestand bedroht ist. Doch warum muss man beispielsweise das Haselhuhn bei uns schützen? In seinem natürlichen Verbreitungsgebiet – und das ist nicht Mitteleuropa – gibt es das Huhn zuhauf! Die Geschichte um den Hühnervogel ist symptomatisch für unseren Umgang und unser Verständnis von Natur. Geschützt wird, was man kennt und liebt – selbst Kulturfolger wie den Hamster oder eben das Haselhuhn.

Wohlleben hat ein anderes Verständnis von Natur; er setzt sie eher mit Wildnis

gleich. Der einzige Weg zu mehr Natur ist demnach, sie gewähren zu lassen. Qualifiziertes Nichtstun statt blindem Aktionismus. Hier müsse ein zukunftsorientierter Naturschutz ansetzen. Die weiteren Forderungen Wohllebens klingen ebenfalls einleuchtend: Die Natur braucht mehr Raum, der Naturschutz zum vorhandenen Idealismus mehr fachliches Wissen. Wenn sich dazu noch Toleranz gegenüber Wildtieren wie Luchs, Wolf und Bär in breiten Bevölkerungsschichten durchsetzen sollte, kann die Wildnis nach Deutschland zurückkehren. Überzeugende Thesen in einem unterhaltsamen Buch, von einem Mann aus der Praxis in verständlicher Sprache erzählt! Prädikat gelungen! Einzig der Preis mag angesichts eines nur einzigen Leseabends ein Wermutstropfen sein. **[Christoph Hirsch]**

- Wohlleben, P.: Naturschutz ohne Natur. Von den Grenzen der Umweltpolitik. WJS, Berlin 2009, 149 S., 18,- €, ISBN 978-3-937989-50-1

Nach uns die Trockenheit



■ An vielen Orten der Welt ist die prognostizierte Katastrophe der Wasserknappheit bereits Realität. Dass die Ursachen dafür aber nicht nur am fehlenden Wissen oder an den Grenzen

des technisch Machbaren liegen, zeigt das Buch „Weltmacht Wasser – Weltreporter berichten“.

Mit fünfzehn Reportagen aus aller Welt und einem Interview mit dem Wasser- und Klimaexperten Pavel Kabat hat die Herausgeberin Silvia Feist ein kleines Kaleidoskop zum Thema Wasser zusammengetragen. In leicht lesbarer Form geht es um die Themen: Kampf um Wasser und Lebensraum, natürliche und menschengemachte Wasserkrisen, staatliche Entscheidungen ohne demokratische Partizipation, mögliche und funktionierende Alternativen gegen das Zuviel oder das Zuwenig an Wasser.

Unverständlich ist, dass in dem Buch

das Thema der Wasserprivatisierung kaum angesprochen wird und Beispiele aus Südamerika gänzlich fehlen. Doch den Texten gelingt vor allem eines: Gerade durch die vielen Einzelschicksale wird das gigantische Ausmaß der Probleme erst nachempfindbar. Denn allzu oft liegen die Ursachen nicht nur in einer institutionellen Korruption und am fehlenden oder falsch ausgerichteten politischen Willen. Auch das Festhalten an überkommenen Traditionen, das miserable Management und nicht zuletzt die ökonomischen Interessen verhindern eine Lösung der vielen Probleme.

Eindringlich zeigen die „Weltreporter“, ein internationales Netz von freien JournalistInnen, dass noch immer weiter so getan wird, als gäbe es die Krisen- und Kriegsgesfahren nicht, die von der Wasserknappheit ausgehen. **[Sonja Wenger]**

- Feist, S. (Hrsg.): Weltmacht Wasser. Weltreporter berichten. Herbig, München 2009, 254 S., 19,95 €, ISBN 978-3-7766-2596-7

Revolution Selbermachen



■ Auf die unterschwelligen Sehnsüchte nach „guten Gütern“ reagieren der Volkswirt Holm Friebe und der Journalist Thomas Ramge, beide Ende dreißig und in Berlin lebend, indem

sie die Revolution des Selbermachens ausrufen. Der Trend, den die beiden Autoren in den USA ausmachen, geht zum „Do it yourself“. Die „softe Rebellion“ gegen Massenproduktion und -konsum redet dabei nicht der Abschaffung des Marktes das Wort; vielmehr geht es bei dieser Form der Kapitalismuskritik darum, „eine Gegenökonomie zu installieren und eine Alternative zur Produktionsweise der globalen Konzerne auch ökonomisch tragfähig zu machen“.

Die „Marke Eigenbau“ entfaltet sich in vielfältigen Formen und Initiativen über-

wiegend aus dem angelsächsischen Raum. Wichtig ist den Initiatoren der verschiedenen Richtungen von Garagen-Initiativen über Kleinkreditgeber bis zu Internetbloggern, dass sie bei ihrer Kritik an den Kapitalismus- und Globalisierungsauswüchsen nicht als ideologische Konsumrebelln betrachtet werden, denen es mehr ums Dagegensein als um Veränderung geht.

Interessante Initiativen sind mittlerweile auch bei uns angekommen; etwa das von dem New Yorker Steve Mariotti 1987 gegründete Bildungsunternehmen „National Foundation for Teaching Entrepreneurship“. An Haupt-, Real- und Berufsschulen in sozialen Brennpunkten werden Jugendlichen ein Verständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen und finanziellen Rahmenbedingungen sowie Kompetenzen für eigenes Konsum- und unternehmerisches Handeln vermittelt.

Die vielen Beispiele, die die Autoren aus der ganzen Welt zusammentragen, setzen Zeichen gegen Auffassungen wie: Ich kann ja sowieso nichts tun! Die UN-Weltkommission für Kultur und Entwicklung zog 1995 als Fazit einer Analyse des Zustands der Welt: „Die Menschheit steht vor der Herausforderung umzudenken, sich umzuorientieren und gesellschaftlich umzuorganisieren, kurz: neue Lebensformen zu finden.“ Denn das Problem des lokalen wie globalen Marktgeschehens liegt ja darin, dass überwiegend Produkte hergestellt und angeboten werden, die an die relativ Wohlhabenden in dem ökonomisch bevorzugten kleinen Teil der Welt adressiert sind. Wohl-Haben und Wohl-Sein müssen aber zusammenkommen, um ein Wohl-Befinden der Menschen zu erreichen. Das Buch bietet dafür eine Fülle von Anregungen.

Es ist zu wünschen, dass „Marke Eigenbau“ im alltäglichen Handeln wie im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Denken eine humane Alternative zum „Immerweiter-immer-höher-immer-schneller-immer-mehr“ wird. **[Jos Schnurer]**

- Friebe, H.; Ramge, T.: Marke Eigenbau. Der Aufstand der Massen gegen die Massenproduktion. Campus, Frankfurt a. M. 2008, 288 S., 19,90 €, ISBN 978-3-593-38675-1

INTERNET

Hilfe beim Nestbau

■ Bei „Nestbau.info“ erfahren Eltern, worauf sie achten müssen, um ihrem Baby ein gesundes Umfeld zu schaffen. Im Spiel „Mein Nest“ werden Kinderzimmer begutachtet, um für brenzlige Punkte in Sachen Sicherheit und Schadstoffe zu sensibilisieren. Zudem erleichtert ein Ankreuztest den Einstieg in das Thema sicheres Kinderzimmer. In einem Community-Forum können Fotos von Zimmern hochgeladen und von anderen Teilnehmern auf Sicherheitsmängel überprüft werden. Außerdem soll das Forum den Eltern durch aktiven Austausch und bei Fragen weiterhelfen. Denn nur in einem gesunden Umfeld kann sich ein Kind optimal entwickeln. [ans]

► www.nestbau.info

„Grüne“ Zeitschriften

■ Ein Verzeichnis der deutschsprachigen Umweltzeitschriften gibt es jetzt im Umwelt-Wiki, der kleinen grünen Schwester des Internetlexikons Wikipedia. Sortiert ist die Liste nach dem Verbreitungsgebiet sowie nach Themen. Jeder Zeitschriftentitel ist direkt mit seiner Internetseite

verlinkt. Nur 15 der zurzeit 75 aufgeführten Titel sind überregional und themenübergreifend, die meisten von ihnen sind Verbandszeitschriften. Über die Hälfte aller Umweltzeitschriften widmen sich speziellen Themen wie Artenschutz, Verkehr, Wasser oder Landwirtschaft. Noch ausbaufähig ist die Rubrik der regionalen Blätter. Absichtlich wurde aber ein Wiki für das Verzeichnis gewählt: Wer eine weitere Umweltzeitschrift kennt, kann die Liste sofort online ergänzen. [ans]

► www.de.green.wikia.com/wiki/zeitschriften

Atomwaffen von A bis Z

■ Eine neue Internetseite bietet (fast) alles zum Thema Atomwaffen. Man findet hier eine Menge interessanter Informationen zur Entwicklung atomarer Waffen, zu den Folgen der Anschläge auf Hiroshima und Nagasaki und der Geschichte des Atomzeitalters seit 1942. Auch Berichte über die derzeitige atomare Bedrohung und allgemeine technische Informationen über Atom und Strahlung sind hier zugänglich. Die Seite wurde vom Trägerkreis Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen entwickelt, einem Zusammenschluss von 47 Organisationen. [ans]

► www.atomwaffena-z.info

Grünes Band auf Google Earth

■ Eine virtuelle Rundtour am Grünen Band – dem größten Biotopverbund Europas entlang dem ehemaligen innerdeutschen Grenzstreifen – hat der BUND zusammengestellt. Mithilfe der Software Google Earth können vier verschiedene Orte besucht werden. Eine interaktive Tour durch Landschaften und Lebensräume eröffnet einen Blick aus der Vogelperspektive auf Schutzprojekte des Umweltverbandes. Diese können anhand von eingebettetem Bild- und Videomaterial sowie auf Rundflügen erkundet werden. [jg]

► www.bund.net/gruenesband-auf-googleearth

Beifarbe plus Klick gleich Vogelname

■ Der NABU bietet allen, die sich nicht gut mit dem einheimischen Gefieder auskennen, Hilfe im Internet an. Mit dem Online-Vogelführer ist das Ermitteln von Vogelarten anhand beobachteter Merkmale wie der Farbe der Beine ganz einfach. Je mehr Angaben zu Lebensraum, Größe, Gefieder oder Schnabel die forschenden VogelfreundInnen machen, desto besser lässt sich die Suche eingrenzen. Zum Schluss erscheint der Name, ergänzt durch eine Zeichnung zum Überprüfen. Praktisch! [jg]

► www.nabu.de/naturerleben/onlinevogelfuehrer

Nachhaltigkeit

A-Z



U wie Umweltforschung

Der Blick über den fachlichen Tellerrand und der Austausch mit Praktikern gewinnen immer größere Bedeutung für die Lösung komplexer Umweltprobleme. Die Autor(inn)en liefern für das fachübergreifende Arbeiten das nötige Rüstzeug: Aus ihren Erfahrungen und der ausgewerteten Literatur entstand eine einzigartige Übersicht zur Methodologie transdisziplinärer Projekte – ein unentbehrliches Kompendium für Forscher(innen) und Berater(innen).

V. Hoffmann, A. Thomas, A. Gerber (Hrsg.)

Transdisziplinäre Umweltforschung

Methodenhandbuch

oekom verlag, München 2009, 272 Seiten, 29,90 EUR, ISBN 978-3-928244-84-8

Erhältlich bei

www.oekom.de

Kontakt@oekom.de

Fax +49/(0)89/54 41 84-49

Die guten Seiten der Zukunft

oekom
verlag

Nachhaltigkeit A-Z



G wie grüne Hochschule

Auch Universitäten debattieren über Umweltfragen, ändern aber wenig an ihren eigenen nicht nachhaltigen Strukturen: So unterrichten Dozenten oft in schlecht isolierten Gebäuden nach Lehrplänen, in denen nachhaltige Entwicklung nicht auftaucht. Die Studierendeninitiative der Universität Tübingen zeigt, wie sich eine Hochschule zur Nachhaltigkeit in all ihren Dimensionen bekennen kann und ihren ökologischen Fußabdruck minimiert.

Studierendeninitiative »Greening the University e.V.« (Hrsg.)
Greening the University
Perspektiven für eine nachhaltige Hochschule
oekom verlag, München 2009, 155 Seiten
14,90 EUR, ISBN 978-3-86581-132-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

NEU ERSCHEINEN

- ▶ Angerer, G. u. a.: **Rohstoffe für Zukunftstechnologien. Einfluss des branchenspezifischen Rohstoffbedarfs in rohstoffintensiven Zukunftstechnologien auf die zukünftige Rohstoffnachfrage.** Fraunhofer IRB, Stuttgart 2009, 402 S., 39,- €, ISBN 978-3-8167-7957-5
- ▶ Bergstedt, J.: **Organisierte Unverantwortlichkeit. Filz zwischen Konzernen, staatlicher Kontrolle, Wirtschaftsförderung und Lobbying der Gentechnik in Deutschland.** Projektwerkstatt, Saasen 2009, 24 S., 2,- €. Download (2,2 MB): www.kurzlink.de/genfilz.pdf
- ▶ Czybulka, D.; Kersandt, P.; Stredak, K.: **Der Schutz der Meere. Rechtsgrundlagen, Brennpunkte und Strategien des Meeresnaturschutzes.** oekom, München 2008, 208 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86581-111-0
- ▶ Council of Europe (Hrsg.): **Rethinking consumer behaviour for the well-being of all. Reflections on individual consumer responsibility.** UNO-Verlag, Bonn 2009, 167 S., 36,40 €, ISBN 978-92-871-6482-7
- ▶ Decker, F.; Höreth, M.: **Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts.** VS, Wiesbaden 2009, 377 S., 29,90 €, ISBN 978-3-531-15969-0
- ▶ Drexler, J.: **Öko-Kosmologie – die vielstimmige Widersprüchlichkeit Indioamerikas. Ressourcenkrisenmanagement am Beispiel der Nasa (Páez) von Tierradentro, Kolumbien.** LIT, Münster 2009, 328 S., 34,90 €, ISBN 978-3-8258-1926-2
- ▶ European Environment Agency (Hrsg.): **Impacts of Europe's changing climate. 2008 indicator based assessment.** EEA, Kopenhagen 2008, 246 S., 25,- €, ISBN 978-3-92-9167-372-8
- ▶ Finzsch, N. (Hrsg.): **Clios Natur. Vergleichende Aspekte der Umweltgeschichte.** LIT, Münster 2008, 176 S., 19,90 €, ISBN 978-3-8258-1224-9
- ▶ Fuchs, S.; Stein-Bachinger, K.: **Naturschutz im Ökolandbau.** Bioland, Mainz 2008, 144 S. + DVD, 10,- €, ISBN 978-3-934239-35-7
- ▶ Gorz, A.: **Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie.** Rotpunktverlag, Zürich 2009, 160 S., 19,50 €, ISBN 978-3-85869-391-4
- ▶ Heinz, W.: **Der große Umbruch. Deutsche Städte und Globalisierung.** Difu, Berlin 2008, 360 S., 38,- €, ISBN 978-3-88118-456-4
- ▶ Joller, K.: **Naturerfahrung mit allen Sinnen. Ein Praxisbuch mit vielen Übungen.** AT, Baden 2008, 160 S., 23,60 €, ISBN 978-3-03800-293-2
- ▶ Köpnick, K.: **Umweltorientiertes Verhalten von Unternehmen. Entwicklung und Anwendung eines Diagnoseinstruments zum Umweltverhalten von Unternehmen.** LIT, Münster 2008, 344 S., 29,90 €, ISBN 978-3-8258-1472-4
- ▶ Loibl, H.; Maslaton, M.; Bredow, H. (Hrsg.): **Biogasanlagen im EEG.** Erich Schmidt, Berlin 2009, 350 S., 39,80 €, ISBN 978-3-503-11261-6
- ▶ Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.): **World Energy Outlook 2008.** OECD, Paris 2008, 576 S., 135,- €, ISBN 978-92-64-04560-6
- ▶ Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.): **Natural Resources and Pro-Poor Growth. The Economics and Politics.** OECD, Paris 2008, 143 S. 30,- €, ISBN 978-92-64-04182-0
- ▶ Plöger, S.: **Gute Aussichten für morgen. Wie wir den Klimawandel für uns nutzen können.** Westend, Frankfurt/M. 2009, 288 S., 19,95 €, ISBN 978-3-9380-6026-1
- ▶ Sachverständigenrat für Umweltfragen: **Umweltschutz im Zeichen des Klimawandels. Umweltgutachten 2008.** Erich Schmidt, Berlin 2008, 597 S., 79,- €, ISBN 978-3-503-11091-9
- ▶ United Nations (Hrsg.): **Climate Action. Getting greener: getting slimmer and going digital!** UNO-Verlag, Bonn 2009, 194 S., 39,20 €, ISBN 978-0-95544-088-5
- ▶ Wernicke, P.: **Schreiadler. Vogel ohne Lebensraum.** Hinstorff, Rostock 2009, 80 S., 14,90 €, ISBN 978-3-356-01306-1

TERMINE

MAI

07.05., München (D)
**Perspektiven der
 Höhenlandwirtschaft
 in den Alpen**

- Verein zum
 Schutz der Bergwelt,

Tel. +49 (0)89 / 21122455, E-Mail: info@vzsb.de,
 www.vzsb.de (Aktuelles)

08.–09.05., Berlin (D)

**Konsum Macht Politik. Lifestyle, neue
 Bescheidenheit und Weltverantwortung.** Tagung
 ► Evangelische Akademie, Tel. +49 (0)30 / 20355-
 500, E-Mail: eazb@eaberlin.de, www.eaberlin.de

08.–09.05., Berlin (D)

1. Karriereforum erneuerbare Energien. Fachmesse
 ► eEnerg, Doris Müller, Tel. +49 (0)30 / 65075730,
 E-Mail: info@eenerg.de, www.eenerg.de

11.05., Bonn (D)

**Die Umsetzung der Europäischen
 Wasserrahmenrichtlinie**

- Bundesumweltministerium, Rita Heinen,
 E-Mail: rita.heinen@bmu.bund.de, www.bmu.de

12.–13.05., Hannover (D)

**Paradigmenwechsel in der Regulatorischen
 Toxikologie.** Workshop

- FoBiG, Dr. Fritz Kalberlah, Freiburg/Br.,
 E-Mail: fritz.kalberlah@fobig.de, www.fobig.de

12.–15.05., Brüssel (B)

Re-cycling cities. Velo-city 2009. Kongress

- ECF, Tel. +32 (0)2 / 3739207, E-Mail:
 info@velo-city2009.com, www.velo-city2009.com

13.–15.05., Rehburg-Loccum bei Hannover (D)

Energieerzeugung vor Ernährungssicherung?

- Evangelische Akademie Loccum, Monika Müller,
 Tel. +49 (0)5766 / 81-0, Fax -900, E-Mail:
 monika.mueller@evlka.de, www.loccum.de

13.–15.05., Donostia-San Sebastián (E)

European Conference on Mobility Management

- ECOMM, Karl-Heinz Posch, Graz, Tel. +43 (0)316 /
 810451-26, www.ecomm2009.eu

14.–17.05., Linz (A)

**Subversiv Messe. Fachmesse für Gegenkultur und
 Widerstandstechnologien**

- Social Impact/Linz09, Tel. +43 (0)732 /
 773142-23, Fax -35, E-Mail: kb@social-impact.at,
 www.subversivmesse.net

15.–16.05., Düsseldorf und Köln (D)

**Nächster Halt: Bürgerbahn. Europäische
 Konferenz zur Zukunft der Bahn**

- Bahn für Alle, Frankfurt/M., Fax +49 (0)69 /
 90028199, www.bahn-fuer-alle.de (Termine)

18.–20.05., Brüssel (B)

Nitrogen Deposition and Natura 2000. Workshop

- ECN, Petten (NL), Tel. +31 (0)224 / 564155,
 E-Mail: erisman@ecn.nl, http://cost729.ceh.ac.uk

20.–24.05. Bremen (D)

Mensch, wo bist Du? Evangelischer Kirchentag

- Geschäftsstelle, Tel. +49 (0)421 / 43483-0, Fax
 -300, E-Mail: info@kirchentag.de, www.kirchentag.de

JUNI

07.06. (D, A, B, L)

Europawahl

- www.europarl.eu/elections2009

07.06., Berlin (D)

Umweltfestival und Fahrradsternfahrt

- Grüne Liga, Karen Thormeyer, Tel. +49 (0)30
 443391-49, Fax -33, E-Mail: berlin@grueneliga.de,
 www.umweltfestival.de, www.fahrradsternfahrt.de

13.06., bundesweit (D)

Tag der Artenvielfalt 2009. Wildnis erleben

- Magazin GEO, Vanessa Krieg, Hamburg,
 Tel. +49 (0)40 / 3703-2732, E-Mail: geo-tag@geo.de,
 www.geo.de/artenvielfalt

17.–19.06., Rehburg-Loccum bei Hannover (D)

Endlager und kein Ende?

- Evangelische Akademie Loccum, Monika Müller,
 Rehburg-Loccum, Tel. +49 (0)5766 / 81-0, Fax -900
 E-Mail: monika.mueller@evlka.de, www.loccum.de

18.06., Mainz (D)

Stadtlandschaft – Kulturlandschaft von morgen?

- BBN u. a., Wissenschaftliches Büro Leipzig,
 Dr. Niels Franke, Tel. +49 (0)341 / 5831469, E-Mail:
 franke@rechercheauftrag.de, www.bbn-online.de/
 uploads/media/Tagungsankuendigung.pdf

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Impressum

umwelt aktuell Mai 2009
 ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband
 der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände
 (DNR) e.V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49
 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kom-
 munikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München,
 Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de,
 www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff,
 Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutsch-
 land, verantwortw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa
 und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane
 Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu],
 Stefanie Langkamp [sl], Bjela Vossen [bv], Maike Vygen
 [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Anna-Katharina Albold
 [aka], Anne Schweitzer [ans], Sara Becker [sb]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20,
 D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81,
 E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg

Grafik/DTP: Matthias Bauer, Juliane Grüning

Fotos: DLR (Titel), Guido Rottmann (S. 14)

Druck: Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG,
 D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang

Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus
 Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 /
 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de

Anzeigen: oekom verlag, Christine Burk, München,
 Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von
 Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesand-
 tes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben
 nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Heraus-
 gebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltminis-
 terium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Ge-
 währ für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit
 der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter.
 Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht
 mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger vom Forum Um-
 weltbildung bei.



Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband

Zwanzig Jahre ANU-Netzwerk

Als 1989 die Mauer fiel, war die Zeit reif für Veränderungen. Umweltprobleme konnten gesamtdeutsch angegangen werden. Einen wichtigen Beitrag zum heutigen Erfolg der Umweltbewegung leistet das ANU-Netzwerk durch seine Kommunikationsarbeit zwischen Umweltzentren und -pädagogInnen in ganz Deutschland.

□ Bereits Mitte der Siebzigerjahre regte sich Unmut unter engagierten PädagogInnen über die mangelhafte Behandlung von Umweltthemen in der Schule. Unter dem Dach der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft organisierten sie seit 1984 jährliche Tagungen über „Wege zur Naturerziehung“. Im Oktober 1987 verfassten sie auf der Insel Mainau eine Resolution zur Natur- und Umwelterziehung. Dieser Appell richtete sich an alle Bildungseinrichtungen in der Bundesrepublik: „Die Grundlagen unseres Lebens sind in größerer Gefahr als je zuvor. Die Zerstörung unserer natürlichen Umwelt hat globale Züge angenommen“, hieß es darin. Große Hoffnungen würden auf die Umwelterziehung gesetzt – jedoch: „In den meisten Schulen herrscht noch Vermittlung von Fachwissen vor. Vernetztes Denken, Fühlen und Handeln oder fächerübergreifender, ganzheitlicher Unterricht sind noch selten“, so das Grundsatzpapier. „Da Schule sich nur langsam verändert, verwundert es nicht, dass diese Art von Umwelterziehung überwiegend in den Umweltzentren, den Vereinen, Verbänden und Initiativen erfolgt.“

Keimzelle AGUZ in Nordrhein-Westfalen

Verfasser der Resolution war die Arbeitsgemeinschaft der Umweltzentren, kurz AGUZ. Ihrem Sprechergremium mit Sitz im Biologiezentrum Bustedt in Nordrhein-Westfalen gehörten neben dem Leiter Herrmann Diekmann und seiner Kollegin Regina Urban auch Otto Bünemann vom Schulbiologiezentrum (SBZ) Dortmund, Fritz Heidorn von der Ökologiestation Bremen, Eberhard Reese und Renate Grothe vom SBZ Hannover, Hans-Martin Kochanek vom SBZ Leverkusen und Martina Schmidt von der Waldschule Cappenberg an. Ihre 1988 erstellte

Übersicht „Umweltzentren in Nordrhein-Westfalen“ rief großes Interesse hervor und verschaffte der Arbeitsgemeinschaft viele Adressen weiterer Einrichtungen aus ganz Deutschland.

Im folgenden Jahr veröffentlichte die AGUZ unter dem neuen Namen Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) die Dokumentation „Umweltzentren in der Bundesrepublik“. Diese systematische Erfassung von rund 150 außerschulischen Umweltbildungseinrichtungen in Westdeutschland erlaubte es erstmals breiten Kreisen, gleichgesinnte Institutionen aufzufinden und Kontakte zu knüpfen – eine echte Pionierleistung in der damaligen internetlosen Zeit.

Deutsch-deutsche Begegnungen

Parallel zu diesem Zusammenschluss der Bildungseinrichtungen organisierten sich seit Mitte der Achtzigerjahre die MitarbeiterInnen von Umweltzentren, Zoos und botanischen Gärten, aber auch freiberufliche NaturerlebnispädagogInnen in regionalen Arbeitskreisen, so etwa im Rheinland, im Ruhrgebiet, in Westfalen, Bayern und Norddeutschland. Auf Bundesebene lud Heinz Kissling vom Frankfurter Deutschen Panda Club jedes Jahr zum Kennenlernen und gegenseitigen Informationsaustausch ein. Im Mittelpunkt standen häufig die neuesten Naturerlebnisspiele des großen Vorbilds Joseph Cornell.

Als 1989 mit dem Mauerfall auch Menschen aus dem Osten Deutschlands in den Westen reisen konnten, war die Zeit reif für eine gesamtdeutsche Vernetzung in der außerschulischen Umweltbildung. Mit der deutschen Wiedervereinigung war zugleich die Idee eines gesamtdeutschen Zusammenschlusses geboren. So knüpfte Jürgen Forkel, damals Leiter des Düssel-

dorfer BUND-Naturschutzzentrums, Kontakte in die Partnerstadt Chemnitz und traf sich mit Manfred Hastedt, dem späteren Leiter des Chemnitzer Umweltzentrums, und Klaus Lindner, damals noch Leiter der Station Junger Naturforscher. Gemeinsam mit Heinz Kissling organisierten sie 1990 das erste deutsch-deutsche Treffen der UmweltpädagogInnen.

Ein gesamtdeutscher Dachverband

Im Sommer 1990 wurde im Ökowerk Berlin der ANU-Bundesverband als gemeinnütziger Verein aus der Taufe gehoben. Mitglieder konnten sowohl Einzelpersonen als auch Umweltzentren werden. Im ANU-Vorstand, dem Sprecherrat, müssen stets VertreterInnen aus Zentren und Einzelpersonen vertreten sein.

Bald zeigte sich, dass die ANU auch in den Bundesländern präsent sein musste. So wurden ab 1992 in kurzer Folge ANU-Landesverbände gegründet, zunächst in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Niedersachsen/Bremen, dann in Hamburg und Sachsen. Heute ist die ANU in 13 Bundesländern vertreten und hat 740 Mitglieder, darunter etwa 300 Umweltzentren.

Um ihren Zielen näherzukommen, führt die ANU regelmäßig bundesweite Projekte durch. „Entwicklung und Erprobung von Konzepten zum Schutz der Erdatmosphäre in der Weiterbildung“ hieß das erste Projekt, das gemeinsam mit der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes von 1993 bis 1995 durchgeführt wurde. Weitere Projekte folgten, darunter das ANU-Netzwerk und „ANU 2000 – Förderung einer Bildung für Nachhaltigkeit in den Umweltzentren“.

Das ANU-Netzwerk entsteht

Für ein funktionierendes Netzwerk ist eine gute Kommunikation das A und O. Deshalb wurde der 1991 von Jürgen Forkel in Düsseldorf gegründete BUND-Rundbrief ökopädNEWS zum neuen Informationsdienst der ANU ausgebaut. Monatlich konnten sich nun Mitglieder und Interessierte über die Fortschritte in der Verbandsarbeit informieren. Wegen der wachsenden Zahl der Mitglieder ließ die ANU die ökopädNEWS später professio-

nell über den oekom verlag in München erstellen und vertreiben. Dort erscheinen sie bis heute als Bestandteil des umweltpolitischen Informationsdienstes – zunächst punkt.um, heute umwelt aktuell, herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring.

Mit dem Aufkommen von E-Mail und Internet Mitte der Neunzigerjahre wurden völlig neue Formen der Kommunikation möglich. Hier leistete Wolfgang Schröder vom Hamburger Verein Mensch – Umwelt – Technik als Pionier der Szene und technischer Berater der ANU entscheidende Geburtshilfe für den Aufbau der heutigen Netzwerkstrukturen.

Mit Unterstützung durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) wurde in den Jahren 1996 bis 1999 im Hamburger Umweltzentrum das ANU-Netzwerk aufgebaut. Die MitarbeiterInnen Sybille Hielscher und später Birgit Farnsteiner und Ralf Behrens wurden begleitet von einem Beirat, in dem neben Jürgen Forkel und Wolfgang Schröder auch Walter Leal, Professor an der TU Harburg, und Wolfgang Prott von der Hamburger Umweltbehörde mitwirkten.

Steigende Zugriffe im Internet

Zunächst entstand eine noch statische Internetpräsenz der ANU, schon bald ergänzt durch einen interaktiven Veranstaltungskalender, eine Materialiensammlung und eine Referentenbörse. Erfinder dieser für die damalige Zeit sehr progressiven Werkzeuge war der junge Hamburger Schüler Tobias Jeske. Später wurde die Webseite durch ein Content-Management-System ersetzt und durch weitere Funktionen wie den nur mit einem Passwort zugänglichen „Mitgliederraum“, ergänzt. Ein anderer wichtiger Baustein ist die von Webmasterin Birgit Paulsen betreute ANU-Mailingliste, die zum Teil mehrmals in der Woche kostenlos aktuelle Informationen an über 2.500 Adressen liefert.

Die Zugriffsstatistik auf die ANU-Internetpräsenz unter www.umweltbildung.de kann sich sehen lassen. Insgesamt können rund 4.300 verschiedene Webseiten abgerufen werden. Im Jahr 2008 griffen rund 180.000 Besucher (ohne Suchmaschinen) insgesamt 2,3 Millionen Mal auf die Seiten

zu. Ganz oben auf der Hitparade steht die Startseite mit ihren aktuellen Informationen, danach folgen die Rubriken „Nachhaltigkeit lernen“, die Umweltzentren-Datenbank mit ihren rund 1.200 Einrichtungen und die Referentenbörse mit derzeit über 350 Einträgen.

Die meisten Zugriffe erfolgen wochentags zwischen neun und 18 Uhr, also während der Arbeitszeit. Es kann daher angenommen werden, dass die Webseite überwiegend aus beruflichen Gründen und zu beruflichen Zwecken besucht wird. Die NutzerInnen kommen überwiegend aus Deutschland, in geringerem Umfang aber auch aus der Schweiz, Österreich und den Niederlanden. Überwiegend erfolgen die Zugriffe über Suchmaschinen. Dort werden insbesondere die Ausdrücke Umweltbildung, ANU, Umweltzentren und ökopädNEWS eingegeben. Nach Schätzung fügen immerhin rund 15 Prozent der Besucher die ANU-Webseite zu den Favoriten ihres Internetbrowsers hinzu.

Vernetzung im Rahmen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung

Während andere Netzwerke wie die Clearingstelle Umweltbildung des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung nach wenigen Jahren ihrem Betrieb wieder einstellen mussten, erfreut sich das ANU-Netzwerk bis heute stetig wachsender Beliebtheit. Im Rahmen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) 2005 bis 2014 wurde das ANU-Netzwerk auch als Maßnahme in den deutschen Nationalen Aktionsplan aufgenommen. Es soll die Vernetzung zwischen BNE-Redaktionen im deutschsprachigen Raum fördern, die Reichweite erhöhen, den fachlichen Austausch verbessern und die Medienprofile schärfen. Mehrere Vernetzungstreffen fanden statt und eine Übersicht von Print- und digitalen BNE-Medien von 46 Redaktionen im deutschsprachigen Raum entstand. Mit Redaktionen in Österreich und der Schweiz wurde ein kontinuierlicher Informationsaustausch vereinbart. Als nächste Schritte sind die Erfassung der Medien innerhalb der ANU und ein Treffen von BNE-Medienfachleuten geplant.

[Jürgen Forkel-Schubert]

SCHWERPUNKTTHEMA: 20 JAHRE ANU-NETZWERK

Die ANU ist ganz nah an ihren „Kunden“

□ Die aktuelle Umweltbewusstseinsstudie hat erneut gezeigt, dass die Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung, wie schonende Ressourcennutzung, fairer Handel und Generationengerechtigkeit, bei der überwältigenden Mehrheit der Deutschen Zustimmung finden. Auch ist heute allen Bevölkerungsschichten klar, dass die Umwelt und das Klima gefährdet sind und ihr Schutz konsequente Maßnahmen fordert. Dazu hat die ANU seit ihrer Gründung einen maßgeblichen Beitrag geleistet. Im Bundesumweltministerium werden der ANU-Bundesverband und die zwölf Landesverbände als verlässliche und wichtige Akteure geschätzt, die sich sowohl politisch als auch praktisch für Umweltbildung in allen Bereichen des lebenslangen Lernens engagieren – vom Elementarbereich bis hin zur beruflichen Weiterbildung. Mit zahlreichen Fortbildungsangeboten, Tagungen, Materialien und Beratung unterstützt und stärkt der Bundesverband die Bemühungen seiner Mitglieder um Innovation und kontinuierliche Qualitätssicherung.

Mit ihren über 700 Mitgliedern ist die ANU ganz nah an ihren „Kunden“, sie kennt deshalb deren Bedürfnisse und kann ihre Angebote daran orientieren. Ein Blick in das Internetportal zeigt die Angebotsvielfalt.

Wenn sich nun das Umweltbewusstsein schon seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau befindet, ist dann nicht auch die Aufgabe der ANU erfüllt? Diese Frage kann mit einem klaren Nein beantwortet werden. Denn die Umweltbewusstseinsstudie zeigt auch, dass zwischen Einstellungen und tatsächlichem Verhalten eine deutliche Kluft besteht. Oftmals stehen die Nachhaltigkeitsorientierungen im Konflikt mit persönlichen Wünschen, wie uneingeschränkt und eigenständig mobil zu sein, im eigenen Heim im Grünen zu leben und sich mit seinem Besitz gegenüber anderen zu profilieren. Die Bereitschaft vieler Menschen zur Änderung ihres Lebensstils



Alles unter einem Hut!

Überall Bildung?

Was auf den ersten Blick irritiert und den zweiten interessiert, lässt sich oft über originelle Zusammenhänge aufklären. Das ist unsere Stärke. Denn Umweltbildung entwickelt sich weiter – zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung.

umwelt & bildung: Lesen für eine lebenswerte Zukunft! 4 x im Jahr.

Einzelheft: EUR 5,-, Jahresabo: [Ö] EUR 14,-/[D, CH] EUR 19,-, (inkl. Versand)

JETZT BESTELLEN:
Gratis Probeheft
oder gleich ein Abo!



Bei:
FORUM Umweltbildung,
Alserstraße 21, 1080 Wien
Tel.: 0043/1/402 47 01,
Fax: 0043/1/402 47 01-51,
E-Mail: forum@umweltbildung.at
Oder über das Internet:
www.umweltbildung.at

schwindet, wenn sie das Gefühl haben, dabei auf Lebensqualität verzichten zu müssen. Die zukünftige Herausforderung für Umweltbildung besteht also darin, zu verdeutlichen, dass umweltschonende Lebensweisen und Lebensstile auch einen ganz persönlichen Gewinn an Lebensqualität und Gestaltungsoptionen eröffnen können. Hier wünschen wir uns die ANU auch weiterhin als kompetente Partnerin.

[Jutta Emig, Bundesumweltministerium]

Es ist wichtig, dass die ANU ihre Unabhängigkeit behält!

□ Für die Vermittlung von Umweltbildung und Umweltbewusstsein sind Umweltbildungszentren in Deutschland seit vielen Jahren unentbehrliche Wegbegleiter. Ein dichtes Netz von Einrichtungen stellt eine der Grundlagen dafür dar, dass weite Teile der Bevölkerung über die notwendigen Informationen und Hintergründe zum Umwelt- und Naturschutz verfügen. Die Bedeutung der Zentren richtet sich nicht allein auf die außerschulische Umweltbildung, sondern schließt auch die enge Kooperation mit Schulen und anderen gesellschaftlichen Partnern ein.

Ohne das kontinuierliche Engagement der ANU hätte die Umweltbildung in Deutschland nicht den Stellenwert erlangt, den sie heute auch international für sich beanspruchen kann. Die Wichtigkeit der ANU-Tätigkeit drückt sich in vielen Projekten aus, mit denen die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) die ANU oder ihre Mitgliedseinrichtungen unterstützt hat. Das Förderprogramm der DBU zur Unterstützung von Umweltbildungseinrichtungen in Deutschland zählt zu den größten und erfolgreichsten Programmschwerpunkten der Stiftung.

Wie viele andere Träger von Umweltbildung hat die ANU in den zurückliegenden Jahren eine Öffnung der traditionellen Umweltbildung hin zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vollzogen und zählt auf diesem Gebiet hierzulande zu den wichtigsten Ansprechpartnern. Innerhalb des Verbandes hat die ANU in den letzten Jahren mit einer Reihe von wichtigen Initiativen entscheidende Impulse dafür

gesetzt, dass altbekannte Defizite der Umweltbildung nach und nach aufgearbeitet werden konnten und neue Fragestellungen des Umweltschutzes in den Blick gerieten.

Auch wenn in der Vergangenheit die Mittel immer knapp waren, hat sich die ANU nicht der Einflussnahme von außen gebeugt. Es ist wichtig, dass auch in Zukunft die ANU ihre Unabhängigkeit behält und unabhängig die Sache der Umweltbildung vertritt. Diese Haltung sollte sich der Verband bewahren, gerade wenn viel finanzielle Unterstützung lockt.

Zur 200. Ausgabe des ANU-Informationsdienstes ökopädNEWS einen herzlichen Glückwunsch seitens der DBU.

[Ulrich Witte, Deutsche Bundesstiftung Umwelt]

Gute Mischung aus klassischen Themen und Innovation

□ Die Geburtsstunde von ökopädNEWS lag lange vor Beginn des E-Hype mit all den Websites und Newslettern, die heute vielleicht den Eindruck vermitteln, dass die Vielfalt und Vielzahl der Umweltbildungsprojekte, Themen und Methoden in letzter Zeit stark zugenommen haben.

Dass sich ökopädNEWS über so viele Jahre erfolgreich behaupten konnten – und das nicht nur als „Anhängsel“ von punkt.um und umwelt aktuell, sondern gleichsam im Zentrum des Geschehens der Umweltberichterstattung –, das spricht für die Qualität, die auch wir über die Jahre schätzen lernten. Sie inspirierte uns als Nachbar Deutschlands gleichfalls zu Begegnung, Kooperation und eigenen Ideen.

Auswahl, Glaubwürdigkeit, Orientierung, Qualität vor Quantität, das ist es auch, was wir in den Weiten des Web gelegentlich missen und was es umso mehr braucht. Die „Quelle“ Jürgen Forkel-Schubert (jfs) wurde dabei zur Marke, zum „Label“.

Sobald das Heft von punkt.um/umwelt aktuell/ökopädNEWS mit seinem unverwechselbaren, schlichten Outfit bei uns auf dem Schreibtisch lag, griffen KollegInnen und BesucherInnen gerne danach, um schnell einmal nachzuschauen, was so läuft und was gerade ein wichtiges Thema ist.

Das hat eine andere, eine haptischere Qualität als eine gezielte Recherche im Web.

In ökopädNEWS finden sich noch immer sowohl die klassischen Themen als auch die innovativen. Nur Insider – das heißt ÖkopädagogInnen und UmweltbildnerInnen – können dabei auf den ersten Blick eine Ausgabe von 1998 von einer aus dem Jahr 2008 unterscheiden, sieht man von den Terminen einmal ab. Aber ist nicht gerade das konstruktive Neben- und Miteinander von Alt und Neu auch ein Kennzeichen nachhaltiger Entwicklung und einer Bildung für nachhaltige Entwicklung?

Weil die Marke ökopädNEWS so gut Markt-eingeführt ist, konnte sie Moden ignorieren, wie beispielsweise die namentliche Weiterentwicklung von Umweltbildung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Hauptsache, der Inhalt stimmte und man war am Puls der Zeit – oder dem auch voraus. Übrigens etwas, das wir gemeinsam haben und dem wir uns verbunden fühlen.

Jedenfalls: Die Themen, die Probleme und die Jahrhundertausforderung nachhaltige Entwicklung lassen die Arbeit nicht ausgehen. Da bleibt uns nur zu wünschen, dass auch die nötigen finanziellen Grundlagen und Rahmenbedingungen, letztlich auch die Freude daran, erhalten bleiben.

[Monica Lieschke, Wolfgang Sorgo,
Redaktion umwelt & bildung,
Forum Umweltbildung Österreich]

Nützliche Verständigung über Grenzen hinweg

□ Das Thema lautet: ökopädNEWS oder vom Vorteil der Verständigung in Sachen Umweltbildung über die Grenzen hinweg. Wenn ich mich nämlich mal informieren möchte – und das tue ich relativ häufig –, was außerhalb des engen Horizonts in Sachen Umweltbildung geschieht, gerate ich in der Regel auf kürzestem Weg zu diesem äußerst nützlichen Angebot der ANU. Dies hat mir in der Vergangenheit bereits sehr viel Zeit erspart, weshalb ich womöglich diesen Beitrag überhaupt zu schreiben vermag, und wird es auch in Zukunft tun. Mit den Kurzbeiträgen und weiterfüh-

den Links erhalte ich einen guten Überblick, was beim Nachbarn im Norden so geschieht, und der Leitartikel bietet in der Regel auch für uns im Süden interessante Informationen, die es zu lesen gilt. Gerne verlinke ich daher in unserem Rundbrief zur Umweltbildung auf solche Beiträge in den ökopädNEWS, wünsche weiterhin gutes Gelingen und freue mich bereits auf die nächste Ausgabe.

[Christoph Frommherz, Stiftung Umweltbildung
Schweiz]

Visitenkarte für Umweltbildungskompetenz

□ Wer hätte 1989 – im Jahr des Mauerfalls – gedacht, dass mit dem Klimawandel schon 20 Jahre später Fragen der Nachhaltigkeit auf den vordersten Platz der internationalen Debatte gerückt sind? Einzelne Natur- und Artenschutzthemen standen oft im Mittelpunkt. Eine Vernetzung, wie es jetzt die komplexen Themen zum Klima- und Ressourcenschutz und zur Erhaltung der Biodiversität erfordern, war zu damaliger Zeit aus Bildungssicht für viele nicht offensichtlich. Doch die Wirklichkeit hat uns schnell eingeholt. Wir alle mussten erkennen, dass die Behandlung singulärer Themen uns nicht weiterbringt, sondern systemisches Wissen und die Kompetenz zum Handeln unsere Ziele sein müssen. An diesen Zielen wird in Deutschland auch in einer Vielzahl von Umweltbildungszentren unter dem Dach der ANU intensiv gearbeitet. Was die ANU im nichtstaatlichen Bereich darstellt, ist der BANU als bundesweiter Arbeitskreis der staatlich getragenen Umweltbildungsstätten im staatlichen Bereich. Nicht zu vergessen die Netzwerke der großen Naturschutzverbände, von NABU und BUND. Netzwerke und Informationen sind die Grundlage erfolgreicher Bildungsarbeit. Als Vorsitzender des BANU und auch vor dem Hintergrund meines langjährigen ehrenamtlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz gratuliere ich zum Jubiläum. Die ökopädNEWS sind eine Visitenkarte für Umweltbildungskompetenz und tragen zur nachhaltigen Entwicklung in unserer Gesellschaft bei.

[Claus-Peter Hutter, BANU]

Ein „nachhaltiges Webangebot“ schaffen

□ Die Zeit seit der Gründung des ANU-Netzwerks ist geprägt durch den fundamentalen Wandel der Internetnutzung. Damals gab es weder Ebay noch Wikipedia oder gar StudiVZ. Als die ANU begann, sich mit Vernetzung von Umweltzentren zu beschäftigen, herrschten Skepsis und Unwissen. Trotzdem gelang es vergleichsweise schnell, ein für die damalige Zeit recht innovatives und einzigartiges Projekt zu realisieren – das Verzeichnis praktisch aller Umweltzentren und ihrer Angebote im Netz. Heute ist umweltbildung.de nur eines von sehr vielen Webangeboten. Zwei Drittel der Deutschen sind mittlerweile im Internet und verbringen dort immer mehr Zeit. Große Internetportale verschlingen Millionen Euro für ihre Pflege durch zahlreiche Redakteure und Techniker. Vor diesem Hintergrund sollte sich die ANU überlegen, worauf sie sich konzentriert, wie sie sich von anderen Webangeboten abgrenzt und was sie ihren Besuchern und Mitgliedern bieten kann, um ein erfolgreicheres oder vielleicht sogar „nachhaltiges Webangebot“ zu schaffen.

[Wolfgang Schröder, Mensch – Umwelt –
Technik e. V.]

Mehr multimediale und internationale Aktivitäten

□ Das ANU-Netzwerk ist ein wichtiges Instrument für die Vermittlung von Informationen über nachhaltige Entwicklung allgemein und Bildung für nachhaltige Entwicklung insbesondere in Deutschland. Umweltzentren sind und bleiben wichtige Standorte für informelles Umweltlernen. Die Infrastruktur, die die ANU in 20 Jahren aufbaute, hat einen erheblichen Beitrag zum Umweltbewusstsein Tausender Kinder geleistet. Vom Aufbau der informellen Arbeitskreise zur Umweltbildung in den 80er-Jahren über die Durchführung des Projekts „ANU 2000 – Förderung einer Bildung für Nachhaltigkeit in den Umweltzentren“ von 1999 bis 2002 bis hin zu den heutigen Projekten im Rahmen der UN-Dekade hat die ANU großartige Leistungen erbracht. Dabei hat ökopädNEWS stets eine wichtige Rolle gespielt. ►

In Zukunft sollte die ANU stärker als bisher multimediale Aktivitäten entwickeln, beispielsweise eine stärkere Nutzung des Internets verfolgen. ökopädNEWS sollte auch elektronisch verteilt werden – sowohl an Mitglieder als auch an wichtige Nichtmitglieder wie Entscheidungsträger, sodass diese sich laufend informieren können. Außerdem sollte das ANU-Netzwerk stärker in internationale Initiativen und Projekte eingebunden werden. Nützlich wäre etwa eine Einbindung in das EU-Projekt Inspire, welches das Lernen in Umweltzentren zum Thema hat. Die ANU verfügt über große Erfahrung und praktische Ansätze, die über Deutschland hinaus bekannt gemacht werden sollten.

Ich gratuliere der ANU und wünsche ihr weitere 20 Erfolgjahre!

[Walter Leal, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg]

Kooperation mit Eon strategisch nutzen

□ Jubiläen sind oft Anlass für Rückblicke. Ich möchte „20 Jahre ANU-Netzwerk“ dazu nutzen, eher einen strategischen Blick nach vorne zu tun. Beim Bund-Länder-Treffen 2008 haben die ANU-Aktiven eine SWOT-Analyse – eine Darstellung der Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken – erarbeitet. Als Stärken wurden die Sichtbarkeit der Organisation, ein gewisser Organisationsgrad und die eigene Innovationsfreudigkeit genannt. Zu den Schwächen zählen neben dem geringen überregionalen Bekanntheitsgrad als Verband die schwache strategische Positionierung und die schwache Finanzkraft. Als Chancen ergeben sich für die ANU die hohe Relevanz von Bildung im gesellschaftspolitischen Bereich sowie ein zunehmendes Nachfragepotenzial für marktförmige Produkte, die Naturschutz- und Umweltbildung mit Freizeit- und Tourismusrelevanz verbinden. Nicht zu vernachlässigen sind die Risiken, beispielsweise die weder kontinuierliche noch berechenbare Unterstützung durch die öffentliche Hand, die innerverbandliche Heterogenität der ANU, die eine Positionierung erschwert, und der Wettbewerb sowohl im NGO-Sektor als auch bei den wertschöpfenden Marktteilnehmern.

Welche Optionen ergeben sich nun für die ANU? Zwei Stoßrichtungen sind strategisch denkbar: Zunächst könnte die hohe Abhängigkeit von der öffentlichen Hand und ihrer Unberechenbarkeit überwunden werden, wenn sich die ANU als potenter Partner für die CSR-Politik von Unternehmen – Stichwort Unternehmensverantwortung – aufstellt. Dann aber könnte auch eine erfolgreiche Tätigkeit in wertschöpfenden Geschäftsfeldern, beispielsweise Vermarktungsk Kooperationen im Bereich von Freizeit- und Tourismusangeboten, dazu beitragen, die Positionierung der ANU zu festigen und neue Ertragsquellen zu erschließen.

Mit der Sponsoringkooperation zwischen ANU und Eon wurde ja bereits ein Einstieg in die Realisierung der ersten der beiden Entwicklungsoptionen getan. Es ist zu hoffen, dass die ANU-Verantwortlichen die strategische Bedeutung dieser Kooperation erkennen, bei deren Zustandekommen sie ja noch nicht die initiiierende Rolle gespielt haben. Das könnte bei nächster Gelegenheit vielleicht schon anders sein.

[Richard Häusler, Stratum GmbH]

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

04.–08.05., Wangelin/Mecklenburg (D)

Lehm-Grundofenbau. Selbsthilfebaustelle
▷ www.fal-ev.de

08.–10.05., Deinsdorf bei Nürnberg (D)

Mit Kindern und Märchen in der Natur
▷ www.naturschule-freiburg.de

08.–10.05., Waldsassen/Oberpfalz (D)

Naturheilkunde in seiner Vielfalt. Kräuterseminar
▷ www.kubz.de

12.–13.05., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Bilder für die Nationalen Naturlandschaften. Foto-Workshop
▷ www.nna.de

13.–14.05., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Das Maß der Zeit. Qualifizierungsworkshop

▷ www.umweltbildung-in-bayern.de

14.05., Herten bei Recklinghausen (D)

13. Waldpädagogisches Forum

▷ www.nua.nrw.de

15.05., Molfsee bei Kiel (D)

Konzepte und Möglichkeiten naturwissenschaftlicher Frühförderung

▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

15.–17.05., Großbraming/Oberösterreich (A)

Natur als Abenteuer. Sinneserfahrung. Seminar

▷ www.ifau.at

16.–17.05., Laufen/Berchtesgadener Land (D)

Exkursionsdidaktik für BayernTourNatur-Führer. Fortbildung

▷ www.anl.bayern.de

16.–24.05., bundesweit an vielen Orten (D)

NaturErlebnisWoche

▷ www.naturerlebniswoche.info

18.–20.05., Bayern (D)

Fachberater für Natur-Erlebnis-Räume. Fortbildung

▷ www.reinhard-witt.de

25.–26.05., Pullach bei München (D)

Landart

▷ www.burgschwaneck.de

28.05., Linz (A)

Umwelt – Nachhaltigkeit – Zukunft.

Festveranstaltung

▷ www.land-oberoesterreich.gv.at (Themen)

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

jfs@oekopaednews.de;

Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,

Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,

Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,

www.umweltbildung.de